DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Montag, 7. Februar 1983 · D

Nr. 31 - 6.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 10 11

Niederlande 3,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,60 sfr. Spanien 100 Pts. Kanarische Inseln 125 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Gespräche über Kriegslage in Afghanistan

dpa/AFP/rtr, **Moskau**

Zu Gesprächen über die militärische Lage in seinem Lande hielt sich der afghanische Verteidigungsminister Abdul Qader am Wochenende in Moskau auf. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass meldete lediglich, es sollten „Angelegenheiten von beiderseitigem Interesse" erörtert werden. Politische Beobachter in Moskau gehen davon aus, daß es sich dabei vor allem um das weitere militärische Vorgehen gegen den Widerstand in Afghanistan sowie den desolaten Zustand der afghanischen Armee handelt, die nach Massendesertationen auf rund 20 000 Mann zusammengeschrumpft sein soll und sich schweren Versorgungsschwierigkeiten gegenüber sieht. Qader war auf Einladung von Verteidigungsminister Ustinow nach Moskau gereist. Moskau hat in Afghanistan rund 100 000 Soldaten stationiert. Die sowjetische Presse hat in jüngster Zeit verstärkt über die Aktionen der Widerstandskämpfer berichtet. Beobachter glauben, daß die Bevölkerung damit auf eine längere Dauer des Konflikts vorbereitet werden soll.

ZITAT DES TAGES



„200 000 Japaner lernen Deutsch und 200 Deutsche Japanisch."

Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff vor dem Thomas-Dehler-Institut in München über die Gründe für die japanischen Exporterfolge. FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Sonderschlachtungen

AP, **Berlin**

Ost-Berlin will die Fleischversorgung in der „DDR" in den nächsten Wochen und Monaten durch zusätzliche Schlachtungen sichern. Man will damit eine Wiederholung der ungenügenden Versorgung mit Fleisch- und Wurstwaren vom vergangenen Herbst vermeiden. Das berichtet das Informationsbüro in West-Berlin (IWE). Weiter heißt es, daß der „DDR"-Landwirtschaftsminister Bruno Lietz erklärt habe, die durch die verstärkten Schlachtungen gerissenen Lücken im Viehbestand sollen durch verstärkte Anstrengung bei der Aufzucht von Jungvieh geschlossen.

Neue KSZE-Runde

AP/AFP, **Bonn/Madrid**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat an die Teilnehmer des morgen in Madrid wieder beginnenden Folgetreffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) appelliert, „durch konstruktive Zusammenarbeit die berechtigten Hoffnungen der Menschen zu erfüllen". Nach Ansicht diplomatischer Kreise in der spanischen Hauptstadt läßt ein zur Zeit relativ positives Klima den Schluß zu, daß die Konferenz noch vor dem Sommer abgeschlossen werden kann. Gleichzeitig wird die siebente Runde der am 11. November 1980 aufgenommenen Nachfolgekonferenz allgemein als die letzte Chance einer Einigung angesehen.

Papst reist im März

dpa, **Vatikanstadt**

Papst Johannes Paul II. hat gestern offiziell seine Reise in verschiedene Länder Zentralamerikas angekündigt, die vom 2. bis 9. März stattfinden soll. Der Papst wird die Länder Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua, Costa Rica, Panama und Belice aufsuchen. Anschließend will er auf Haiti an der lateinamerikanischen Bischofskonferenz teilnehmen.

Weitere Nachrichten auf Seite 6: Berliner SPD-Zeitung druckt Anzeige der Alternativen – Konturen der Ausländer-Politik noch vor der Wahl?

Stoltenberg: Steuernachlaß für Familien

rtr, **Bonn**

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat für 1985 eine Neugestaltung des Familienlastenausgleichs und die Einführung des Familiensplittings im Steuerrecht angekündigt. In einem Interview mit dem „Spiegel" sagte er, die erforderlichen Finanz- und Steuervorlagen sollten so eingebracht werden, daß sie zum 1. Januar 1985 in Kraft treten könnten. Ziel sei die steuerliche Entlastung von Familien und von Alleinerziehenden mit Kindern. Skeptisch äußerte sich der Minister über die Aussicht auf eine baldige Verringerung der Lohn- und Einkommensteuer. Davor müsse das Haushaltsdefizit deutlich verringert werden, denn zu einer solchen Reform müsse man über einen zweistelligen Milliardenbetrag verfügen. Dies sehe er in den nächsten zwei, drei Jahren nicht. Eingeschränkt werden sollen nach Angaben Stoltenbergs die Abschreibungsmöglichkeiten der Bezieher hoher Einkommen. Als Möglichkeit nannte er, daß diese Abschreibungen lediglich für die Hälfte der Steuerschuld in Anspruch genommen werden dürfen.

Lob aus Bukarest

dpa/DW, **Bukarest**

Nach rumänischer Ansicht haben auch die NATO-Länder in der Abrüstungsfrage „sehr wichtige Vorschläge" unterbreitet. Dies meldet die amtliche Nachrichtenagentur Agerpress unter Berufung auf Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu. Ceausescu hatte am Wochenende erklärt, „die NATO-Staaten haben ebenfalls eine Reihe von Vorschlägen gemacht, von denen einige sehr wichtig sind".

Testflieger?

AFP/gko, **Moskau/Prag**

Die sowjetische Armeezeitung „Roter Stern" hat gestern wieder den „tragischen" Tod eines Offiziers der Luftwaffe bekanntgegeben. Bei dem Toten handele es sich um Oberst Wladimir Parinskij. Einzelheiten über den Tod des Elite-Piloten und Mitglieds des ZK der KPdSU veröffentlichte das Blatt nicht. Bereits am 30. Januar hatte das Blatt den Tod des Brigadegenerals Nikolai Anissimow (46) unter „tragischen Umständen" bekanntgegeben, ebenfalls ohne Einzelheiten zu nennen. Wie aus militärischen Kreisen in Prag und aus Bulgarien bekannt wird, deutet alles darauf hin, daß es sich bei den Betreffenden um Testpiloten gehandelt haben muß. In den vergangenen Monaten sei es auch zu „tragischen Unfällen" innerhalb der bulgarischen und tschechoslowakischen Armee gekommen.

WIRTSCHAFT

Saudisches Flüssiggas

dpa/VWD, **Riad**

Saudi-Arabien hat mit 40 Unternehmen, vor allem in West-Europa und Japan, Verträge über die Lieferung von jeweils 8,5 Millionen Tonnen Flüssiggas im Jahr beschlossen, dies meldet die Golf-Nachrichtenagentur aus Riad. Das Geschäft wird dem Land zusätzlich jährliche Einnahmen von 2,5 bis 3 Milliarden Dollar (6,1 bis 7,3 Milliarden Mark) bringen.

SPORT

Sieg für Steve Mahre

DW, **Bonn**

Der Amerikaner Steve Mahre gewann in St. Anton den sechsten Weltcup-Slalom dieser Saison. Sein Bruder Phil übernahm die Führung im Gesamt-Weltcup. Drei neue Hallen-Weltrekorde gab es in der Leichtathletik: Der amerikanische Stabhochspringer Bill Olson überquerte 5,80 m, sein Landsmann Carl Lewis sprintete die 60 Yards in 6,02 Sekunden und die Rumänin Anisoara Cusmir sprang 6,92 m weit.

Seiten 10, 11 und 12

WETTER

Es bleibt winterlich

DW, **Essen**

In ganz Deutschland stark bewölkt, zeitweise schauerartiger Schneefall. Temperaturen wenig über Null, nachts leichter Frost zwischen null und minus 5 Grad. Im Norden auffrischender, sonst schwacher Wind.

Heute in der WELT

Jaruzelski knüpft Besuch des Papstes an neue Bedingungen

Polnische Bischöfe protestieren gegen Verleumdung des Paters Kolbe

dpa/AP/DW, **Warschau**

Zum ersten Mal hat jetzt der polnische Partei- und Regierungschef Jaruzelski öffentlich zu verstehen gegeben, daß die Warschauer Führung bestimmte Hoffnungen in den angekündigten zweiten Besuch des Papstes setzt. General Jaruzelski nannte die geplante Visite ein „bedeutendes Ereignis" und einen „Prüfstein" für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche, sprach aber auch von „entsprechenden Bedingungen", die noch geschaffen werden müßten.

Der General äußerte sich in einem Interview für das ungarische KP-Organ „Nepszabadsag". Mit den von Episkopat und Staat „gemäß ihrer Verantwortung" noch zu schaffenden „Bedingungen" scheint nach Einschätzung politischer Beobachter weniger Vorbedingungen, als vielmehr die Umstände gemeint zu sein, unter denen der Besuch verlaufen soll. Den gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen Staat und Kirche nannte Jaruzelski „im allgemeinen gut". Jedoch habe „sich ein gewisser Teil der Geistlichkeit in Tätigkeiten engagiert, die nichts mit der Religion gemeinsam haben".

Die Regierung verspricht sich von dem Papst-Besuch offenbar in erster Linie eine Stärkung ihrer moralischen Autorität. Ein Besuch Johannes Paul II. in Polen könnte, so meint man, auch die internationale Isolierung abweichen helfen, der sich Polen seit Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 gegenübersieht.

Der Hirtenbrief, mit dem die polnischen Bischöfe vor einer Woche den Papst-Besuch „mit Freude" angekündigt hatten, durfte auch in katholischen Zeitungen nur zensiert erscheinen. Die dem Papst nahestehende Krakauer Wochenschrift „Tygodnik Powszechny" druckte einen „verkürzten" Text. Die Zensur strich einige drastische Worte: „Auf dem gesellschaftlichen Leben lastet das Drama der Zerrissenheit, des Unrechts, des Bruchs der grundlegenden Menschenrechte, der Verletzung der menschlichen Würde, als Folge dessen ein gewisser Haß zu spüren ist." Die Zensur ließ jedoch die Forderung nach einer Amnestie passieren.

Gegen einen Artikel von Regierungssprecher Jerzy Urban haben die katholischen Bischöfe Polens scharfen Protest erhoben. Urban hatte in der Zeitschrift „Tu i Teraz" den in Auschwitz ermordeten und kürzlich heiliggesprochenen polnischen Pater Kolbe als einen Mann bezeichnet, der „Unrat" veröffentlicht habe. Dies bezog sich auf katholische Zeitungen, die im Vorkriegs-Polen unter der Federführung Kolbes erschienen waren und gewisse antisemitische Tendenzen enthalten hatten. Die Bischöfe verwahrten sich gegen Urbans „verleumderische Formulierung", die ein „unfreundlicher Akt" eines Vertreters der staatlichen Behörden gegenüber der Kirche sei. Es handele sich um „Ehrabschneidung und Verletzung der religiösen Gefühle der Gläubigen".

Johannes Paul II. hat den zum Kardinal erhobenen polnischen Primas Glemp ermahnt, dem Vorbild seines Vorgängers, des verstorbenen Kardinals Wyszynski, nachzueifern. Bei einer Audienz im Vatikan sagte der Papst zu Glemp, Wyszynski sei der von der Vorsehung gesandte Hirte des modernen Polens gewesen und habe die Kirche oft durch schwierige, für Kirche und Nation entscheidende Zeiten hindurchgelenkt.

Fall Franke: Ausschuß prüft Vorwürfe

Wo blieben 5,6 Millionen aus dem Haushalt des Ministeriums?

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Die Diskussion über Unregelmäßigkeiten im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen während der Amtszeit Egon Frankes (SPD) hat sich zugespitzt: Ein Kontrollausschuß des Bundestages wird am Mittwoch Franke nach dem Verbleib von mehreren Millionen Mark aus dem Haushalt des Ressorts fragen.

Nach Informationen der WELT wurden in den Jahren 1979 bis 1982 insgesamt 5,56 Millionen Mark an den engsten Mitarbeiter von Franke, Ministerialdirektor Edgar Hirt, in bar ausgezahlt. Über die Verwendung dieser Gelder soll es weder Aktenvermerke noch sonstige Niederschriften geben. Besondere Verdachtsmomente haben sich außerdem aufgrund des in dem Ministerium praktizierten Auszahlungsverfahrens ergeben: Die Summen wurden jeweils von der politischen Führung des Ministeriums an eine „Stelle außerhalb des Ressorts angewiesen und von dieser dann in bar an Hirt ausgezahlt.

Angestoßen wurden die Recherchen durch einen Prüfungsvermerk des Bundesrechnungshofes, den der neue Bundesminister Rainer Barzel (CDU) und dessen beamteter Staatssekretär Ludwig Rehlinger bei Amtsantritt vorgefunden haben. Darin hatte der Bundesrechnungshof beanstandet, daß Gelder ausgegeben worden seien und es dafür keine Verwendungsnachweise gebe.

Eine Anhörung von Ministerialdirektor Hirt, der beim Regierungswechsel in den einstweiligen Ruhestand entlassen worden war, hat keinerlei Aufschlüsse erbracht. Hirt verwies lediglich auf die politische Verantwortung des früheren Ministers Franke. Aber auch dieser konnte keine einzelnen Nachweise erbringen, sondern erklärte, das Geld sei für humanitäre Aktionen – die nichts mit dem Freikauf von Häftlingen aus der „DDR" zu tun haben – ausgegeben worden. Aufgrund dieser Darstellung erstattete der Präsident des Bundesrechnungshofes, Wittrock, einen Bericht an den Kontrollausschuß des Parlaments, in dem es heißt, die Darstellung von Franke erscheine ihm plausibel. In der Zwischenzeit soll der Bundesrechnungshof von dieser Versicherung wieder abgerückt sein.

Der Kontrollausschuß besteht aus lediglich drei Bundestagsabgeordneten: Den Vorsitz führt Frau Berger (CDU), weitere Mitglieder sind die Abgeordneten Hoppe (FDP) und Nehm (SPD). Hoppe gehört außerdem dem Haushaltsgremium an, das die Ausgaben des Bundesnachrichtendienstes (BND) überwacht, was sich in diesem Fall als besonders nützlich erweist. Denn in einem Fall, so hieß es, sei angegeben worden, das Ressort habe im Zuge der Austauschaktion des Spions Guillaume die Kosten für den Transport des in Südafrika inhaftierten KGB-Offiziers Koslow nach Moskau übernommen. Eine Quittung dafür gibt es nicht. Aber der Bundesnachrichtendienst hat ebenfalls angegeben, er habe die Kosten für das Sonderflugzeug übernommen, und er hat dafür einen Beleg in der Hand.

Von den Ausschußberatungen am Mittwoch soll es abhängen, ob die Staatsanwaltschaft gegen Hirt und Franke tätig werden soll.

Union gegen FDP-Wahlkampagne

Kohl und Strauß: Wir brauchen jede Stimme / Mischnick sieht Entgegenkommen

DW, **München/Dortmund**

Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß sind am Wochenende der Zweitstimmen-Kampagne der Freien Demokraten entgegengetreten. Demgegenüber vertrat der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, die Auffassung, in der Union gebe es Anzeichen für eine Unterstützung dieser Werbung.

„Wir brauchen jede Stimme", sagte Kohl bei einer Großveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle. Auf dem „Kleinen Parteitag" der CSU erklärte Strauß: „Wir wollen nicht, daß der Wähler mit der Erststimme die Union unterstützt und mit der Zweitstimme die Gefahr heraufbeschwört, daß ein sozialistischer Kanzler gewählt wird." Die Union könne der FDP in keinem Fall „drei Huckepack-Mandate" schenken, wie dies in „gesteuerten Briefaktionen" gefordert werde. Die FDP habe noch eine reelle Chance, auf „normale Weise" in den 10. Bundestag zu kommen. Die CSU, versicherte Strauß, führe keinen Feldzug gegen die FDP. „Allerdings, wenn ich 13 Jahre Sozialismus sage, dann meine ich auch, daß die FDP nicht verdrängt wird, diese Politik der vielen Schritte in die falsche Richtung nennenswert abzuschwächen."

Im Gegensatz zu den führenden Unionspolitikern sagte Wolfgang Mischnick im Südwestfunk, er sehe innerhalb von CDU und CSU Anzeichen dafür, daß die FDP-Forderung nach einem Stimmensplitting auf Widerhall stoße. Auch Unionspolitiker seien überzeugt, daß auf diesem Wege die Fortsetzung der jetzigen Koalition gesichert werden könne. In der Union, fuhr der FDP-Fraktionschef fort, würden Überlegungen angestellt, daß CDU und CSU eine absolute Mehrheit wohl, wenn überhaupt, nur einmal erreichen könnten. Deshalb sei langfristig ein Regierungspartner notwendig.

Nach dem Ergebnis der jüngsten Umfrage des Emnid-Instituts für das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" würde die FDP am 6. März nicht wieder in den Bundestag einziehen. Die Umfrage ist das Ergebnis der Meinungsforscher, würde den Bundeskanzler bleiben. Die Umfrage des Bielefelder Instituts, die am 25. Januar beendet wurde, ergab, wie es in der jüngsten „Spiegel"-Ausgabe heißt, 49 Prozent für die CDU/CSU, 42 für die SPD, vier Prozent für die FDP und fünf Prozent für die Grünen. Diese Befragung war nach Angaben des Magazins jüngeren Datums als eine Umfrage desselben Instituts, nach der fünf Prozent für die Freien Demokraten errechnet wurden.

Die Union setzte sich am Wochenende auf ihren Veranstaltungen konzentriert mit dem SPD-Kanzlerkandidaten Vogel auseinander. Kohl sagte, die Sozialdemokraten hätten sich völlig isoliert, und ihr Spitzenkandidat wolle eine Politik, bei der die Bundesrepublik Deutschland am Ende „zwischen allen Stühlen" säße. Strauß warf Vogel vor, wie ein „opportunistischer Wandervogel" einmal nach einer Koalition mit den Grünen zu schielen, um diese dann gleich wieder abzulehnen. Beide, Kohl und Strauß, gaben der Bundestagswahl am 6. März den Rang einer „Entscheidungswahl".

Seite 4: Im Wahlprogramm der Union hat die CSU eigene Akzente gesetzt

Renten: Zum Jahresende keine Rücklagen

dpa, **Hamburg**

Ein düsteres Bild der Rentenversicherung zeichnete der Geschäftsführer des Verbandes deutscher Rentenversicherungsträger, Rudolf Kolb: Ende dieses Jahres würden den voraussichtlich außer Betriebsmitteln keinerlei Rücklagen mehr zur Verfügung stehen.

Kolb sagte in einem dpa-Interview, das Jahr 1982 habe die Rentenversicherung mit einer Schwankungsreserve von 20,5 Milliarden Mark abgeschlossen. Daraus müßten etwa 3,6 Milliarden entnommen werden, falls die Bruttoentgelte um 3,5 Prozent steigen und die Arbeitslosenzahl bei 2,35 Millionen liegen wird. Damit dürften am Jahresende 1983 noch rund 13,6 Milliarden Mark vorhanden sein. Da hiervon jedoch 0,7 Monatsausgaben nicht oder nur mit hohen Verlusten in Barmittel umgewandelt werden könnten, stünden keine Rücklagen mehr zur Verfügung.

Seite 4: Blüm: Renten aus dem Wahlkampf heraushalten

FDP besteht auf Rückzahlung der Anleihe

DW, **München**

Die FDP will auch nach dem 6. März, falls sie den Wiedereinzug in den Bundestag schafft, auf der Rückzahlung der Investitionsanleihe bestehen. „Das Gesetz besteht und bleibt", sagte Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff. Für eine Veränderung wären die Stimmen der FDP nötig.

Auf dem Mittelstandspolitischen Landeskongreß des Thomas-Dehler-Instituts äußerte sich Lambsdorff optimistisch über die weitere wirtschaftliche Zukunft. Immerhin habe die Leistungsbilanz 1982 mit einem 7,5 Milliarden Mark-Überschuß abgeschlossen. Die Zinsen seien deutlich zurückgegangen. Der „Ausstieg aus der Misere" könne aber nicht gelingen, wenn Anlagen in Geldvermögenstiteln weiterhin hohe Renditen brächten, während Anlagen in Produktivvermögen ohne Rendite blieben. Eine Sicherung der realen Einkommen hält Lambsdorff in der derzeitigen Tarifrunde nicht für möglich.

Barbie zum ersten Mal verhört

dpa, **Lyon/Bonn**

Auch die Bundesregierung wäre bereit gewesen, den von Bolivien abgeschobenen früheren Gestapo-Chef von Lyon, Klaus Barbie, zu übernehmen. Bonn habe allerdings nicht die Verantwortung für den Transport Barbies in die Bundesrepublik Deutschland tragen wollen. Mit dieser Feststellung reagierte das Auswärtige Amt auf die Erklärung Boliviens, nur Frankreich habe den ehemaligen SS-Mann aufnehmen wollen.

Barbie, der in Frankreich wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zweimal in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, befindet sich seit dem Wochenende im Militärgefängnis Montluc in Lyon, in das er zwischen 1942 und 1944 zahlreiche Widerstandskämpfer einliefern ließ, die dort gefoltert und ermordet wurden. In einem ersten Verhör nahm er keine Stellung zu den Vorwürfen.

Seite 3: Im Barbie-Prozeß droht auch Schatten auf die Résistance zu fallen

DER KOMMENTAR

Zweitstimmen

HEINZ BARTH

Deutlicher als in dieser Kampagne ist dem Wähler noch nie demonstriert worden, um wieviel wichtiger seine Zweitstimme als die erste ist, weil sie das endgültige Wort über die Mandats-Verteilung im Bundestag spricht. Noch können die Liberalen, wie die jüngste Emnid-Umfrage zeigte, durchaus nicht sicher sein, ob ihnen am 6. März der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde glückt. Ohne die Zweitstimmen jener Minderheit von Wählern, die zu differenzieren gewöhnt sind, würde es die FDP diesmal keinesfalls schaffen. Um sich ins Ziel zu retten, wäre sie nicht einmal auf den erstaunlichen Vorsprung von 3,4 Prozentpunkten angewiesen, den ihre Zweit- vor den Erststimmen bei der Herbstwahl von 1980 erreichten.

Voraussichtlich würde ihr diesmal die Hälfte dieser Differenz für die März-Auferstehung genügen. Das erklärt die Intensität, mit der sich die Freien Demokraten jetzt um die zweite Stimme der Unionswähler bemühen. Aber die Herren Kohl und Strauß entgegnen unisono, daß sie nichts zu verschenken haben – weder geliehene Stimmen noch die drei Huckepack-Mandate, die den gleichen Effekt hätten. Begreiflich – bedenkt man, wie eng es in vier Wochen zugehen kann, wenn das Wahlvolk zur Kasse gebeten wird.

Eine Voraus-Hypothek auf die absolute Mehrheit, die greifbar nahe scheint, ist den Unionsparteien in dieser Phase des Wahlkampfes nicht zuzumuten. Es ist wahr, daß die CDU/CSU ein langfristiges Interesse hat, die Existenzgrundlage der Liberalen nicht zu gefährden. Absolute Mehrheiten im Bundestag werden immer die Ausnahme bleiben. Sie lassen sich schwer über acht Jahre strecken. Eine vorausschauende Wahlstrategie sollte daher der FDP, deren Scharnier-Funktion auf die Dauer nicht zu entbehren ist, ihre Chance lassen. Nur sollte es eine selbstverdiente Chance sein.

Die Union als politischer Kreditgeber ist überfordert, solange die Freien Demokraten ihre Kreditwürdigkeit nicht nachgewiesen haben. Kreditwürdig heißt, daß sie sich bis kurz vor dem Gang durch die märzliche Krokusswiese um die fünf Prozent bewegen müssen. Erst dann werden sich die Unionsführer die Sache noch einmal überlegen können, ohne sich den Ruf von Hasardeuren zu geraten.

Wirtschaft wehrt sich gegen die SPD

gba./hey, **Bonn**

Die Wahlkampfaussagen der Sozialdemokraten über einen angeblich bevorstehenden „Investitionsstreik" der deutschen Unternehmer im Falle eines sozialdemokratischen Wahlsiegs stoßen zunehmend auf Kritik. Die SPD verschärfte dagegen am Wochenende diese Kampagne durch eine bundesweite Flugblattaktion. Sie wirft der CDU/CSU vor, sie provoziere einen solchen Investitionsstreik.

Bundesfinanzminister Stoltenberg und Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff sprachen sich übereinstimmend gegen eine Verbindung von Investitionsentscheidungen mit dem Wahltermin aus. Graf Lambsdorff sagte gegenüber der WELT, ein solches Verhalten von Unternehmern sei „nicht erfreulich" und „nicht zu begrüßen". Allerdings sprach der Wirtschaftsminister dem sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel das Recht ab, „sich moralisch zu entrüsten". Schließlich sei Vogel derjenige, der die Wirtschaft und Industrie mit der Ankündigung von Gesetzesänderungen „verunsichert".

Stoltenberg bestätigte in einem „Spiegel"-Interview Berichte, daß große Firmen einen erheblichen Teil ihrer Aufträge mit einem Terminvorbehalt für den März versehen hätten. Zwar wolle er diese Sache nicht unbedingt zum Hauptthema des Wahlkampfes machen, sagte Stoltenberg; die Union habe das Thema aber zu Recht in die Debatte eingebracht.

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, sagte in einem Rundfunkinterview, es gebe einige Unternehmer, die ihre

● Fortsetzung Seite 6

Shamir-Besuch: Bonn hofft auf „Bewegung"

dpa, **Bonn**

Die Bundesregierung erwartet von Israel und der PLO eine „Bewegung" in Richtung auf Anerkennung der gegenseitigen Rechte. Dies sei der „zentrale Punkt" des Nahost-Konflikts, sagte Außenminister Hans-Dietrich Genscher gestern in einem Interview der Deutschen Presse-Agentur (dpa) unmittelbar vor dem Besuch seines israelischen Amtskollegen Shamir. Genscher verwies auf das in Jahrzehnten entstandene „Trauma der Bedrohung in Israel", fügte aber hinzu, Israel habe beim Friedensvertrag mit Ägypten seine Kompromißfähigkeit bewiesen.

Genscher vertrat die Auffassung, die PLO befinde sich in einem „Klärungsprozeß". „Wir hoffen, daß an dessen Ende eine positive Entscheidung über die Anerkennung des Existenzrechts Israels und für eine politische Lösung steht. Umgekehrt muß auch das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes auch von Israel anerkannt werden."

Der Bundesaußenminister nannte den Friedensplan von US-Präsident Ronald Reagan einen „realistischen und aussichtsreichen Ausgangspunkt für Verhandlungen" und würdigte zugleich die „positiven Elemente" der arabischen Deklaration von Fes. Die Araber sollten jedoch noch einen Schritt weiter tun: „Von einer generellen Friedensbereitschaft zu einer konkreten Verhandlungsbereitschaft." Genscher forderte für den Fall israelisch-arabischer Verhandlungen die „Zustimmung und Mitwirkung aller beteiligten Parteien", also auch der Palästinenser. „Nur so kann gewährleistet werden, daß eine Lösung nicht zu Lasten der einen oder anderen Seite erfolgt."

UNO startet Hilfeaktion für Nigeria-Vertriebene

Massenexodus forderte 63 Tote / Neue Ausweisungswelle?

dpa, **New York**

Die Vereinten Nationen wollen in Zusammenarbeit mit internationalen Hilfsorganisationen ein Programm aufstellen, mit dem die größte Not der von Nigeria ausgewiesenen illegalen „Gastarbeiter" gelindert werden soll.

Wie aus einem am Wochenende veröffentlichten Aktionsplan hervorgeht, sollen vor allem für die Ghanaer – die am schwersten betroffene Bevölkerungsgruppe – Lebensmittel, Zelte, Decken, Kleidung und Medikamente bereitgestellt werden. Die Kosten betragen 11,6 Millionen Dollar.

Der Koordinator des Katastrophen-Hilfswerks der Vereinten Nationen (UNDRO), der Tunesier Mohammed Essaafi, ist im Auftrag von UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar nach Ghana gereist, um eine Bestandsaufnahme zu machen. Nach Angaben des Roten Kreuzes gelingt es allmählich, den ungeordneten Rückstrom der Nigeria-Vertriebenen unter Kontrolle zu bringen. „An den Grenzen gibt es keine Schlangen mehr", sagte ein Sprecher des Roten Kreuzes in Togo. „Die Grenzen sind offen, und es gibt keine Menschenmassen mehr, die nach Ghana oder Togo drängen." Nach seinen Worten sind inzwischen so viele Hilfesendungen aus westeuropäischen Ländern eingetroffen, daß es „keine Dringlichkeit" mehr gebe.

Nach offiziell nicht bestätigten Berichten versuchen die Vereinten Nationen, über diplomatische Kanäle eine für Ende Februar erwartete zweite Welle von Massenausweisungen aus Nigeria zu verhindern. Vom ersten Ausweisungsbeschluß waren zwischen 1,5 und zwei Millionen Menschen, vor allem aus den armen Nachbarländern Nigerias, betroffen. Der nigerianische UNO-Delegierte Oladapo Fafowora sagte in New York zu, seine Regierung werde mit der UNO „voll kooperieren".

Der von Nigeria verfügte Massenexodus wird in den Vereinten Nationen nicht öffentlich diskutiert. Anlaß für die Regierung in Lagos, die illegalen „Gastarbeiter" auszuweisen, waren vor allem wirtschaftliche Schwierigkeiten, die durch den Preisverfall für Erdöl verursacht wurden. Nur von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) gab es bislang keinen offiziellen Protest. Die Ausweisungsaktion hat bis zum Wochenende 63 Menschenleben gefordert.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wer mauert da?

Von Rüdiger Moniac

Der amerikanische Vize-Präsident Bush wird auf seiner Reise durch die westeuropäischen Staaten nicht müde zu betonen, bei den Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen gehe es dem Westen nicht um „alles oder nichts“, er sei durchaus zu Kompromissen anstelle der besten, der „Null-Lösung“ bereit. Dennoch wird von sowjetischen Staatsmännern hartnäckig an der Behauptung festgehalten, die Genfer INF-Verhandlungen seien in der Sackgasse.

Das ist falsch. Zur Reduzierung, besser: zur totalen Eliminierung einer bestimmten Waffenart, nämlich landgestützter Atomträgersysteme mit einer Reichweite zwischen 1000 und 5500 Kilometer, haben allein die USA in Genf einen Vertragsentwurf vorgelegt. Die Sowjetunion beschränkte sich bislang darauf, den westlichen Vorschlag als Ganzes wie in den Details zu kritisieren. Wenn Moskau andere Vorstellungen von Rüstungsbegrenzung bei dieser Waffenkategorie hat, dann darf es *sich nicht* aufs Kritisieren beschränken. Konstruktiv sein heißt, eigene Verhandlungsvorschläge einzubringen.

Nach den Reden des KP-Generalsekretärs Andropow und der „Prager Erklärung“, in denen sich gewisse Veränderungen der Moskauer Position zu der INF-Problematik anzudeuten schienen, erwartete die westliche Seite, der sowjetische Unterhändler Kwisinkij würde seinem US-Gegenüber Nitze nun bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen seinerseits einen Vertragsentwurf präsentieren. Weit gefehlt. Auf Nitzes Frage, warum nicht, wich der Russe aus. Das sei doch nicht nötig, die sowjetischen Vorschläge seien sogar schon in der Öffentlichkeit bekannt.

Wer sich so verhält, hat kein Recht, die westliche Haltung als starr zu diffamieren. Sie ist es nicht. Wer das im Wahlkampf wahrheitswidrig behauptet, handelt wider die „deutschen Interessen“.

Viva l'Italia

Von Friedrich Meichsner

Aus Italien kommen immer wieder Nachrichten, die zu der Frage reizen, wie man dort überhaupt noch leben könne. Regierungskrisen, Streiks, Korruption, Verwaltungschaos und Terror geben dem landläufigen Italienbild weitgehend die Konturen. Sentimental abgemildert wird dieses Urteil in Deutschland vielleicht nur durch die traditionelle Sehnsucht nach dem Land, „wo die Zitronen blühen“. „Viva l'Italia“? – Die Aussicht, daß „italienische Unordnung“ nach Norden übergreifen könnte, ist da längst zur Horrorvorstellung geworden.

Ins Bild paßt auch eine Nachricht wie diese: Beim nächtlichen Ankleben von neofaschistischen Plakaten wurde in Rom ein 20jähriger Student von Unbekannten mit einer Eisenstange derart schwer am Kopf verletzt, daß er seit Tagen im hoffnungslosen Koma liegt. „Viva l'Italia“? – Bei solchen Zuständen?

Dann wird aber weiter vermeldet: Am Krankenlager des Jungen ist plötzlich – nach dem kommunistischen Bürgermeister – Staatspräsident Sandro Pertini aufgetaucht. Mit Tränen in den Augen legte der 86jährige Sozialist, der in der faschistischen Zeit als glühender Antifaschist Verfolgung und Haft erlitten hatte, vor politischen Freunden des unheilbar Verletzten Zeugnis ab gegen „Gewalt, Haß und Terrorismus, aus welcher Richtung *sie auch immer kommen mögen*“.

Bedeutsamer als diese Worte ist freilich etwas anderes: Pertini hätte sein Bekenntnis auch in einem Kommuniqué aus dem Quirinalspalast an die Öffentlichkeit bringen können. Der alte Herr machte sich jedoch die Mühe, ins Krankenhaus zu fahren, ganz so, wie er oft spontan Krankenhausbesuche bei alten politischen Kampfgefährten macht.

Mit dieser bewegenden Geste erst hat der Präsident *der Republik dem unverzichtbaren, aber kalten Prinzip* von Gesetz und Ordnung etwas vermittelt, was es weit über die Paragraphen des Strafgesetzbuches hinaushebt: Menschlichkeit und Wärme.

Auch das ist „typisch italienisch“. Und deshalb – trotz allem: „Viva l'Italia!“

Anspruch

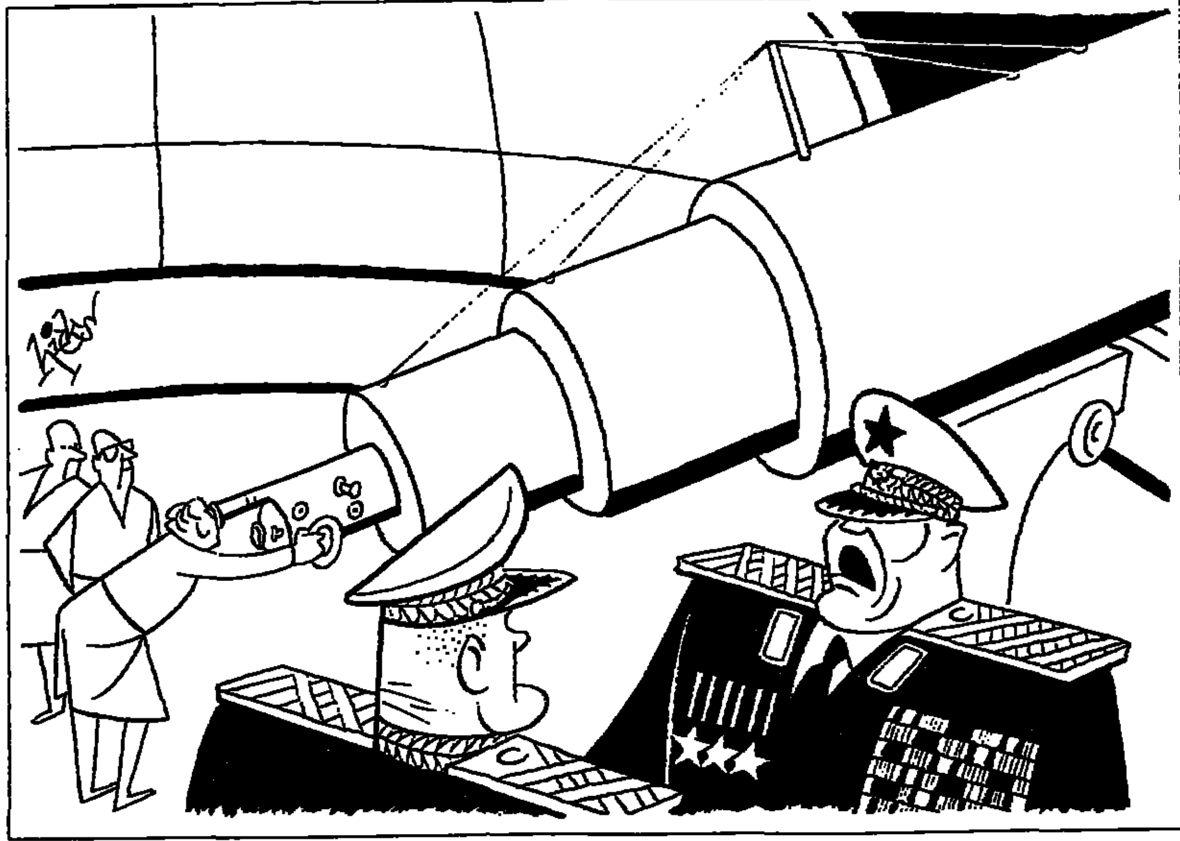
Von Albert Müller

Vor Gefahren der massenhaften direkten Zulassung praktisch unerfahrener Medizinabsolventen ohne Weiterbildung als Praktiker zur Kassenpraxis hatte der zuständige Berufsverband gewarnt. Die hier veröffentlichte Meinung, der Versicherte habe einen Anspruch auf „optimale“ Behandlung (WELT vom 25. 1.), stieß bei manchen Ärzten auf Widerspruch: Es gebe keinen Anspruch auf optimale Behandlung, sagten sie.

Gegen ihre Auffassung steht die Reichsversicherungsordnung (RVO). Zunächst sagt sie über den Gegenstand der Versicherung, Krankenpflege müsse ausreichend und zweckmäßig sein, dürfe aber das Maß des Notwendigen nicht überschreiten (Paragraph 182). Doch geht das Gesetz noch weiter: Der Versicherte habe „eine ärztliche Versorgung zu beanspruchen, die nach den Regeln der ärztlichen Kunst – also auch nach dem neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis, fügen wir hinzu – zweckmäßig und ausreichend ist“ (Paragraph 368 e). Dies hätten die Kassenärztlichen Vereinigungen zu gewährleisten.

Wo bleibt da noch ein Rest bis zum Optimalen? Die genannten Kriterien wollen ebenso Übermedikation und Unterversorgung wie etwa Falschdiagnosen und Kunstfehler auch bei Kassenpatienten nach Möglichkeit ausschließen. Wie weit das in der Wirklichkeit geschieht, steht hier nicht zur Debatte. Wäre aber bei solcher Orientierung das Recht des Patienten nicht voll zu befriedigen, so hätte das Gesetz wohl nie politische Zustimmung gefunden.

Fazit: Wird jemand nach den Regeln der ärztlichen Kunst zweckmäßig, ausreichend und noch dazu wirtschaftlich behandelt, so darf man von dem Optimum reden, das allgemein zu fordern ist. Denn ärztliche Kunst, die individuell noch darüber hinausgeht, ist für den Patienten ohnehin Glückssache.



„. . . und wenn der Absturz Schaden anrichten sollte, nennen wir das ausnahmsweise eine göttliche Fügung!“
ZEICHNUNG HICKS / COPYRIGHT DIE WELT

Der Konsens ist zerbrochen

Von Gernot Facius

Im Nebel des Wahlkampfes soll die Vertagung der Ministerpräsidenten-Entscheidung über die künftige Medienlandschaft wie etwas Vorläufiges, Unfertiges wirken, das noch seiner Vollendung entgegensieht. Wie immer, wenn Politiker nicht weiter wissen, wird eine Kommission eingesetzt. Im Falle der Länder-Regierungschefs heißt das, eine Arbeitsgruppe wird beauftragt, eine Synopse der unterschiedlichen rundfunkpolitischen Vorstellungen des deutschen Föderalismus vorzulegen. Von ihr erhofft man sich „Fixpunkte“ für politische Entscheidungen. Aber der Vorsitzende der *Ministerpräsidenten-Konferenz*, der kühle Analytiker Uwe Barschel, glaubt selber nicht, daß sich noch etwas bewegen wird. „Jetzt muß jeder Farbe bekennen“, kommentierte er das Nicht-Ergebnis von Bonn.

In der Tat ist der Synopsen-Auftrag für die Ministerpräsidentenkonferenz am 19. Mai nichts anderes als das Eingeständnis, daß in der umstrittenen Frage der Ergänzung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems durch Private – die Union ist dafür, die SPD dagegen – ein Konsens nicht möglich ist. Man möchte es in dem konsens bewußten, feinen Club der Landeschefs nur noch nicht offen aussprechen. Denn die Konsequenzen dieser Feststellung sind knochenhart: Die „Einheitlichkeit“ im Rundfunkwesen ist zerbrochen. Es gibt dann Länder mit ausschließlich öffentlich-rechtlichen Programmen, und es gibt Länder, in denen die öffentlich-rechtlichen Anstalten mit privaten Veranstaltern konkurrieren. Immerhin haben sich ja Hannover und Kiel zu neuen Landesrundfunkgesetzen aufgerafft. Und in Stuttgart liegt seit Frühjahr 1982 der Entwurf eines Landesmediengesetzes auf dem Tisch, wenn auch nicht auf den Pulten der Abgeordneten.

Eben dieser Stuttgarter 74-Paragraphen-Entwurf soll Grundlage der „Synopse“ sein. Es ist der, aus der Sicht der Juristen, perfekteste Entwurf. Aber er ist auf Jahre angelegt. Ehe private Anbieter überhaupt die Chance erhalten, zugelassen zu werden, muß mindestens der halbe Südwest-Staat verkabelt sein. Für einen schnellen Einstieg in eine liberalere Medienlandschaft ist die Späth-Vorlage, an der die Experten des Süddeutschen Rundfunks kräftig mitfeilten (den Brotkorb für private Interessenten höher hängten), nicht geeignet. Neue Programmveranstalter können nämlich nach diesem Konzept erst dann zugelassen werden, wenn in dem Verbreitungsgebiet je 30 Hörfunk- und 30 Fernsehveranstalter täglich ein 30-Minuten-Programm anbieten. Wen wunderte es da, daß der kräftigste Applaus aus der Ecke des Monopol-Rundfunks kam? Es erklärt vielleicht, warum der Späth-Entwurf Ausgangspunkt für die künftigen Beratungen der Ministerpräsidenten sein soll. Mit dem Stuttgarter Moratorium möchte man (politisch betrachtet) Zeit gewinnen.

Derweil verrinnt allerdings die Zeit für den Zuschauer, für den Medien-Konsumenten, der sich nicht länger dem Diktat der knappen Frequenzen ausgesetzt sehen möchte.

Die Dauer-Proteste gegen die ARD-„Tagesthemen“, gegen agitatorische „Wahlplädoyers“ im Deutschlandfunk und gegen das von den Rechnungsprüfern gerügte Finanzgebaren *großer Häuser wie ZDF oder* WDR belegen den aufgestauten Unmut des Publikums. Aber werden die Proteste gehört? Die von Politikern durchsetzten „Aufsichtsorgane“ der öffentlich-rechtlichen Anstalten zeigten sich bislang außerstande, Mißstände zu beseitigen. Zur „Selbstreinigung“ scheint das überkommene System nicht fähig.



Rät zur Nüchternheit: Bernhard Vogel, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz FOTO: PETER MITCHELL

Bleiben also noch die Hoffnungen, daß von Niedersachsen und Schleswig-Holstein Impulse für eine Verbesserung der Kommunikationsstruktur ausgehen. Aber der von der Regierung Albrecht ausgearbeitete Entwurf ist noch mit so vielen Mängeln behaftet, daß der parlamentarische Reifungsprozeß nicht vor eineinhalb Jahren abgeschlossen sein wird. Und auch das Kieler Kabinett formuliert noch kräftig. Bayern ist durch Artikel 111 a der Landesverfassung ohnehin daran gehindert, einen Schritt nach vorn zu tun: Rundfunk muß dort weiter ausschließlich in öffentlich-rechtlicher Verantwortung betrieben werden.

Überdies herrscht auch unter den Unions-Ländern noch *nicht letzte Klarheit* darüber, wie man dem Monopol begegnen soll. Die einen setzen auf den pionierhaften Anfang im regionalen Bereich, von dem quasi in schöner Gesetzmäßigkeit das medienpolitische Heil in die gesamte Republik ausgehen werde, nach dem Motto: Was gut ist, wird sich durchsetzen. Die anderen, dazu gehört der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und Vorsitzende der Rundfunkkommission der Ministerpräsidenten, Bernhard Vogel, raten zu mehr Nüchternheit: Mit lokalen, regionalen privaten Programmen werde man dem öffentlich-rechtlichen Giganten, zumal im Fernsehen, nicht gefährlich werden können. Nur eine bundesweite Konkurrenz, etwa mit einem einheitlichen „Mantel“ und regionalen „Fensterprogrammen“, schaffe eine wirkliche Wettbewerbssituation.

Die Diskussion wird noch Zeit und Kräfte absorbieren. In der Zwischenzeit wird das Satellitenfernsehen Wirklichkeit werden. Es kann die Tür zur Medienfreiheit aufstoßen. Aber auch da haben die Öffentlich-Rechtlichen schon einen kräftigen Vorlauf.

IM GESPRÄCH Siegmar Mosdorf

Kritik von den Genossen

Von Xing-Hu Kuo

Baden-Württembergs junger SPD-Landesgeschäftsführer Siegmar Mosdorf (31) mußte sich in diesen Tagen von zwei führenden Genossen heftig kritisieren lassen: IG-Metall-Bezirksleiter Franz Steinkühler, der zugleich auch stellvertretender SPD-Landesvorsitzender ist, und der DGB-Landesvorsitzende Siegfried Pommerenke rügten den Parteifunktionär, er sei „arbeitgeberfreundlich“. Anlaß für die öffentliche Schelte: Mosdorf hatte in einer Studie zwar für einen „schnellen Einstieg in die 35-Stunden-Woche“ plädiert – und insoweit den gewerkschaftlichen Standpunkt vertreten –, aber, so gab Mosdorf zu bedenken, dabei müsse „der Kostenfaktor der Arbeitszeitverkürzung bei den Lohn- und Gehaltsverhandlungen“ beachtet werden. Zu deutsch: ein voller Lohnausgleich sei wohl nicht zu verwirklichen. Mit dieser Feststellung aber war Mosdorf bei seinem ehemaligen Chef Steinkühler und dem Genossen DGB-Vorsitzenden Pommerenke ins Fettnäpfchen getreten.

Der in Erfurt/Thüringen geborene Politiker ist in der Tat ein nüchterner Realist par excellence; kein Wunder, daß der zum „Chefdenker“ der Südwest-SPD Avancierte – nach der Eppler-Ära eine bittere Notwendigkeit – bald zum Enfant terrible werden mußte.

Mosdorf schockierte viele Ge*nossen bereits kurz nach seinem* Amtsantritt in der Stuttgarter Parteizentrale im Herbst 1981, als er eine schonungslose Analyse über die Lage der SPD veröffentlichte. Darin fand sich der inzwischen bundesweit vielzitierte Satz, die SPD der Eppler-Ära habe das Profil einer „primär politische Minderheiten ansprechenden linksliberalen Partei geboten“, der man „eher das Opponieren als das Regieren“ zutraue. An anderer Stelle erklärte Mosdorf, die SPD im Südwesten habe „zuwenig über die spezifischen Probleme Baden-Württem-



Spricht vom „Kostenfaktor A- zeitverkürzung“: Siegmar M-
FOTO: JÖRG-PETER M-

bergs“ nachgedacht, statt habe sie sich eingehend mi- politik“ befaßt, ein deutlich- weis auf Erhard Eppler. maßgeblicher Vor- und M- Mosdorfs versucht die SP- der an der „Basis“, vor Ort, und in der Stadt wie in den ben Fuß zu fassen.

Im Gegensatz zu vielen S- nossen steht Mosdorf mit Beinen auf dem Boden de- tät. Denn die Wirtschaft k- nicht nur aus seiner Zeit au- Hamburger Wirtschafts- sium und dem Studium d- schafts-, Verwaltungs- und *wissenschaften an der Uni-* Konstanz, sondern gerade a- IG-Metall-Gewerkschaftsse- bei Franz Steinkühler. De- war der junge Mosdorf von 1981 zuständig für die Bi- und Angestelltenarbeit i- Großbetrieben: Daimler-Be- Bosch. Und hier hat Mosd- ehemalige Juso, gesehen, Wirklichkeit am Arbeitspl- sieht. Und das ist eine Pers- die hochdotierte Gewerk- funktionäre vom grünen T- offenbar nicht wahrzuneh- mögen.

DIE MEINUNG DER ANDERE-

SUNDAY TELEGRAPH

Die Londoner Zeitung kommentiert die feste Entschlossenheit von Bundeskanzler Kohl, notfalls nachzurüsten:

Wir neigen dazu, in unserer eigenen Debatte über die nuklearen Mittelstreckenwaffen zu vergessen, daß die Bundesrepublik die einzige europäische Macht ist, die die tödlichen Pershing-2-Raketen aufnimmt, die innerhalb von Minuten ihre sowjetischen Ziele erreichen können. Aus sowjetischer Sicht ist Westdeutschland bei der *Mittelstreckenraketen-Konfrontation* der Feind an der Front, so wie es auch bei jedem Konflikt zwischen konventionellen Streitkräften das Hauptschlachtfeld sein würde. Aus diesem Grund ist die starke Haltung Kohls so begrüßenswert und bewunderungswürdig ... Er hat in London unmißverständlich wiederholt: Wenn Verhandlungen scheitern, werden wir stationieren. Die Frage könnte für *seine Regierung, aber auch für seine* Landsleute, eine Frage von Leben oder Tod sein ... Ungeachtet des ewigen Traumas eines geteilten Deutschlands und der unmittelbaren Bedrohung seitens der Streitkräfte des Warschauer Paktes entlang der gesamten Ostgrenze, ganz zu schweigen von den jüngsten Sirenenklängen aus dem Kreml, bleibt die derzeitige Regierung in Bonn in ihrer Haltung fest. Sie verdient es, am 6. März *an den* Wahlurnen Glück zu haben.

WESTFALEN-BLATT

Die in Bielefeld herausgegebene Zeitung kommentiert den Streit um die Mieter-Lüge:

Merkwürdig ist schon: Werden die Mieten erhöht, dienen sie als Wahlkampfmunition – ist dies nicht der Fall, so wird auch aus der Tatsache unterlassener Mieterhöhung noch ein Wahlkampf-Strick gedreht. Bei dem meldet sich der Deutsche Mieterbund parteiisch zu Wort – dem heimlichen Wahlhelfer des sozialdemokratischen K- kandidaten Hans-Jochen V- offenbar jedes Argument re- bei mußte der Mieterbun- erst eingestehen, daß er s- einer sogenannten Aufklär- tion an der Angstmache-K- ne der SPD beteiligt hatte, d- Wähler Mieterhöhungen al- schenk von Helmut Kohl schwindelte. Nunmehr zei- terbund-Präsident Gerhar- auf die Hausbesitzerverei- angeblich mit der CDU ge- me Sache machen, weil sie d- ten noch nicht erhöht haben Jahn nicht, daß er gleichze- vier Fingern auf sich selbst

Le Monde

Wie alle französischen Blätter be- diese Pariser Zeitung mit der - Ergreifung des ehemaligen Gest- von Lyon, Barbie-Altmann:

Der Prozeß gegen Altma- bie wird in einem Land e- werden, in dem es keine Tod- fe mehr gibt. Manche werde- nach der allzu langen Straflo- einen neuen Skandal sehen das im Namen der Sühne zu ern? Eine unmöglich gew- Strafe für seine vor vierzig begangenen Taten ist heute, Jahre später, nicht das w- Ausschlaggebende. Worauf mehr ankommt, das ist Erinnerung ..., sich bei ein- emplarischen Prozeß übe- Epoche der Feigheit, der Bl- lungen und des Mutes aus- chen – das bohrende Gesch- nes nationalen Schmerzes ö- für eine Jugend, die es nicht lebt hat, und für all diejenig- die Zeit der Hinrichtungsko- dos vergessen haben, die Er- se wieder aufleben lassen: kann und muß die Rückke- bisher straflos ausgegangene stapo-Chefs dienen. Das i- Dienst, den Klaus Altmann-B endlich dem Land erweisen das er in die Knie zwingen w-

Europa und Amerika bleiben aufeinander angewiesen

Wie sich Österreichs Kanzler Kreisky für das westliche Bündnis ins Zeug legte / Von Carl Gustaf Ströhm

Die demonstrative Herzlichkeit, mit welcher der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky in diesen Tagen anläßlich seines offiziellen Besuchs in Washington sowohl Präsident Reagan im besonderen als auch Amerika und die Amerikaner im allgemeinen bedachte, mag für deutsche Beobachter überraschend sein. Kreisky ist Regierungschef eines neutralen Landes, das nicht der NATO angehört – und doch sprach er in Washington von der Notwendigkeit, das westliche Bündnis in Takt zu halten. Kreisky ist Sozialist – ein Parteifreund also des deutschen SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel –; und doch benutzte der Österreicher, wenn er von Amerika sprach, Begriffe, die seinem deutschen sozialdemokratischen Kollegen nicht über die Lippen kommen. Etwa wenn Kreisky davon sprach, die Demokratien Europas und Amerikas könnten *ohne einander nicht existieren.* Läßt sich heute noch vorstellen, daß ein führender deutscher Sozialdemokrat vor die Amerikaner hintritt, um sich – wie es der österreichische Kanzler jetzt tat – für alles zu bedanken, was die USA seit dem Zweiten Weltkrieg an Hil*fe und Unterstützung für sein Land* geleistet hatten?

Was bewog den erfahrenen Politiker Kreisky, sich gerade jetzt in der Tonlage, aber auch im Inhalt, gegenüber den Amerikanern ganz anders, ja genau entgegengesetzt zu verhalten als die führenden Sozialdemokraten der Bundesrepublik? Es ist sicher nicht weltanschauliche Sympathie für den „Reaganismus“, den der Kanzler aus Wien oft barsch kritisiert hat. Gewiß spielt bei Kreiskys proamerikanischen Äußerungen auch ein wenig Wahltaktik mit: Die Österreicher werden wenige Wochen nach den Bundesdeutschen an die Urnen gehen – und für einen österreichischen Bundeskanzler, der wiedergewählt werden will, ist es wichtig, den Beweis zu bringen, daß er mit Amerika gut steht. Denn in Österreich gibt es im Gegensatz zur Bundesrepublik keinen nennenswerten Anti-Amerikanismus. Im Gegenteil: Den Bewohnern der neutralen Alpenrepublik ist bewußt, daß ein starkes, in Europa präsentes Amerika für die Unabhängigkeit ihres Landes lebenswichtig ist.

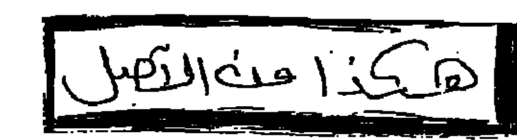
Zugleich existiert in der österreichischen Bevölkerung – nicht zuletzt auch bei den Kreisky-Wählern – ein tiefes Mißtrauen gegen die Sowjets und die Kommunisten. Das Stimmungsklima ist in Österreich seltsamerweise immer noch anders als in der Bundesrepublik. Das hängt mit den Erfahrungen der sowjetischen Besatzung vor 1955, aber auch mit der geographischen Nähe Wiens zu Osteuropa zusammen: So kommt es, daß die Österreicher zwar neutral, aber nicht neutralistisch sind – während gewisse Kreise der bundesdeutschen Linken zwar nicht neutral sind, aber sich zunehmend neutralistisch gebärden können.

Hier liegt für Kreisky ein Element der Beunruhigung und der Sorge. Den österreichischen Kanzler verfolgt seit geraumer Zeit der Alptraum, die pazifistische Jugend Westeuropas (nicht zuletzt der Bundesrepublik) könne das Partei*ensystem und die politischen* Verhältnisse völlig über den Haufen werfen. Der Vorsitzende der österreichischen Sozialisten, der seine eigenen Linken bis jetzt immer noch integriert und gebändigt hat, weiß genau, wie es mit der deutschen Schwesterpartei bestellt ist.

Für jeden österreichischen Regierungschef – mag er nun Sozialist sein oder nicht – wäre es eine sehr beunruhigende Zukunftsperspektive, wenn die Bundesrepublik sich aus dem westlichen Bündnis davonschleichen – und wenn die Amerikaner sich aus Westeuropa verabschieden würden. Dann hinge Österreich nämlich wie ein langgestreckter, ungeschützter Balkon tief in den sowjetischen Machtbereich hinein – ohne die Gewißheit, daß die NATO und die Amerikaner gleich hinter Salzburg stehen und damit das Gleichgewicht garantieren.

Wer genau zuhörte, konnte während Kreiskys Washingtoner Tagen diese Sorge in den Reden und Erklärungen des Kanzlers aufspüren. Kreisky sprach von „Gleichgewicht der Kräfte“, das eine der Voraussetzungen der Entspannungspolitik gewesen sei. Dieses Gleichgewicht sei durch die *SS-20* sowie durch die Afghanistan-Invasion erschüttert worden. Er erklärte sich – ähnlich wie die Amerikaner und anders als beträchtliche Teile der SPD – für die „Unteilbarkeit“ der Entspannung, also gegen den trügerischen Versuch, in Europa „Freude und Frieden“ zu proklamieren – und zu bedenken, was anderswo, in Afrika oder in Südost geschieht.

Ein österreichischer Regier- chef, der verhindern will, d- Unwägbarkeit und Irrational- des großen deutschen Bruder- und seinem Lande gewisserm- auf den Kopf fallen, kann al- eins tun: die Amerikaner e- gen, Europa nicht den Rück- kehren. Dabei ist Kreisky Re- tiker und Pragmatiker genu- in einer solchen Konstellatio- die – im Sinne der Sozialdem- tie – ideologischen Schönhe- ler der Reagan-Administratio- wegzusehen. Nicht zu verge- Kreisky stammt noch aus ein- neration, die weiß, was Ame- und nach dem Zweiten Wel- für Westeuropa bedeutet hat. mag hinter den alten Mauern Wiener Ballhausplatz noch s- teilter Meinung sein – daß e- für geschichtliche Zusamme- ge und Gespür für kommend- fahren hat, steht außer Zwei- weiß, daß nicht nur sein e- Land, sondern ganz Weste- den Rückhalt eines starken selbstbewußten Amerika bra-





In London fährt der Nostalgie-Zug zurück in die „Swinging Sixties"

Von FRITZ WIRTH

Am „Ende der Welt" begann alles: „World's End" heißt das Pub, „World's End" heißt die Backstein-Wohnsiedlung dahinter. Rotbraune Wohntürme, die sich vom Himmel abheben wie eine Reihe tabakbrauner Zähne in einem lückenhaften Gebiß.

Vor 20 Jahren wurde die Siedlung geplant, drei Jahre wurde sie bestreikt, fünf Jahre gebaut, nun steht sie in der Landschaft von Chelsea, London SW 10, Ruine des britischen sozialen Wohnungsbaus. Stilliegende Fahrstühle, verwüstete Treppenhäuser, ausgehobene Türen. Am „Ende der Welt" lebt man, als gäbe es nur noch ein Morgen mit beschränkter Haftung. Man lebt hier schneller, lauter, unruhiger.

An diesem „Ende der Welt" also begann die Legende. „World's End" ist der Punkt, an dem jene Straße chic zu werden begann, die einst der Flanier- und Parade-Boulevard des britischen Jugendkultes war und wo der Motor der „Swinging Sixties" vermutet werden durfte: King's Road.

King's Road heute: ein paar plastikgekleidete Fassaden, ein paar billig gezimmerte Video-Läden fürs schnelle Geld, ein in den Hinterhöfen versteckter Antiquitätenmarkt, ein paar Kleiderläden mit Massenwaren, ein paar Mode-Boutiquen mit unsicherem Geschmack, Supermärkte, eine viel zu teure Tankstelle und inmitten dieses bemühten Merkantilismus biederes, unauffälliges mittelalterliches Bürgertum.

King's Road 1983 – Ruine einer Legende, in der die Jugend die „Generation Gap" entdeckte, Geschmack an der Pille fand und junge Mädchen der Generation der über 40jährigen Frauen die Freuden des zweiten Frühlings nahmen und aus dem Wettbewerb disqualifizierten, indem sie den Rocksaum in jene Höhen hoben, in denen kaum noch Spielraum für die Phantasie blieb. Zeit des frischen, offenen, rücksichtslos jungen Sex, Zeit des scheu und leicht verstört an die Wand gedrängten Bürgertums.

Erinnerungen an einen toten Jugendkult? Kaum. In den Ruinen dieser Legende ist etwas in Bewegung geraten. Die Briten der krisendüsteren achtziger Jahre sind dabei, wieder Leben in diese verspielten, unbekümmerten, sorglosen sechziger Jahre zu hauchen. Das britische Fernsehen besichtigte dieses Jahrzehnt kürzlich sechs Stunden lang mit verklärter Wehmut, Francis Whean schrieb ein Buch („The Sixties"), das heute schon nicht mehr zu haben ist, J. M. Dent legte einen Bildband vor („Yesterday"), der nicht einmal durch seinen Preis von 50 Mark abschreckte, und der „Sunday Telegraph" schmökerte sich auf zwei ganzen Seiten durch 20 Jahre alte Zeitungsbände.

Zurück zum „Ende der Welt": in einem dieser Wohntürme, zehn Stockwerke über der King's Road, lebt eine leicht verlotterte Frau und schaut auf diese Legende, und sie tut das gar nicht von oben herab. Vor 20 Jahren war sie eine der Hauptfiguren auf der Szene frisch erwachter Permissivness. „Lady Chatterleys Lover" war im „Old Bailey" vom Richter soeben als Literatur akzeptiert worden, da fand diese Frau, damals noch nicht 20, einen „lover" ganz besonderer Art und machte aus dieser Affaire den „Skandal des Jahrhunderts", der den heuchlerischen Puritanismus des britischen Establishments so grausam und so endgültig enttarnte – den „Fall Profumo".

Sie machte sich mit dieser Affäre einen Namen. Heute lebt sie am „Ende der Welt", anonym, hinter einer mit Tüchern verhängten Glastür, Sozialmieterin und Empfängerin der Sozial-Fürsorge: Christine Keeler. Zwei vernachlässigte Zimmer, ein paar rotlackierte Möbel, ein Fernsehgerät und ein Telefon als letzte Fangleine zur Außenwelt.

Hier lebt sie und wartet. Bis um vier, wenn ihr Sohn aus der Schule zurückkommt, bis um fünf, wenn das Pub in der King's Road öffnet. Und außerdem wartet sie auf das Unvorhergesehene, beispielsweise darauf, daß die Vergangenheit plötzlich wieder vorbeikommt. Und vorsorglich hat sie sich für diese Begegnung mit einem Buch gerüstet, ihre dritten Memoiren. „Weil es endlich Zeit ist", sagt sie, „die ganze Wahrheit zu erzählen." Christine Keeler, lebende Ruine britischer Permissivness, steht bereits auf dem Trittbrett des großen Nostalgie-Zuges zurück in die „Swinging Sixties".



Am „Ende der Welt" überschattet die triste Backstein-Gegenwart ein Stück britischer Legende. FOTO: CAMERA PRESS

Was hat diesen Zug zurück in die „Sixties" auf die Gleise gesetzt? Flucht des Krisenbürgers in eine Welt des Aufbruchs und des Optimismus, in der Harold Wilson Visionen von der „Weißglut der Technologie" hatte, die Arbeitslosenrate unter zwei Prozent lag, der Liter Benzin 18 Pfennig kostete und ein gutbürgerliches Haus für 6000 Pfund zu kaufen war?

Schlichte Verbraucher-Wehmut also, Sehnsucht nach einer heilen Welt des Optimismus, in der die Idee der „Concorde" geboren wurde, das bisher nicht mehr gespürte Erfolgserlebnis einer gewonnenen Fußball-Weltmeisterschaft genossen werden konnte, die „Beatles" „Yeah, yeah, yeah" kreischten und von der ganzen Welt geliebt wurden?

Kaum, denn die Zeiten waren gar nicht so. Ob vergessen oder verdrängt – diese „Sechziger" waren auch die Ära der permanenten Pfundkrisen, der Atomfurcht und des John-Osborne-Aufschreis, der dem selbstzufriedenen Satz Macmillans „Uns ging es noch niemals so gut" ein giftiges und zorniges „Verdammtes England, du verfaulst und wirst bald ganz verschwunden sein" entgegensetzte; und sie waren außerhalb Englands die Jahre der Kennedy-Ermordung, des Mauerbaus, des Vietnam-Krieges und des britischen Rückzugs „East of Suez".

Was also macht dieses Jahrzehnt dennoch für viele Briten heute wieder so attraktiv? Denn daß es ein besonderes, aus dem Rahmen fallendes Jahrzehnt war, steht außer Zweifel. Es ist nach den „Roaring Twenties" die erste und bisher letzte Dekade dieses Jahrhunderts, die mit einem bleibenden Namen, eben den „Swinging Sixties", fixiert wurde. Andere Namen blieben nicht hängen. Man hat die folgenden zehn Jahre die „Dekade des Ichs" und die „Zynischen Siebziger" genannt – vergessen. Es blieb ein politisch und gesellschaftlich belangloses und indifferentes Jahrzehnt.

So unpräzis und oberflächlich der Begriff „Swinging" sein mag – er kennzeichnet in der Erinnerung der meisten Briten heute noch eine Ära der Sorglosigkeit, der Ungebundenheit und der Selbstsicherheit. Und wenn Kontraste sich anziehen, dann kann es kein Zufall mehr sein, daß die Flucht aus der grimmigen Wirklichkeit der achtziger Jahre dort ihren Fixpunkt findet.

Denn es wäre falsch, diese Nostalgie nur als ein Ereignis jener Generation der Vierzigjährigen zu verstehen, die damals die Szene beherrschte und heute die Fesseln der Bürgerlichkeit trägt. Die Faszination für die Sechziger hat – teils neugierig, teils neidisch – auch das junge England gepackt.

Denn diese sechziger Jahre waren das Jahrzehnt, das die britische Jugend großjährig machte. Es war nicht nur die neue pillengeschützte Sexualfreiheit, die Legalisierung der in diesem Lande so blühenden Homosexualität und der Beatle-Kult, die dieses Jahrzehnt prägten. Es war zugleich die Dekade, die den 18jährigen das Wahlrecht gab, die diese Jugend politisch ernst zu nehmen begann und in der diese Jugend – abgesehen von der „Schlacht am Grosvenor Square" – von ihrem neuen politischen Mitspracherecht rationaler und weniger ungestüm Gebrauch machte als andernorts. Eine Studentenrevolte fand trotz aller intensiven Importbemühungen des „roten Danny" nicht statt, und der „Revolutionär" Tarique Ali geht heute schon lange mit dem Programm der Labour-Linken konform.

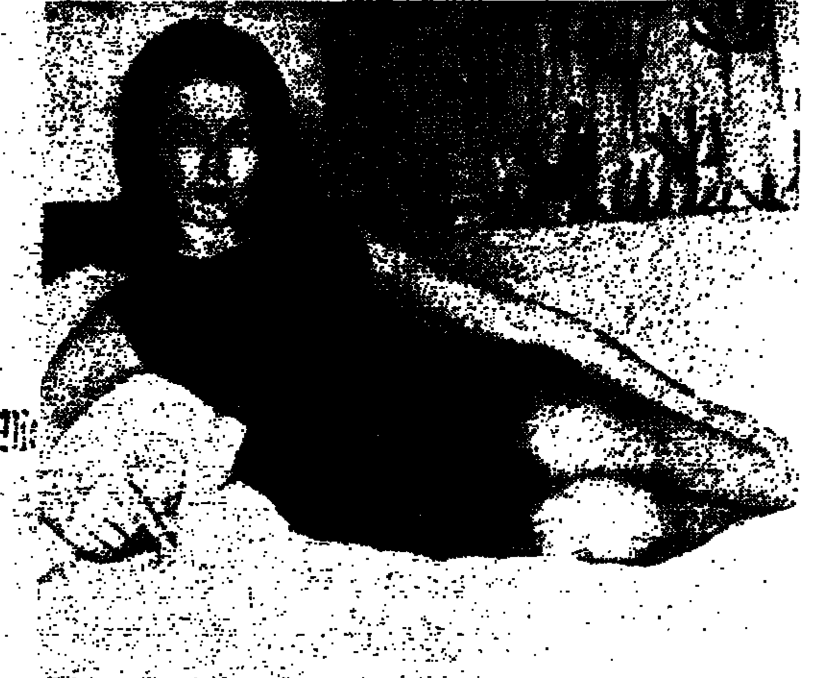
Dies aus heutiger Sicht betrachtet – welch ein Kontrast. Damals Jahre des Jugendkultes, heute Jahre der Jugend-Arbeitslosigkeit. Dort Aufbruch einer sorglosen Jugend gegen die Normen des Establishments, hier die grimmige Langeweile einer untätigen Jugend. Die jungen Leute der sechziger Jahre drängten sich selbstbewußt ganz vorn an die Bühnenrampe, um gesehen und gehört zu werden, die Jugend der achtziger Jahre hat sich resignierend ins Halbdunkel der Kulissen zurückgezogen.

Und wenn diese Jugend sich heute noch provozierend selbst darstellt, dann geschieht es innerhalb jener Klassengrenzen, die die Jugend der Sechziger gerade zu überwinden versuchte. Sie gruppieren sich zwischen Soho und King's Road in die „Punks" der Arbeiterklasse und die „Sloane Rangers" der Upper Classes, aus denen Prinz Charles sich seine Diana angelte, der gleiche Charles, der in den sechziger Jahren im Zeichen aufbrechender Normen von seinen Eltern auf das klassenlose Gordonstoun-Internat statt auf die Elite-Anstalt des Establishments in Eton geschickt wurde.

Eine „verlorene" Jugend? Kaum. Eher eine vergessene Jugend. Es bedurfte erst des Falkland-Krieges, um vom lethargischen Establishment einen aufmunternden Schlag auf die Schultern zu bekommen und dort die Einsicht dämmern zu lassen, daß dies nicht nur eine Generation der „Hooligans" ist, die Samstag für Samstag in Horden auf britische Fußballplätze einfällt und den Bürgerschreck spielt.

Seit einigen Monaten sind auf der King's Road, der Meile einer verlorenen Legende, wieder Miniröcke zu sehen. Mary Quant, die sie erfand, hat – heute 48 Jahre alt – immer noch ihre Werkstatt in Chelsea. „Das Feuer der Sechziger", behauptet sie tapfer, „ist noch nicht ausgebrannt." In Wahrheit ist auch schon sie lange mit der Zeit gegangen. Ihr Hauptmarkt ist Japan, und im nächsten Jahr will sie sich zusammen mit ihrem Mann Alexander im Autodesign versuchen. Einige Händler in King's Road glauben an einen neuen Jugendkult anderer Art, an die Flucht der Krisen-Generation in die Romantik. Und so ist denn wieder das Hochzeitskleid der Diana in einem Schaufenster zu besichtigen. Viele Händler jedoch resignieren. Auf hundert Meter Kings's Road findet man heute fünf bis sechs Läden mit dem Fluchtsignal „Zu vermieten".

Die Party ist endgültig vorüber. Die „gatecrasher" vor den Toren einer vermeintlichen Renaissance des Jugendkultes stehen vor dem falschen Eingang. Margaret Thatcher hat der Dekade der grimmigen Achtziger ihren Namen und Slogan gegeben: „There is no U-turn" – „Es gibt keine Kehrtwende". Die Legende der „Swinging Sixties" ist tot. Es lebe die Erinnerung.



Christine Keeler war einst das Symbol britischer Permissivness, heute empfängt sie Sozialhilfe und lebt von der Erinnerung. FOTO: DPA

Im Barbie-Prozeß droht auch Schatten auf die Résistance zu fallen

Von A. GRAF KAGENECK

Klaus Barbie hat die beiden ersten Nächte seines neuen Lebens auf europäischem Festland da verbracht, wo er vor vierzig Jahren seine Opfer zwischen zwei Verhören festzuhalten pflegte: im Militärgefängnis von Montluc, einem alten Fort hoch über Lyon, aus dessen vergitterten Zellenfenstern einst Hunderte von französischen Widerstandskämpfern, den sicheren Tod vor Augen, einen verzweifelten Blick über die Zweistromstadt zu erhaschen suchten.

Frankreichs Justizminister Robert Badinter hatte diesen sinistren Ort ausdrücklich zur Endstation der langen Odyssee bestimmt, die Barbie seit der Nacht zum Samstag von einem Gefängnis in La Paz über die „Teufelsinsel" Cayenne und dem Militärfliegerhorst Orange im Rhônetal vor die Tore von Lyon geführt hatte. Badinter, der Mann, der Frankreich von der Last der Todesstrafe befreite, mag seinen Schritt vielleicht im nachhinein bedauert haben. Er bekannte öffentlich, der Résistance mit der Wahl dieses Ortes eine Referenz erweisen zu wollen. In dem Chor von Reaktionen, den das Ereignis auslöste, gehen gleichwohl die Rufe nach Rache und Vergeltung nahezu unter. Die einzige Person, die öffentlich bedauerte, daß man Barbie nicht mehr Gleiches mit Gleichem heimzahlen könne, war Madame Jean Moulin, die ehemalige Lebensgefährtin des Résistance-Führers, an dem sich der ganze Fall Barbie entzündet. Sie war nach dreijähriger Ehe schon vor dem Kriege von dem jungen Präfekten wieder geschieden worden, und die wenigsten wußten, daß sie überhaupt noch lebte.

Nicht Rache wird gefordert, sondern Rechenschaft

Die Kampf- und Leidensgefährten Jean Moulins aber, ein Jacques Chaban-Delmas, ein Christian Pineau oder jener Raymond Aubrac, der mit Moulin zusammen verhaftet und ebenfalls schwer gefoltert wurde, verlangen nichts weiter, als daß Barbie vor den Menschen und vor der Geschichte Rechenschaft für seine Taten ablegen soll. Das Strafmaß interessiert sie nicht. Der Nachwelt soll berichtet werden, wie es damals wirklich war, wo Wahrheit und Legende – die Résistance umrankt eine Legende; es gab in ihr Heldenmut, aber auch Feigheit und Verrat – sich trennen, wo die Grenze zwischen Menschlichkeit und Unmenschlichkeit auch in einem Kriege verläuft, der sich zwangsweise im Schatten abspielen mußte. Sie alle sind sogar bereit, Pardon zu gewähren, wenn der Mann, der sie einst verfolgte und quälte, als erster um Pardon zu bitten bereit wäre.

Liegt ein wenig Geniertheit, ein wenig Unwohlsein über allen diesen Gefühlen derer, die wirklich im Kampf standen? Hätten sie es womöglich lieber gesehen, Barbie wäre für immer irgendwo zwischen den Anden und dem Amazonas verschwunden, selbst zu einer Art Legende geworden, bei der man es hätte belassen können, anstatt die überaus komplizierte und widersprüchliche Geschichte des Widerstandes wiederaufzurollen und die Aussöhnung zwischen Deutschen und Franzosen neu zu gefährden?

Kein Zweifel, daß hier die Geschichte des Widerstandes an Hand eines Kapitalzeugen wieder aufgerollt werden wird. Eine Geschichte, die nicht ihrer Intrigen, ihrer Rückschläge, ihrer politischen Auswirkungen bis in unsere Tage hinein entbehrt, und die sich an niemandem besser darstellen läßt als an der Figur des tragischen Helden Jean Moulin.

Moulin hatte schon am 17. Juni 1940, einen Tag vor dem historischen Aufruf des Generals de Gaulle aus London an die Franzosen, die Waffen nicht aus der Hand zu legen, einen authentischen Akt des Widerstandes vollzogen. Er weigerte sich, ein von den Deutschen ausgefertigtes Protokoll zu unterzeichnen, wonach französische Kolonialtruppen einen Akt der Grausamkeit an deutschen Kriegsgefangenen begangen hätten. Der junge Präfekt wurde auf deutsches Geheiß von den Vichy-Behörden abgesetzt. Er ging nach Marseille, wo er mit ersten Gesinnungsfreunden den Embryo des Widerstandes in der nichtbesetzten Südzone aufbaute. Später ging er nach London zu de Gaulle, der den talentierten Organisator damit beauftragte, dem noch sehr heterogenen, überwiegend von den Kommunisten beherrschten Widerstand in Frankreich unter eine Führung zu bringen.

Moulin sprang mit dem Fallschirm über dem unwirtlichen Zentralmassiv ab und machte sich an die Arbeit. Im November 1942, nach der alliierten Landung in Nordafrika, hatte die Wehrmacht auch den Restteil Frankreichs besetzt. Damit war die bisher deutscher Kontrolle entzogene Südzone, in der sich der Widerstand relativ unbehelligt hatte entwickeln können, vorderste Frontlinie geworden. Lyon wurde zum Zentrum des Untergrundkampfes gegen die Besetzer. Hier hatte Jean Moulin, inzwischen zum Oberbefehlshaber und Koordinator aller Widerstandstruppen außer den Kommunisten geworden, sein Hauptquartier aufgeschlagen. Von hier aus organisierte er die ersten Aktionen gegen die Deutschen, Sprengungen, Überfälle auf Kasernen, Hinterhalte auf Marschkolonnen.

In Lyon hatte Anfang 1943 Klaus Barbie als Chef des Sicherheitsdienstes und der Polizei den Kampf gegen die Résistance aufgenommen, wobei er sich wie üblich eines Netzes von Agenten, Zuträgern oder „umgedrehten" Widerstandskämpfern bediente. Am 21. Juni 1943 glückte dem SS-Polizisten der entscheidende Schlag: In der Villa eines Arztes in Caluire bei Lyon verhaftete er, ohne zunächst zu wissen, wer unter den sieben Verhafteten es war, „Max", den seit Monaten gesuchten Chef der Résistance. Daß dies durch Verrat geschah, steht heute außer Zweifel.

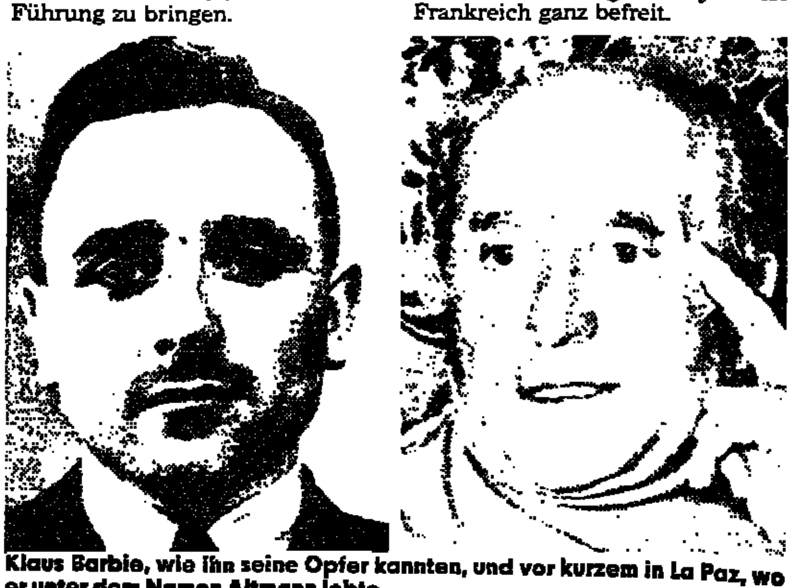
Nur einer entkam damals den Gestapo-Beamten, ein gewisser René Hardy, der trotz entschiedener Verneinung in zwei Prozessen nach dem Kriege von den wenigen Überlebenden des Dramas bezichtigt wird, seine Kameraden an die Deutschen ausgeliefert zu haben. René Hardy lebt noch heute. Er wird einer der interessantesten Zeugen des Prozesses sein. Barbie hat mehrfach in Interviews aus seinem Exil heraus Andeutungen über die Rolle gewisser Mitarbeiter gemacht, die ihm bereitwillig in die Hände gespielt und seine Aufgabe wesentlich erleichtert hätten, und die er in einem eventuellen Prozeß schonungslos preiszugeben beabsichtige. Daß der Prozeß gegen Barbie, der nun wie ein Riesenspektakel monatelang die französische Öffentlichkeit beschäftigen wird, nicht allen Franzosen paßt, kann angenommen werden. Der Fall des ehemaligen Pariser Polizeipräfekten und Ministers Maurice Papon, dem erst kürzlich eine Mitverantwortung an den Juden-Deportationen aus Bordeaux nachgewiesen werden konnte, wird nicht der einzige bleiben.

Der Schlußpunkt hinter dem Zweiten Weltkrieg

Denn die unglückliche Verquikkung von Widerstand und Kollaboration, die Sympathie, die viele Franzosen dem Nationalsozialismus entgegenbrachten, die Befriedigung antisemitischer Gefühle, der sich mancher unter deutscher Herrschaft weidlich hingeben konnte, der Enthusiasmus, mit dem einige junge Franzosen an der Seite der Deutschen gegen den Bolschewismus kämpften, oft auch nur die krasse Lust an Gewinn und materiellen Vorteilen, das Nebeneinander von hehrer Selbstaufgabe und widrigster Gemeinheit, haben auch in Frankreich einen Zustand hinterlassen, der durchaus als Bewältigung einer spezifisch französischen Vergangenheit bezeichnet werden kann.

Ein Zustand, der aus Anlaß des Prozesses neue Leidenschaften entfesseln wird. Nicht umsonst bemüht sich die französische Justiz schon vor Beginn des Prozesses nachdrücklich um die Feststellung, daß ein durch und durch korrektes Verfahren unter Anhörung aller Parteien durchgeführt werden wird.

Wie immer der Prozeß verlaufen mag: Die Figur des Nationalhelden Jean Moulin wird strahlender denn je aus der Gegenüberstellung mit Barbie hervorgehen. Sie ist die Symbolfigur schlechthin für Frankreichs Teilnahme an diesem unglücklichen Kriege. Militärisch in nur sechs Wochen bezwungen, blieb ihm keine andere Wahl als der Kampf aus dem Hinterhalt, um seine Ehre wiederherzustellen. Mit all seinen tragischen Folgen. Die Kämpfer waren verzweifelt wenig. Ihr Heldentum leuchtet um so heller. Die Ergreifung Klaus Barbies ist daher für Frankreich der eigentliche Schlußpunkt hinter dem Zweiten Weltkrieg. Erst jetzt ist Frankreich ganz befreit.



Klaus Barbie, wie ihn seine Opfer kannten, und vor kurzem in La Paz, wo er unter dem Namen Altmann lebte. FOTOS: DPA

So verspielte Amerika seine atomare Vormacht

Von HEINZ BARTH

Es begann so hoffnungsvoll. Nie zuvor hatte es eine Weltmacht gegeben, die ihrer unantastbaren Hegemonie sicherer sein konnte als die Vereinigten Staaten des Jahres 1945. Sie waren so sicher, durch ihren Sieg den Frieden für sich und die zivilisierte Menschheit für immer zementiert zu haben, daß es ihren Blick in die Zukunft trübte: Der Größe des Triumphs entsprechen die Illusionen, die er produzierte. In dieser euphorischen Stimmung sah Amerikas Führung kein Risiko darin, auf das unerhörte Machtmonopol zu verzichten, das die Alleinverfügung über nukleare Waffen bedeutete.

Es war nur ein kurzer Augenblick der Geschichte. Die einmalige Chance, die das Monopol den USA geschenkt hatte, wurde von wohlmeinenden Politikern verkannt. Verkannt wurde auch die Tragweite des Versäumnisses, das darin bestand, der Gefahr der Ausbreitung von Atomwaffen auf andere Länder – und sei es durch die Drohung mit ihrem präventiven Einsatz – nicht zuvorzukommen. Der amerikanische Außenminister Cordell Hull sah damals die Zeit gekommen, in der es auf dieser Erde „keine Einfluß-Sphären, kein Mächtegleichgewicht und keine Bündnis-Systeme mehr geben würde".

Bedenkt man die grenzenlose Bedrohung, die der Besitz so erschreckender Vernichtungswaffen heute für das Überleben von Völkern und Erdteilen darstellt, dann wird eins absolut klar: Amerikas Utopie einer Welt, die unter dem Atomschirm der Supermächte sicherer als je leben würde, war eine der verhängnisvollsten Fehlkalkulationen, die Staatsmänner je begangen haben. Nur Dilettanten, bar jeglicher historischen Perspektive, konnten ernsthaft glauben, die Weltpolitik werde künftig ohne ihr Grundgesetz, das Gleichgewicht der Mächte, auskommen. Wahrscheinlich hätte jede andere Macht außer den Vereinigten Staaten als erstes dafür gesorgt, Kernwaffen nicht in fremde Hände geraten zu lassen.

Nach dieser Vorgeschichte können wir es nur einen Gipfel der Ironie nennen, daß es Millionen von Europäern gibt, die in Amerika eine größere Gefahr für den Frieden sehen als in der Sowjetunion. Man glaubt, aus den Kellern des Weißen Hauses ein zynisches Kichern Klios, der Muse der Geschichte, zu vernehmen. Ist es nicht tatsächlich so, wie es kürzlich die liberale und durchaus nicht mit Raketen rasselnde „Washington Post" schrieb: nämlich daß Amerika erst nachweisen müsse, ob es überhaupt würdig sei, das Europa zu schützen, das einst fest überzeugt war, ohne diesen Schutz nicht existieren zu können?

Schon 1946 wollten die USA alle Kernwaffen verbieten

So weit kann es kommen, wenn eine durchtrainierte Desinformation die Gehirnwäsche politisch unwissender Massen perfektioniert. Die Marschierer des dirigierten Anti-Amerikanismus haben natürlich noch nie gehört, daß die Vereinigten Staaten die ersten waren, die schon 1946, kein volles Jahr nach Hiroshima, der Atomenergie-Kommission der UNO den nach Bernard Baruch benannten Plan vorlegten. Er sah ein weltweites Verbot sämtlicher Kernwaffen vor und offerierte den anderen Mächten, also auch der Sowjetunion, die Zusammenarbeit zur friedlichen Nutzung der Atomenergie.

Die Bereitschaft der USA, ihre nuklearen Kenntnisse mit anderen zu teilen, überzeugte die Sowjets nicht, die damals schon Manfred von Ardenne und andere deutsche Spezialisten auf die Arbeit an der Atombombe angesetzt hatten. Moskau lehnte die amerikanische Offerte ab. Es sollte nicht die einzige Enttäuschung bleiben, die Washington mit dem Kreml erlebte. Bevor die Sowjet-Propaganda den Begriff der friedlichen Koexistenz in Umlauf gesetzt hatte, war er schon durch den von Kommunisten angezettelten Bürgerkrieg in Griechenland, den Prager Fenstersturz von 1948 und die Berlin-Blockade untergraben worden. Solche Erfahrungen hielten Präsident Eisenhower nicht ab, den Vereinten Nationen 1953 seinen Plan „Atome für den Frieden" zu unterbreiten. 1955 folgte auf amerikanische Initiative unter dem Stichwort „Offener Himmel" der Vorschlag, durch gegenseitig autorisierte Luftaufklärung die Schwierigkeiten zu umgehen, die Moskaus Scheu vor einer Überprüfung und Direkt-Inspektion seiner nuklearen Rüstung verursachte.

Immerhin war die nukleare Überlegenheit der USA Mitte der fünfziger Jahre noch so groß, daß sie 1958 ohne eine Gegenleistung der Sowjets ihre Kernwaffen-Versuche für ein Jahr einstellten. Es sollte das letzte Mal sein, daß sich die Amerikaner sicher fühlten.

Schon im Wahlkampf von 1960 operierte John F. Kennedy mit der „Raketenlücke", die sich später als Wählerschreck entpuppte. Schreck oder nicht – fortan befanden sich die Vereinigten Staaten im Ringen um das strategische Gleichgewicht in der Situation eines „demandeur", der durch einen rüstungsfeindlichen Kongreß bei seinen Verhandlungen mit den Sowjets behindert wurde.

Immer deutlicher schälte sich heraus, daß den Amerikanern weder ihr technologischer Vorsprung noch ihr wirtschaftliches Übergewicht etwas gegen eine Macht nützte, der es nichts ausmachte, durch Sklavenarbeit, Ausbeutung der Massen, Konsumbeschränkung und Senkung des Lebensstandards den Rüstungsanteil am Sozialprodukt auf ein Niveau zu heben, das in jeder freien Wirtschaft undenkbar wäre. Eine Diskussion auf gleicher Ebene war unmöglich geworden. Da sie sich zwischen den Supermächten festgelaufen hatte, war es naheliegend, andere zur nuklearpolitischen Tugend anzuhalten. Wiederum waren es die Amerikaner, die 1965 den ersten Schritt zu dem Vertrag taten, der dritten Mächten die Nichtverbreitung von Atomwaffen auferlegt.

Washington suchte Trost im Begriff des „overkill"

Während Amerika über ein Jahrzehnt verstreichen ließ, ohne die Zahl seiner 1054 interkontinentalen Trägerwaffen zu erhöhen, arbeiteten die Russen konsequent daran, um auf diesem Gebiet zunächst technologisch gleichzuziehen und Amerika auf anderen Gebieten, wie dem der Mittelstrekken-Raketen, zu überholen. Unter der Präsidentschaft Lyndon Johnsons spendeten sich die Amerikaner Trost mit dem Begriff des „overkill", der jedes weitere Wettrüsten sinnlos mache. Die nukleare „Parität", hieß es damals, genüge vollauf für die westliche Sicherheit. Unter Nixon war man dann schon bei der „sufficiency", der „hinreichenden" Rüstung, angelangt, die nur dürftig umschrieb, daß die Vereinigten Staaten ins Hintertreffen geraten waren.

Die Annäherung, die das erste SALT-Abkommen über die Begrenzung strategischer Streitkräfte 1972 brachte, war nicht von Dauer, obgleich hinsichtlich der Verifizierung durch Satelliten Fortschritte erzielt worden waren. Aber es zeigte sich bald, daß die Sowjets durch keinen Vertrag davon abzubringen sind, ihr nukleares Arsenal weit über ihre Sicherheitsbedürfnisse hinaus auszubauen. Die Wachstumsrate ihres Arsenals wurde von Eugene Rostow, bis vor kurzem Chef der US-Abrüstungsbehörde, zuletzt mit acht Prozent beziffert. Nach dem Abschluß von SALT II wurde klar, daß die technologischen Fortschritte der Sowjets zusätzliche Probleme für die Überprüfung ihrer Rüstung geschaffen hatten. Die Zahl ihrer Trägerwaffen läßt sich durch Satelliten-Überwachung kontrollieren, nicht aber die Zahl der von ihnen zu transportierenden Mehrfach-Sprengköpfe.

An diesem Punkt scheiterte die Ratifizierung von SALT II durch den amerikanischen Senat. Im Grunde aber scheitert die Verständigung am Mangel an Vertrauen in die Sowjetführung, die noch jede Vereinbarung über die nukleare Rüstungsbegrenzung durchkreuzte, indem sie Wege fand, um, zusätzlich zu ihrer erdrückenden Überlegenheit an konventionellen Streitkräften, ihr nukleares Potential strategisch so zu erhöhen, daß es unmöglich wird, offensive Absichten von vornherein auszuschließen.

Das ist nie deutlicher geworden als in der jetzigen Phase der Genfer Verhandlungen, wo es den europäischen NATO-Ländern zugemutet wird, sich ungeschützt der Bedrohung durch russische Mittelstrecken-Raketen auszuliefern und die Vereinigten Staaten aufgrund der Patt-Situation bei den Interkontinental-Raketen der Supermächte von der europäischen Verteidigung abzukoppeln.

Zu diesem transparenten Versuch, Westeuropa für die große Erpressung zu präparieren, hat François Mitterrand im Bundestag alles gesagt, was zu sagen war. Der Staatschef Frankreichs, das nicht dem Militärverband der NATO angehört, legte damit ein Bekenntnis zur gemeinsamen Wehrhaftigkeit und Sicherheitsverpflichtung Amerikas und Europas ab, das dem Kreml zu denken geben und der antiamerikanischen Agitation in der Bundesrepublik die Sprache verschlagen sollte.

Schweden: Palme sucht Dialog mit Bürgerlichen

dpa, Stockholm

Angesichts der ernsten Wirtschaftsprobleme des Landes hat der schwedische Ministerpräsident Palme den beiden bürgerlichen Oppositionsparteien, Liberale und Zentrum, eine Zusammenarbeit mit seiner sozialdemokratischen Minderheitsregierung angeboten.

In einem Beitrag für die liberale zchwedische Zeitung „Dagens Nyheter" regte Palme an, daß Sozialdemokraten, Liberale und Zentrum künftig Gesetzesentwürfe gemeinsam prüfen und unter gewissen Voraussetzungen die Arbeit in besonderen Expertengruppen fortsetzen.

Als wichtigste Berührungspunkte mit den beiden anderen Parteien nannte Palme die Wirtschafts- und Außenpolitik. Er schrieb, es sei „gute alte schwedische Tradition, sich zusammenzuschließen wenn sich das Land in Schwierigkeiten befindet".

Sudetendeutsche: Schicksalsjahr

dpa, München

Nur durch die feste Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Bündnis kann nach Ansicht des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Neubauer (CSU), Freiheit und Sicherheit garantiert werden. Vor den Delegierten der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft in München meinte der im vergangenen Jahr neu gewählte Sprecher, mit den Genfer Abrüstungsverhandlungen über Mittelstreckenraketen und der Bundestagswahl „hat für uns ein schicksalhaftes Jahr begonnen". Beide entschieden darüber, ob das freie Europa auch über das Jahr 2000 hinaus in Sicherheit und Freiheit leben werde oder ob es durch eine Lockerung der Bindung im westlichen Bündnis zu einem Neutralismus führe, „in dem wir die Vorstufe für eine sowjetische Vorherrschaft" sehen, sagte Neubauer.

Brandanschlag in Frankfurt

AP, Frankfurt

Unbekannte haben in der Nacht zum Sonntag im Frankfurter Nordend einen Brandanschlag auf ein Planungsbüro der Flughafen AG verübt, bei dem nach ersten Schätzungen ein Schaden von etwa 80 000 Mark entstand. Beim Eintreffen der Feuerwehr stand ein Raum in Flammen, andere Räume wurden durch Rauch und Hitze in Mitleidenschaft gezogen. Ein Polizeisprecher erklärte, die Eindringlinge hätten an den Wänden Zeichen und Parolen hinterlassen, die auf die terroristischen „Revolutionären Zellen" hinwiesen.

Rundfunkräte blockieren Beschluß

dpa, Bonn

Je zwei Vertreter der SPD und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sind aus einer Sondersitzung des Rundfunkrats des Deutschlandfunks ausgezogen.

Sie verhinderten damit einen Beschluß über einen Antrag, in dem ein Beitrag des Senders zur Bundestagswahl als schwerwiegender Verstoß gegen die gesetzlichen Aufgaben dieser öffentlich-rechtlichen Anstalt gerügt werden sollte.

Der Antrag war von Mitgliedern der Unionsparteien und der FDP eingebracht worden. (WELT vom 4. 2.). Hintergrund war eine Sendung vom 24. Januar, in der der Tübinger Rhetorik-Professor Walter Jens nach Ansicht der Regierungsparteien „hemmungslos" gegen die Bundesrepublik Deutschland polemisieren durfte. Unter anderem nannte er die Bundesrepublik einen „Obrigkeitsstaat", „der von Waffen klirrt".

Im Wahlprogramm der Union hat die CSU eigene Akzente gesetzt

Parteiausschuß tagte / Wahlkampfkosten um die Hälfte geringer als vor zwei Jahren

PETER SCHMALZ, München

Die Sparwelle rollt übers Land und hat auch die CSU erfaßt. War es bei der im eigenen Land offenbar unschlagbaren Regierungspartei schon zur Tradition geworden, den Auftakt zur heißen Wahlkampfphase stets mit einem gigantischen Schauspiel in der Münchner Olympia-Halle einzuläuten, wobei Strauß und Goppel auch schon mit der Kutsche vierspännig vors Podium gefahren wurden, so mußte der Appell zum Aufbruch diesmal im erdrückend niedrigen Konferenzsaal des Münchner Hotels „Holiday Inn" ablaufen. Schmalhans ist Küchenmeister bei der CSU. 10,8 Millionen Mark gab Generalsekretär Edmund Stoiber für den Bundestagswahlkampf vor zwei Jahren aus, diesmal soll es mit weniger als sechs Millionen nur gut die Hälfte sein.

Als organisatorischer Rahmen wurde nun die Form des Parteiausschusses gewählt, also die Tagung des höchsten Beschlußgremiums zwischen zwei Parteitagen. Zu beschließen war tatsächlich ein Papier: Das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU, zwischen beiden Parteien in mühsamen, tagelangen Verhandlungen und stundenlangen Telefonaten zwischen München und Bonn beraten, vom CSU-Landesvorstand ergänzt und nun den 250 Delegierten in einer Form vorgelegt, daß Stoiber „herzlich bitten mußte", drei noch nicht ausformulierte Punkte in das Programm nachträglich einfügen zu dürfen.

Das gemeinsame Unionsprogramm trägt zwar nach Worten von Strauß entgegen dem ursprünglichen Entwurf „in weiten Teilen" die Handschrift der CSU, die Summe des Konsens jedoch war der CSU noch nicht ausreichend. „In Nuancen", so Stoiber, wird sich die CSU daher von der CDU unterscheiden. „Wir sind sprachlich und inhaltlich nicht voll deckungsgleich." Eine Tatsache übrigens, die den Verfassungsrichtern in Karlsruhe bei der SPD-Klage gegen die bundesweiten Wahlspots der CSU bemerkenswert erschien.

So wird die CSU im Gegensatz zur Bonner Schwesterpartei in der Frage der Kriegsdienstverweigerung ausdrücklich den Wehrdienst als das Normale hervorheben. Das CSU-Papier wird eine klare Aussage für die individuelle Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und eine Absage an die anonyme Fondslösung ebenso enthalten wie die Forderung an die Schulen, „die Erhaltung und Pflege des gesamtdeutschen Bewußtseins zu fördern".

Die markanteste Absetzbewegung vollzog die CSU im Bereich der Entwicklungspolitik, die sie durch den von ihr gestellten Bundesminister (Jürgen Warnke) und beamteten Staatssekretär (Siegfried Lengl) bestimmend beeinflußt. Hier fügte die CSU die Forderung ein, die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Bundesrepublik als legitim zu betrachten und zu beachten: „Angesichts von über zwei Millionen Arbeitslosen in unserem Land werden wir dafür sorgen, daß in allen geeigneten Fällen deutsche Entwicklungshilfe auch für die deutsche Wirtschaft und den deutschen Arbeitnehmer beschäftigungswirksam ist." Außerdem sollen Staaten und Regierungen der Dritten Welt, die gegen deutsche Interessen gerichtete politische Positionen beziehen und vertreten, keinen Anspruch an Unterstützung durch deutsche Steuergelder haben.

Strauß, der am Vorabend mit dem früheren amerikanischen Außenminister Alexander Haig diniert hatte, weiß von der hohen Bedeutung dieser März-Wahl zu berichten, die ihr in den Vereinigten Staaten beigemessen werde: Alles starre auf diese Wahl, „von Hoffnung gekennzeichnet und von Furcht nicht ganz frei". Da taucht Vogel als Gefahr für das westliche Bündnis ebenso auf wie als das Schreckgespenst für den wirtschaftlichen Aufschwung, den Strauß in dem von ihm angenommenen Fall eines Unionswahlsieges im Übergang des zweiten zum dritten Quartal dieses Jahres erwartet.

Für den SPD-Kanzlerkandidaten Vogel hatte Strauß nur einige herablassend-gehässige Bemerkungen bereit, wie „mittelmäßigster Spießbürger unserer Zeit" und „Wandervogel". An Schmidt hatte Strauß wesentlich mehr verbales Interesse. Und Stoiber meinte in Richtung Vogel: „Helmut Kohl und Franz Josef Strauß verkörpern Glaubwürdigkeit, Erfahrung und Erfolg. Hans Jochen Vogel steht dagegen für Versprechungen, Illusionen und Scheitern."

CDU bietet Börner die Zusammenarbeit an

Wallmann spricht von „großer Koalition auf Zeit"

D. GURATZSCH, Fernwald

Die hessische CDU hat ihr Angebot an die SPD erneuert, eine „große Koalition auf begrenzte Zeit" einzugehen. In einem am Wochenende in Fernwald bei Gießen einstimmig gefaßten Beschluß von Landes- und Fraktionsvorstand begründet die Partei dieses Angebot mit der „staatspolitischen Verantwortung" für die Zukunftsentwicklung des Landes.

Gleichzeitig wird die bisherige Politik der zurückgetretenen, aber geschäftsführend weiter amtierenden SPD-Regierung, die über keine parlamentarische Mehrheit verfügt und daher auf die Unterstützung anderer Fraktionen angewiesen ist, scharf kritisiert: „Wenn die SPD die parteipolitische Annäherung um des Machterhalts willen an die Grünen sucht", heißt es in dem Papier, „so ist dies der schlimmste Schlag gegen einen wirtschaftlichen Aufschwung, der überhaupt denkbar ist." Denn das „gesamte Programm und politische Verhalten" der Grünen richte sich „gegen wirtschaftliches Wachstum als Grundlage von Wohlstand, sozialer Sicherheit und Fortschritt".

Den Weg zur Zusammenarbeit mit der SPD will die CDU in „konstruktiven Gesprächen" suchen, in denen „Konsens über Grundfragen der hessischen Landespolitik" hergestellt werden müsse. Wie der Landesvorsitzende der hessischen CDU, der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann, dazu erläuterte, könnte sich aus solchen Gesprächen „eine große Koalition für begrenzte Zeit" entwickeln.

Vordringliches Ziel der angestrebten Gespräche ist laut dem Vorstandsbeschluß eine Einigung der „Grundforderungen der CDU an die Haushaltsführung", weil der von der CDU im Interesse des Wirtschaftsaufschwungs für dringlich gehaltene Landeshaushalt 1983 nur unter dieser Voraussetzung für die CDU „annahmefähig" sein würde.

Außerdem knüpft die Union ihre Zustimmung zum Haushaltsplan an konkrete Bedingungen, die in einem Acht-Punkte-Katalog zusammengefaßt sind: Bau des Kernkraftwerks Biblis C, sofortiger Baubeginn der Umgehungsstraße Eltville, Personalabbau im öffentlichen Dienst, Entbürokratisierung im Bau- und Planungssektor, Bauprogramm für Studentenwohnungen, Verzicht auf alle einseitigen Ansätze in der Schul- und Bildungspolitik, Verzicht auf den Braunkohleabbau am Hohen Meißner.

Gleichzeitig liegt der Regierung Börner auch ein Angebot der Grünen zu „öffentlichen Gesprächen" über die „Perspektiven der hessischen Landespolitik" vor, das der SPD-Landesvorstand bereits angenommen hat. Auch die Grünen machen ihre Zustimmung zum Haushaltsplan vom Verlauf und Ausgang dieser Gespräche abhängig, für die sie einen Elf-Punkte-Katalog ausgearbeitet haben. Dabei wollen sie nach einem früheren Beschluß unter anderem die Entmilitarisierung Hessens, den Ausstieg aus der Atomenergie, den Stopp des Autobahnbaus und die Wiederaufforstung der Startbahn West auf die Tagesordnung setzen.

Kennedy legt Pla[n] zur Sanierung de[r] US-Wirtschaft v[or]

AP, Washingt[on]

Ein eigenes Wirtschaftsp[ro]gramm hat der demokratis[che] amerikanische Senator Edw[ard] Kennedy am Wochenende in W[a]shington vorgelegt. Damit, so K[en]nedy, könnten Haushaltsdef[izit] und Arbeitslosigkeit schneller [ab]gebaut werden als mit den P[ro]grammen des republikanisch[en] Präsidenten Reagan.

Kennedys Konzept sieht die [Bil]dung einer zum Teil mit öffen[tli]chen Anleihen und steuerfre[ien] Aktien finanzierten Nationa[len] Entwicklungs-Gesellschaft vor, [ein] Arbeitsbeschaffungsprogramm [im] Umfang von 5,7 Milliarden Do[llar] und eine Gesetzgebung, die [das] Zentralbank-System zu Zinss[en]kungen zwingen würde. Kenn[edy] empfahl ferner eine Begrenz[ung] des Zuwachses der Verteidigu[ngs]ausgaben auf fünf Prozent.

Bei Verwirklichung seines P[ro]gramms, so Kennedy, könnte [das] Haushaltsdefizit bis zum Ja[hr] 1988 auf 94 Milliarden Dollar [ver]mindert werden.

In einer Rede vor Vertretern [der] Demokratischen Partei bekräfti[gte] Kennedy seine Entscheidung, s[ich] im nächsten Jahr nicht um [das] Präsidentenamt zu bewerben. [Er] werde aber am Wahlkampf ak[tiv] teilnehmen und „zur Wahl ei[nes] demokratischen Präsidenten [im] Jahr 1984 beitragen". Dieser so[ll] mit der Sowjetunion eine sofort[ige] beiderseitige und überprüfb[are] Einstellung der Herstellung, [Er]probung und Stationierung v[on] Kernwaffen vertraglich verein[ba]ren.

Selbstkritik der ETA nach Attenta[t]

dpa, Mad[rid]

Im Zusammenhang mit dem [...]tigen Bombenanschlag auf [eine] Bank in Bilbao hat die baskis[che] Separatistenorganisation ETA [erst]mals öffentlich Selbstkritik geü[bt].

In einer Mitteilung an die ba[ski]sche Zeitung „Egin" bekannte [sich] die ETA zu dem Attentat v[om] Samstag, bei dem zwei Perso[nen] getötet wurden. Sie erklärte, [der] Sprengsatz sei zu früh deton[iert], weil an dem Koffer, in dem [er] versteckt gewesen sei, „herum[ma]nipuliert worden ist". Dies enth[ebe] die ETA jedoch nicht von il[...] Verantwortung, „noch entsch[ul]digt es eine Aktion, die so [...] Schmerz und Leiden über die [Ar]beiterklassen und das baskis[che] Volk gebracht hat".

Die Bombe detonierte im ers[ten] Stock der Hauptverwaltung [der] Banco de Bilbao, als sich mehr [als] 600 Menschen in dem Gebä[ude] aufhielten. Die telefonische B[om]benwarnung der Separatisten k[am] zu spät. Zwei Bankangestellte w[ur]den von dem Sprengsatz zerriss[en], ein dritter schwebt in Lebens[ge]fahr.

Zwanzig Tote bei Anschlag in Beirut

AP, Bei[rut]

Etwa 20 Menschen kamen [am] Wochenende in West-Beirut u[ms] Leben, als eine ferngezündete [Au]tobombe vor den Gebäuden [des] „Palästinensischen Forschung[sin]stituts" und der libyschen [Bot]schaft detonierte.

Beide Häuser gerieten in Br[and] und wurden schwer beschädigt. [In] einem Anruf an den Rundfunks[en]der der Christen, „Stimme des [Li]banon", bekannte sich die rec[hts]gerichtete „Front für die Befrei[ung] Libanons von Ausländern" zu d[em] Anschlag.

Die amtliche sowjetische Na[ch]richtenagentur Tass beschuldi[gte] die Regierung in Jerusalem, [der] israelische Sicherheitsdienst ha[be] die Aktion durchgeführt.

DIE WELT (usps 603-590) is published d[aily] except sundays and holidays. The subsc[rip]tion price for the U. S. A. is US-Dollar 36[...] per annum. Second class postage is paid [at] Englewood, N.J. 07631 and at additional m[ai]ling offices. Postmaster: Send address ch[an]ges to German Language Publications, I[nc.] 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs [N.J.] 07632.

Die Liberalen mit dem „Superspagat": Einmal für und einmal gegen die CDU

In Schleswig-Holstein wird eine Woche nach dem 6. März ein neuer Landtag gewählt

Von BERND LAMPE

Der Ausgang der Bundestagswahl wird ausschließlich die Strategie und Taktik der schleswig-holsteinischen Parteien bestimmen, um die 1,95 Millionen Wähler zwischen Nord- und Ostsee für die Landtagswahl am 13. März zu mobilisieren. Nur eine Woche haben CDU, SPD und FDP dafür Zeit, um die fertigen Konzepte, die streng gehütet in den Schubläden der Parteizentralen liegen, zu verwirklichen.

Auf drei Modelle, hier in der Reihenfolge der Wahrscheinlichkeit genannt, haben sich die Parteien eingerichtet: absolute Mehrheit der Union in Bonn, Erneuerung der christlich-liberalen Koalition oder eine Patt-Situation. Welche Marschrichtung die Parteien dann nach dem 6. März einschlagen wollen, ist allerdings noch nicht bekannt.

Keine Partei im nördlichsten Bundesland glaubt ernsthaft daran, daß die Rekordwahlbeteiligung der Landtagswahl vor vier Jahren von 83,3 Prozent eine Woche nach der Wahl für das Bonner Parlament wieder erreicht werden kann. Außerdem müssen die Parteien nach Erfahrungswerten von verschiedenen Ausgangslagen ausgehen: Die CDU schneidet bei Landtags- und Kommunalwahlen besser ab als bei Bundestagswahlen; bei SPD und FDP ist es genau umgekehrt. Angesichts dieser Tatsachen wird für diese Landtagswahl ein besonders hartes Ringen um die Gunst der Wähler erwartet.

Im Hamburger Umland, in dem ein Drittel der 2,6 Millionen Schleswig-Holsteiner leben, zeichnet sich schon jetzt ein intensiver Wahlkampf ab. Hier liegt auch, wie die Ergebnisse der vergangenen Wahlen deutlich zeigen, der größte Unsicherheitsfaktor für die CDU. Alle vier Randkreise weisen im Gegensatz zu anderen Regionen Schleswig-Holsteins eine starke kontinuierliche Zuwanderungsrate auf. Doch der CDU gelang es bisher nicht, die Zuwanderer aus dem sozialdemokratisch regierten Hamburg zu einem soliden Wählerpotential zu machen.

Kein Wunder, daß kürzlich eine Debatte im Kieler Landtag über die Hamburger Politik und deren Auswirkungen auf Schleswig-Holstein zu einer Abrechnung mit dem Senat der Hansestadt wurde. Der geplante Ausstieg aus dem Kernkraftwerk Brokdorf, das gescheiterte Projekt eines Großflughafens in Kaltenkirchen – die Kieler Sozialdemokraten unterstützten diese Politik der Hamburger Genossen – standen genauso auf dem „Sündenregister", das Ministerpräsident Uwe Barschel vortrug, wie die Ablehnung des Hamburger Fernwärmekonzepts, dessen Verwirklichung für das nördlichste Bundesland starke Umweltbelastungen zur Folge hat. Auch hier unterstützte die schleswig-holsteinische SPD den Kurs der Hansestadt. Nicht von ungefähr fällt die



starke Plakatierung von CDU und SPD im „Hamburger Nachbarschaftsraum" besonders auf und massieren sich hier die Auftritte der Spitzenkandidaten Barschel und Engholm.

Barschel, der im Oktober die Regierungsgeschäfte in Kiel im Schnellstart übernehmen mußte, weil sein Amtsvorgänger Gerhard Stoltenberg Bundesfinanzminister wurde, muß die Wahlen, wie Stoltenberg schon dreimal vor ihm, im Alleingang gewinnen, da sich die FDP, wie bei den vergangenen vier Wahlen, der SPD versprochen hat. Wie bei SPD und FDP mischen sich zwangsweise auch bei der CDU bundes- mit landespolitischen Themen.

Der SPD-Spitzenkandidat, mal mit zerzausten Haaren bürgernah, mal beim Bonner Amtseid als Minister auf Plakaten dargestellt, setzt jetzt vor der Wahl mehr auf „Bürgergespräche" in kleinerem Kreis als auf größere Veranstaltungen, wie sie die CDU abhält. Auf die Unterstützung von Klaus Matthiesen, der Sachkompetenz in der Landespolitik in den Wahlkampf einbringen könnte, muß Engholm verzichten. Matthiesen ist schwer erkrankt. So verlegt sich Engholm mehr auf bildungs- und umweltpolitische Themen.

Doch als der Schulexperte der SPD, Joachim Lohmann, die Schaffung von 10 bis 12 Gesamtschulen unter einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung propagierte, pfiff ihn Engholm zurück. Denn dieses heiße Eisen, das den Sozialdemokraten bei der letzten Landtagswahl Minuspunkte einbrachte, sollte im Wahlkampf nicht angepackt werden. Engholm bewertete das Verhalten des Parteifreunds als „illoyal" und sagte, daß auf Lohmann im Falle eines SPD-Wahlsiegs „keine großen Aufgaben" zukämen.

Der Wunschpartner FDP wird von den Sozialdemokraten geschont. Die FDP hat es mit ihrer Koalitionsaussage auf Landesebene schon schwer genug. Mit der für die FDP-Bundespartei provozierenden These „Damit Glaubwürdigkeit eine Chance hat. Ihre Zweitstimme für Uwe Ronneburger – wir, die schleswig-holsteinische FDP" wirbt der Landesvorsitzende um einen Sitz im Bonner Parlament. In der Basis der FDP ist wegen der unterschiedlichen Wahlaussagen für Bonn und Kiel von einem „Superspagat" die Rede. Ronneburger sprach kürzlich gar von einem „integrierten Gesamtwahlkampf".

In nahezu der Hälfte der FDP-Kreisverbände machte sich ein Ruck zur Mitte bemerkbar. Der Ratzeburger FDP-Kreisvorsitzende Kai Wöllert machte nach der Zustimmung des jüngsten Parteitages für eine Koalitionsaussage zugunsten der SPD eine Umfrage bei den Kreisverbänden des Landes. Dabei stellte sich jetzt heraus, daß 33,9 Prozent für ein SPD-Bündnis sind und 60,1 Prozent für ein Offenhalten in der Koalitionsaussage waren.

Blüm: Renten aus dem Wahlkampf heraushalten

Appell des Arbeitsministers an die Krankenhäuser

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) hat an die Parteien den Appell gerichtet, die Rentenversicherung aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Statt dessen sollten sie sich über die „Grundelemente" der Alterssicherung verständigen. In einem WELT-Gespräch sagte Blüm, er halte es für durchaus möglich, daß man über folgende Grundsätze eine Übereinkunft erreichen könne:

Die Renten müßten „beitragsbezogen" bleiben. Die Rentner müßten davor geschützt werden, an der „staatlichen Gulaschkanone anstehen zu müssen", weil man ihnen eine „Mindestrente" verordnet habe. Statt dessen gelte die Grundidee, daß Rente ein „Alterslohn für Lebensarbeit" sei. Als 2. Grundsatz empfahl Blüm, die Renten sollten künftig in dem Umfang steigen „wie die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer". Die Rente müsse wieder zwischen Jung und Alt als „Schicksalsgemeinschaft" begriffen werden. Als 3. Grundsatz müsse gelten, daß der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung „auf eine verläßliche Grundlage gestellt wird" und „nicht der Manipulation zugänglich ist".

Außerdem, so argumentierte Blüm, müsse die Rentenversicherung davor bewahrt werden, „der Lastesel" aller sozialen Fragen zu werden. Die Senkung der flexiblen Altersgrenze könne nicht aus der Rentenkasse bezahlt werden. Dennoch sei richtig: „Bevor wir einem 20jährigen die Arbeitslosenunterstützung bezahlen, da laßt uns lieber einem 60jährigen die Rente finanzieren." Mehr Phantasie und Solidarität sei auch bei dieser Frage notwendig. Vielleicht, so meinte Blüm, „verzichten Jüngere auf ein Prozent einer Lohnerhöhung, damit Ältere einen Arbeitsplatz freimachen können".

Blüm betonte, es bleibe bei den Beschlüssen der Bundesregierung zur Kostenbeteiligung bei Kuren und Krankenhausaufenthalten und auch dabei, daß die Kosten für Bagatellarzneien von dem Betroffenen bezahlt werden müßten. Die SPD habe diese Selbstbeteiligung mit eingeführt; „hier wie anderswo verleugnet sie ihre Kinder". Die Union werde die Erfahrung mit den Selbstbeteiligungsgesetzen auswerten. Wenn „sie schlecht sind, werden sie verändert".

Um die Krankenkasse finanzierungsfähig zu halten, müsse man sich auf die „elementare Gesundheitssicherung konzentrieren", sagte der Bundesarbeitsminister. Die Krankenversicherung „kann nicht für jede Hausapotheke zuständig sein, die jährlich pfundweise mit Pillen gefüllt und ebenso regelmäßig in die Mülltonne gekippt wird". Blüm: „Wer Husten hat, soll den Saft in Gottes Namen selbst bezahlen und gegen Verstopfung gibt es Hausmittel, wer andere will, soll sie bezahlen."

An die Krankenhäuser appellierte Blüm, sich „nicht wie eine Superbürokratie zu benehmen", wenn es darum gehe, die Kostenbeteiligung bei Patienten einzufordern. „Es kann doch wohl nicht sein, daß der Patient an der Pforte vor die Alternative gestellt wird, 70 Mark oder der Blinddarm bleibt drin." In vielen Fällen wisse man überhaupt nicht, ob der Patient 14 Tage im Krankenhaus bleiben müsse.

Was die Selbstbeteiligung bei Kuren angehe, so meinte Blüm, könne er sich eine Regelung vorstellen, die darauf hinauslaufe, daß derjenige, der für die Kur einen Teil seines Urlaubs verwende, „von der Selbstbeteiligung freigestellt wird".

Nachdrücklich verteidigte Blüm den Beschluß der Union, die Zwangsanleihe nicht zurückzuzahlen. Er könne nicht akzeptieren, daß Rentnern eine Verschiebung der Rentenerhöhung endgültig zugemutet werde, aber das „Opfer der Besserverdienenden zurückerstattet" werde.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Was wußte Vogel?

„Wußte Vogel, daß ‚Terrafinanz' eine Strohfirma der Neuen Heimat war?"; WELT vom 28. Januar

In Ihrer Ausgabe vom 28. Januar 1983 beschäftigen Sie sich unter der Überschrift „Wußte Vogel, daß Terrafinanz eine Strohfirma der Neuen Heimat war?" mit der Mitwirkung der Neuen Heimat und der Terrafinanz an der Realisierung der Entlastungssiedlung Neu-Perlach. Leider enthält Ihre Darstellung eine Reihe gravierender Unrichtigkeiten.

So ist es zunächst unrichtig, daß für die Verwirklichung von Neu-Perlach eine „öffentlich-rechtliche" Konstruktion möglich gewesen wäre. Der Bericht des Revisionsamts der Landeshauptstadt München vom September 1982 hat dies ausdrücklich festgestellt.

Ebenfalls unrichtig ist, daß zwischen der Erklärung von Hans-Jochen Vogel, daß die Terrafinanz bei diesem Projekt von Anfang an als eine zum Bereich der Neuen Heimat gehörende und nach ihren Direktiven handelnde Gesellschaft aufgetreten ist, und der Tatsache, daß es sich bei der Terrafinanz um eine rechtlich selbständige Gesellschaft handelte, ein Widerspruch bestünde. Eins schließt das andere nicht aus, die rechtliche Selbständigkeit der Terrafinanz ist auch von niemandem bezweifelt worden.

Weiter ist die Neue Heimat keineswegs „ohne Informationen des Stadtrats als Grunderwerber und Bauträger bestimmt" worden. Der Stadtrat der Landeshauptstadt München hat dies vielmehr nach Vorberatungen in den Ausschüssen in der Vollversammlung vom 3. 4. 1962 beschlossen.

Der Stadtrat Ludwig Schmid hat zu keinem Zeitpunkt behauptet, daß an der Terrafinanz Vorstandsmitglieder der Neuen Heimat zum Zwecke privater Gewinnerzielung insgeheim beteiligt seien. Hätte er dafür Anhaltspunkte gehabt, hätte er sich nicht mit der von dem Kommunalreferenten seinerzeit nach bestem Wissen gegebenen Auskunft zufriedengegeben, sondern sich – wie er das in Angelegenheiten weit geringerer Bedeutung immer wieder getan hat – beschwerdeführend an die Regierung von Oberbayern oder an die Öffentlichkeit gewandt.

Daß an der Terrafinanz insgeheim Vorstandsmitglieder der Neuen Heimat beteiligt gewesen seien und aus dieser Beteiligung privaten Nutzen gezogen haben sollen, ist Hans-Jochen Vogel erst im Frühjahr 1982 im Rahmen der öffentlichen Kritik an diesen Personen bekannt geworden. Er unterschied sich darin offensichtlich nicht von anderen; anderenfalls hätten diese sowie die zahlreichen sonstigen mit der Tätigkeit der Terrafinanz befaßten Dienststellen der Landeshauptstadt München und des Freistaates Bayern, einschließlich der rechnungsprüfenden Behörden, nicht zwanzig Jahre lang geschwiegen.

Wolfgang Clement
Sprecher des SPD-Vorstandes
Bonn

*

Zu dem Brief von SPD-Sprecher Wolfgang Clement nimmt der Autor des genannten Beitrags, der Münchner WELT-Korrespondent Peter Schmalz, wie folgt Stellung:

1. Der Revisionsbericht stellt auf den Seiten 23 und 24 eindeutig klar, daß die städtischen Wohnungsbaugesellschaften zusammen mit der Stadtsparkasse an dem Grundstückskauf interessiert waren. Man habe laufende Grundstücksverhandlungen „nicht zuletzt auf den Einspruch der Stadtverwaltung" eingestellt, die finanzielle Seite sei „nicht der Grund für den Verzicht gewesen".

2. Auf Anfrage des Stadtrates Ludwig Schmid ließ Vogel 1962 erklären, der Verwaltung seien irgendwie geartete Beziehungen oder Bindungen zwischen der Neuen Heimat und der Terrafinanz nicht bekannt. 1982 erklärte Vogel aber, die Terrafinanz sei von Anfang an „als eine zum Bereich der Neuen Heimat gehörende und nach ihren Direktiven handelnde Gesellschaft in Erscheinung getreten". Selbst der Leiter des Revisionsamtes räumte im Stadtrat in öffentlicher Sitzung ein, daß zwischen diesen beiden Äußerungen ein Widerspruch besteht.

3. Bereits am 24. 2. 1961 wurde von der Stadtverwaltung intern beschlossen, die Neue Heimat mit dem Grundstückserwerb und dem Bau zu beauftragen. Das Kommunal- und das Tiefbauamt führten bereits intensive Verhandlungen mit der NH, als der Stadtrat endlich im April 1962 eine entsprechende Beschlußvorlage zur Abstimmung bekam.

4. Gerade unverfroren muß angesichts der Aktenlage die Behauptung im vorletzten Absatz erscheinen. Ludwig Schmid hat am 30. Juli 1962 schriftlich angefragt, ob es sich bei der Terrafinanz „um ein weiteres Kind der Neuen Heimat" handelt, und wollte wissen, ob es sich „um eine von drei Hamburger Herren gegründete Tochtergesellschaft der Neuen Heimat" handelt. Schmid wies besonders auf den Namen Plett unter den Gesellschaftern hin. Es handelte sich dabei um Norbert Plett, den Sohn des damaligen NH-Chefs Heinrich Plett. Die Antwort der Stadtverwaltung habe ich unter Punkt 2 bereits zitiert. Die Auskunft kam übrigens durch einen Telefonanruf der Stadtverwaltung beim Geschäftsführer der Terrafinanz zustande: Man fragte blauäugig nach, ob Verbindungen zur NH bestünden ...

5. Was Vogel wußte oder was er hätte wissen müßen, soll ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß des bayerischen Landtags klären. Ich möchte dazu nur den Münchner Stadtrat Hans-Peter Uhl zitieren: „Entweder hatte Vogel seine Verwaltung damals nicht unter Kontrolle, oder er wußte alles und wollte es auch so."

Wort des Tages

„Die Welt wird durch Gewalt beherrscht, nicht durch Meinung; aber Meinung verwendet Gewalt."

Blaise Pascal, franz. Philosoph (1623–1662)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

VERÄNDERUNG

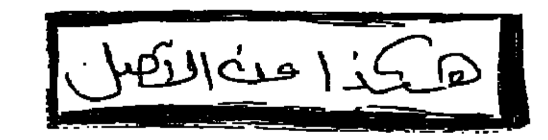
Bundeskanzler a. D. **Helmut Schmidt** arbeitet in einem wissenschaftlichen Büro, das die Hamburger Körber-Stiftung jetzt in Bonn eröffnet hat. Neben Schmidt sollen auch noch andere wirtschaftswissenschaftliche Fachleute zur Mitarbeit herangezogen werden. Die von dem Hamburger Industriellen **Kurt A. Körber** (73) gegründete Stiftung will sich durch ihre Niederlassung in der Bundeshauptstadt vor allem mit Problemen der Weiterentwicklung der freien industriellen Gesellschaft befassen. Schmidt, ein Duzfreund Körbers und Abgeordneter des Wahlkreises Hamburg-Bergedorf, in dem die Unternehmensgruppe Körber ihren Sitz hat, ist seit vielen Jahren mit der Stiftung verbunden, vor allem mit dem „Bergedorfer Gesprächskreis". Die Stiftung hat für kulturelle und wissenschaftliche Zwecke bisher mehr als 60 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

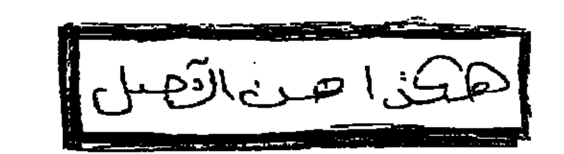
VERANSTALTUNG

General **Jean Delannay**, Generalstabschef des französischen Heeres, hält sich am 9. und 10. Februar in Berlin auf. In der früheren Hauptstadt inspiziert er die in der Stadt stationierten französischen Truppen. Delaunay wird auch von Berlins Regierendem Bürgermeister **Richard von Weizsäcker** empfangen und vom Generalstab der drei westlichen Alliierten in Berlin.

EHRUNG

Der Kultur- und Mediensoziologe Professor Dr. **Manfred Nagl** erhielt für sein Buch „Science Fiction", ein Segment populärer Kultur im Medien- und Produktverbund, den Waldemar-Bonsels-Preis, der mit 10 000 DM dotiert ist. Die Jury bezeichnete seine kulturkritische Analyse als „echte Pionierleistung". Professor Nagl ist an der Fachhochschule für Bibliothekswesen in Stuttgart als Professor für Sozialwissenschaften tätig. Den zweiten Preis in Höhe von 8000 DM erhielt Dr. **Hildebert Kirchner**, Direktor der Bibliothek des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe, für seine Darstellung „Bibliothekswesen und Dokumentationsrecht". Dritter Preisträger mit einer Summe von 6000 DM ist Dr. **Alfred Gerard Swierk**, geschäftsführender Herausgeber des „Lexikons für das gesamte Buchwesen", der sich mit einer Schrift „Zur sozialistischen Theorie und Praxis des Buchwesens in Osteuropa" beworben hatte.





Schwierige Lage für Katholiken in Jugoslawien

KNA, **Mainz**

Auf die schwierige Situation der katholischen Kirche in Jugoslawien hat der neuernannte Kardinal Franjo Kuharic, Erzbischof von Zagreb, hingewiesen. „Wir leben in einem System, in dem Atheismus das öffentliche Leben prägt", sagte Kuharic gestern in der ZDF-Sendung „Tagebuch aus der katholischen Kirche". Jeder Kardinal und jeder Bischof habe jedoch die Aufgabe „in jedem System das Evangelium Christi" zu verkünden. „Ihre Pflicht ist es, den Glauben an Gott sowie die Kirche und den Menschen zu verteidigen", fügte der Kardinal hinzu.

Jeder Priester, so Kuharic, vertrete die fundamentalen Werte „Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit", die Grundwerte sowohl für gute menschliche als auch für gute nationale Beziehungen seien. Sie seien das Gut eines jeden Menschen, jeden Volkes und jeder Kirche. „Wenn es sich um diese Werte, also um die Menschenrechte handelt, sehe ich keinerlei Möglichkeit zum Kompromiß", versicherte der 63jährige Kardinal, der wegen seines Kampfes für die Glaubensfreiheit in Jugoslawien bekannt ist.

Hernu: Paris will keinen Sieg Irans

dpa, **Paris**

Der gegen Iran im Krieg liegende Irak erhält von Frankreich die während des Falkland-Kriegs gefürchteten AM-39 „Exocet"-Raketen sowie Kampfflugzeuge vom Typ „Mirage F1". Das teilte der französische Verteidigungsminister Charles Hernu am Wochenende in Paris mit.

Nach seinen Angaben führt Paris nur bestehende Verträge mit Irak aus. Dazu gehört, wie inoffiziell verlautete, die Lieferung von insgesamt 89 „Mirage-Kampfflugzeugen, von denen bereits 30 in Irak sind, sowie von „Exocet"-Raketen, von denen bislang 35 ausgeliefert wurden".

Irak ist Frankreichs größter Waffenkunde im Nahen Osten. 1981 und 1982 wurden Lieferungen im Wert von 28 Milliarden Franc (mehr als zehn Milliarden Mark) abgeschlossen. Hernu sagte, Frankreich wünsche keinen Sieg Irans über Irak, weil er die Region destabilisieren würde.

Bogotá verhandelt mit Guerrilleros

AP, **Bogotá**

Die kolumbianische Regierung ist in Verhandlungen mit linksgerichteten Guerrilleros eingetreten, um den seit drei Jahrzehnten anhaltenden Untergrundkrieg zu beenden.

Wie am Wochenende in Bogotá bekannt wurde, sind Mitglieder einer von Präsident Belisario Betancur ernannten Friedenskommission mit Führern der Guerrilla-Organisationen zusammengetroffen. Man habe weitere Gespräche vereinbart, an denen angeblich auch Vertreter der Kolumbianischen Streitkräfte teilnehmen sollen.

Unterdessen hat Justizminister Carlos Jimenez in einem Bericht an den Präsidenten öffentlich eine Verbindung zwischen den rechtsextremen sogenannten Todesschwadronen und dem Militär eingeräumt. Ob Angehörige des Militärs bei Fememorden aber auf Befehl von Vorgesetzten handelten, wurde in dem Bericht nicht erwähnt. Die Linksopposition hat dies immer wieder unterstellt, das Militär es ebenso oft bestritten. Auf das Konto der Todesschwadrone gehen etwa 30 Morde in den vergangenen zwei Jahren.

Israelischer Offizier verletzt

AP, **Beirut**

Bei einem Bombenanschlag auf offener Straße in Beirut ist gestern jener israelische Oberstleutnant verletzt worden, der in der vergangenen Woche von einem US-Offizier mit vorgehaltener Pistole daran gehindert worden war, in einem Panzer in die von der multinationalen Friedenstruppe kontrollierte Zone der Stadt einzufahren.

Stroessners ‚Wiederwahl' stand von vornherein fest

Seit 1954 im Amt / Die Armee als Garant seiner Macht

Von MANFRED NEUBER

Don Alfredo gibt die Macht noch nicht aus der Hand: Gestern ließ sich General Stroessner für weitere fünf Jahre zum Präsidenten von Paraguay wählen. Er kam 1954 durch einen Staatsstreich an die Regierung und ist somit der dienstälteste „autoritäre Landesvater" der Welt.

Stroessner strafte alle Auguren Lügen, als er sich abermals zur Kandidatur stellte. Der deutschstämmige Troupier steht bereits im 71. Lebensjahr.

Die „Wiederwahl" am Sonntag war eine reine Formsache. Für Paraguays Regierungspartei, die Colorados, werden stets mehr als 70 Prozent der Stimmen ausgezählt. Um den Anschein einer parlamentarischen Demokratie zu erwekken, sind im Parlament einige Sitze für die Opposition reserviert, auch wenn sie ihr nach dem Wahlresultat nicht zustehen.

Formal-juristisch verbietet die Verfassung eine Wiederwahl des Präsidenten. Stroessner setzte jedoch eine Konstituante ein, die seine Bestätigung im Amt sanktioniert. Wie früher, fand die Wahl auch diesmal unter Ausnahmerecht statt. Die Armee sichert den Bestand des Stroessner-Regimes.

Offenbar hat der Staatschef den Gedanken an eine Machtübergabe an seinen ältesten Sohn Gustavo aufgegeben. In Paraguay war eine Stroessner-Dynastie eine Zeit lang im Gespräch, so wie Nicaragua Jahrzehnte von den Somozas beherrscht wurde, und wie Haiti in der zweiten Generation von einem Duvalier regiert wird.

Als aussichtsreichster Anwärter auf die Nachfolge gilt Panzer-General Andrés Rodriguez. Dessen Tochter ist mit dem jüngeren Stroessner-Sohn Alfredo verheiratet. So bliebe die Macht zumindest in der Verwandtschaft, die ohnehin das Geschäftsleben Paraguays weitgehend kontrolliert.

In den fast vier Jahrzehnten unter Alfredo Stroessner ist Paraguay ein Hort erzwungener Stabilität auf einem unruhigen Kontinent geblieben. Das Drei-Millionen-Volk (eine weitere Million lebt im Exil) verzeichnete einen stetigen Wirtschaftsaufschwung; mit zweistelligen Wachstumsraten lag das Land an der Spitze Lateinamerikas.

Solange die Geschäfte gut gingen, war Don Alfredo den Unternehmern gerade recht. Nur die katholische Kirche erhob immer wieder ihre Stimme gegen Verletzungen der Menschenrechte und gegen die Unterdrückung der Opposition. Neuerdings werden Unmutsäußerungen aus der Wirtschaft laut.

Voriges Jahr fiel das Bruttosozialprodukt Paraguays um 2,5 Prozent und das Pro-Kopf-Einkommen um 5,4 Prozent. Die Arbeitslosigkeit wird offiziell mit 15 Prozent angegeben; sie könnte in diesem Jahr nach verläßlichen Schätzungen auf das Doppelte ansteigen, wenn die Arbeiten am Jahrhundert-Bauwerk, dem brasilianisch-paraguayischen Staudamm Itaipú, beendet sind.

„Paraguay steht vor dem klassischen Dilemma", meinte Bank-Präsident José D'Oliveira Puggina, „entweder mit einer niedrigen Inflationsrate und mäßigem Wachstum zu leben oder eine deflationäre Wirtschaftspolitik mit dem Risiko des ökonomischen Zusammenbruchs zu betreiben."

In Finanzkreisen wird im Hinblick auf die illiquide Lage der meisten Banken eine Lockerung des antiinflationären Kurses der Regierung und eine Abwertung des Guarani, der Währung Paraguays, verlangt. Stroessner widersetzt sich solchen Forderungen. Die bestehende Dollar-Parität ist für ihn geradezu ein Dogma – ähnlich wie für General Augusto Pinochet, bis im vorigen Sommer in Chile ein Kurssturz hereinbrach.

1978 erreichten die Regierung Carter und die EG-Botschafter in einer koordinierten Aktion die Freilassung von tausend politischen Häftlingen des Stroessner-Regimes. Heute soll es nur noch mehr als hundert Gefangene geben. Rechtsanwalt José Felix Estigarribia, ein Enkel des siegreichen paraguayischen Feldherrn im Chaco-Krieg gegen Bolivien in den dreißiger Jahren, erklärte dieser Tage, Folterungen seien noch immer Routine bei den polizeilichen Verhören.

Der Umschwung in Bolivien, wo vor Monaten die Generale von einer linken Zivilregierung abgelöst wurden, war für Stroessner der Anlaß, die regionale Zusammenarbeit mit Bolivien und Uruguay aufzukündigen, auch wenn Paraguay dafür wirtschaftliche Nachteile hinnehmen muß.

Kanadas Konservativen fehlt ein zugkräftiger Kandidat

Clark gilt als zu farblos / Vorgezogene Wahlen?

A. KRUSENSTIERN, **New York**

Kanadas Konservative Partei steckt in einer Klemme. Zum ersten Mal seit 15 Jahren hat sie echte Chancen, die Ära des liberalen Premierministers Pierre Elliott Trudeau durch einen entscheidenden Wahlsieg zu beenden. Aber ausgerechnet jetzt hat sie keinen Kandidaten für das Amt des Regierungschefs.

Die Partei wurde in den letzten Jahren von Joe Clark (43) geführt, der 1979/80 neun Monate lang Chef einer glücklosen Minderheitsregierung war. Joe Clark ist fleißig und redlich, aber so farblos, daß boshafte kanadische Zeitungen ihm den Spitznamen „Joe wer?" gaben. Viele konservative Politiker glauben, mit einem anderen Kandidaten bei den nächsten Wahlen bessere Chancen zu haben.

Die Parteistatuten sehen vor, daß auf jedem Parteitag über den Kandidaten für das Amt des Premiers abgestimmt wird; diese Vorschrift kann aber durch einen Mehrheitsbeschluß außer Kraft gesetzt werden.

Clarks Anhänger setzten einen solchen Beschluß mit 66,9 Prozent der Delegiertenstimmen durch, aber Clark wartete mit einer Überraschung auf: Er sagte, das Mandat sei nicht klar genug. Darum werde er den Parteivorstand um Einberufung eines außerordentlichen Parteitags zum Zweck der Wahl eines Premierminister-Kandidaten bitten. Dieser außerordentliche Parteitag wird voraussichtlich im Mai stattfinden. Bis dahin ist die Konservative Partei führerlos.

Der Ausgang der Kandidatenwahl gilt als völlig offen. An Bewerbern fehlt es nicht. Da ist zunächst Clark selbst, dann zwei Provinzpremiers, einige Abgeordnete und Regionalpolitiker.

Der Termin der nächsten kanadischen Wahlen steht noch nicht fest. Nach der Verfassung brauchen sie erst 1985 stattzufinden, aber Premierminister Trudeau steht es frei, einen früheren Termin festzusetzen. In Ottawa wird mit Neuwahlen innerhalb eines Jahres gerechnet.

Trudeau und seine Liberalen regieren das Land, von der neunmonatigen Unterbrechung 1979/80 abgesehen, seit dem April 1968. Von der „Trudeaumanie", die Trudeau vor 15 Jahren an die Spitze schwemmte, ist nichts übriggeblieben. Die Trudeau-Regierung ist verbraucht, und alle Umfragen des letzten Jahres deuten auf einen klaren konservativen Sieg bei der nächsten Wahl hin. Kanada geht es heute, mit Arbeitslosigkeits- und Inflationsraten von mehr als zehn Prozent, schlechter als den meisten westlichen Industrieländern.

(SAD)

Papandreou sieht „Gleichgewicht in der Ägäis" in Gefahr

USA wollen Türkei-Hilfe fast verdoppeln / Gespräche über Stützpunkte weiter belastet

E. ANTONAROS, **Athen**

In scharfem Ton hat der griechische Regierungschef Andreas Papandreou am Wochenende gegen die von US-Präsident Reagan empfohlene drastische Erhöhung der US-Militärhilfe an die Türkei für das Fiskaljahr 1984 protestiert. Nach Papandreous Ansicht könnte eine Verabschiedung dieses Hilfspakets durch den US-Kongreß die Beziehungen zwischen beiden Ländern „negativ" beeinflussen und den Abschluß eines geplanten Militärstützpunktabkommens erheblich erschweren. Diese Verstimmung zwischen Athen und Washington findet vor dem Hintergrund einer abermaligen Pause in den seit dreieinhalb Monaten andauernden Beratungen über den künftigen Status der vier US-Stützpunkte in Griechenland statt.

Die Griechen sind – so Papandreou in seinem Brief an Reagan – „tief besorgt", weil Reagan die Erhöhung der Türkei-Hilfe von 400 auf 775 Millionen Dollar (durch zusätzliche Wirtschaftshilfe wird Ankara schließlich 930 Millionen erhalten) dem US-Kongreß empfohlen hat. Hingegen ist die Höhe der für Griechenland vorgesehenen Hilfeleistungen mit 280 Millionen Dollar unverändert geblieben.

Dadurch gilt eine seit 1978 angewandte Relation von 7 (für Griechenland) zu 10 (für die Türkei) nicht mehr. Dies könnte nach Ansicht von griechischen Verteidigungsexperten zu einer gefährlichen Störung des in der Ägäis geltenden Kräftverhältnisses führen. „Die griechische Regierung kann nicht ignorieren, daß die bereits fragile Stabilität in unserer Region mit unvorhersehbaren Konsequenzen gestört werden wird, es sei denn, das militärische Kräfteverhältnis bleibt erhalten", schrieb Papandreou an Reagan.

In seinem Brief kritisiert zwar Papandreou Reagans Taktik, die eventuelle Erhöhung der Militärhilfe an Griechenland an den Ausgang der Stützpunktverhandlungen zu koppeln, aber die Griechen verfahren ähnlich: Papandreou nannte in seinem Brief die Erhaltung des Gleichgewichts der Kräfte, „sowohl quantitativ als auch qualitativ", als eine „grundsätzliche Voraussetzung" für den Abschluß eines Abkommens.

Inzwischen wurden die Gespräche in Athen unterbrochen, weil der amerikanische Unterhändler Bartholomew zu Beratungen nach Washington geflogen ist. Nach dem Verhandlungsstand befragt, sagte Papandreou nach einer Kabibettssitzung, daß „über keinen einzigen Punkt" bisher eine Einigung erzielt worden sei. Der sozialistischen Regierung nahestehende Zeitungen interpretierten Reagans Empfehlungen an den US-Kongreß als eine „unverhüllte Erpressung" an die Adresse Griechenlands. Der Forderung Papandreous nach einer Erhaltung des 7:10-Schlüssels schlossen sich am Wochenende alle griechischen Parteien mit Ausnahme der Moskautreuen Kommunisten an, die eine „unverzügliche Schließung" der US-Stützpunkte forderten.

Papandreou hat seine Ansichten über die US-Stützpunkte verdeutlicht. Sie hätten – mit Ausnahme des Marinestützpunkte in der Souda-Bucht auf Kreta – keine NATO-Funktion und trügen zur Sicherheit Griechenlands keineswegs bei. Sie dienten vielmehr ausschließlich amerikanischen strategischen Verteidigungsinteressen. Mit Hilfe dieser Interpretation und unter Berufung auf die griechische Verfassung von 1975, die das Abtreten von griechischem Territorium an eine fremde Macht nur auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit zuläßt, verlangt Papandreou amerikanische Hilfeleistungen in einer Höhe, die nach Ansicht der Griechen das Gleichgewicht der Kräfte beiderseits der Ägäis garantieren soll. In Athen ist von einer erwünschten Jahresmiete in der Höhe von einer Milliarde Dollar die Rede.

Während der letzten zehn Tage hatte Papandreou alle Parteiführer zu sich gerufen und sie in seine Pläne eingeweiht. Auch Staatspräsident Karamanlis sagte in einer Rede, daß „angesichts der besonderen Lage", in der sich Griechenland befindet, die Regierung von allen Seiten unterstützt werden müsse. Von diesem Klima der „nationalen Einmütigkeit" profitiert Papandreou, nicht zuletzt auch innenpolitisch, weil er die Bevölkerung durch seine Haltung gegenüber den Amerikanern von der schlechten Wirtschaftslage weitgehend ablenken kann.

Nach Ansicht vieler westlicher Diplomaten haben Griechen und Amerikaner „in den wichtigsten Punkten" eine Einigung erzielt, wobei Papandreou augenblicklich nach der richtigen Methode suche, um seinem weitgehend antiamerikanisch eingestellten Volk das Abkommen schmackhaft zu machen. Prominente Regierungsangehörige meinen jedoch, daß „alles, buchstäblich alles, noch in der Schwebe" sei.

(SAD)

Spaniens Sozialisten geben einer bilateralen Außenpolitik den Vorzug

Beziehungen zu Frankreich sollen besonders eng gestaltet werden / Moran besucht Bonn

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Wenn Spaniens Außenminister Fernando Moran am Mittwoch zu einem Arbeitsbesuch nach Bonn kommt, wird er Bundesaußenminister Genscher über die Neugestaltung der Außenpolitik nach der Übernahme der Regierungsverantwortung unterrichten. Dies scheint wichtig, soll sich Genscher als der derzeitige Präsident des EG-Ministerrats für einen EG-Beitritt Spaniens „so bald als möglich" einsetzen.

Zwei Ereignisse, die im spanischen Fernsehen einen breiten Raum einnahmen, spiegeln einen wesentlichen Teil der gegenwärtigen Außenpolitik wider:

Nach ihrem Empfang durch Moran demonstrierten Präsidentin und Vizepräsidentin der „Mütter vom Mai-Platz" in einem Protestmarsch vor der argentinischen Botschaft in Madrid gegen das spurlose Verschwinden von etwa 20 000 linken Regime-Gegnern, meist jungen Leuten, in Argentinien. Begleitet waren sie von 600 Spanierinnen, unter ihnen die Ehrenpräsidentin der KP, Dolores Ibarruri. Wenige Tage zuvor verklagte ein Volkstribunal von Emigranten aus Guatemala die Regierung ihres Landes nach dem Vorbild des Nürnberger Prozesses von 1946 der „Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit".

Protestdemonstration und Volksgericht gehören zu dem spanischen Bemühen, die Demokratie in Lateinamerika zu festigen. Sie sollen jedoch „keineswegs die USA verärgern", wie Ministerpräsident Felipe Gonzalez offiziell erklärte. Diese glaubhaft vorgetragene Absicht würde gewiß deutlicher werden, wenn sich die neue Außenpolitik in ähnlicher Weise um den Schutz der vom Genozid durch das kommunistische Regime in Nicaragua bedrohten Indianerstämme der Miskitos bemühen würde.

Außenpolitische Basis der sozialistischen Regierung Spaniens, die sich klar zur westlichen Welt – auch zur atlantischen Verteidigungsgemeinschaft – bekennt, soll aber nicht das multilaterale Bündnis sein, sondern ein Netz bilateraler Verträge. Wenn überhaupt die Regierung am umstrittensten Punkt ihres Wahlprogramms festhält und in zwei oder drei Jahren ein Referendum über die NATO veranstaltet, dann wird die Frage nicht heißen: „NATO, ja oder nein?" Vielmehr soll auf diese Weise die Position Spaniens als Mitglied innerhalb der atlantischen Gemeinschaft ermittelt werden. Eine andere Haltung wäre „unverantwortlich", bekannte Moran jetzt vor dem Senat, denn „wir wollen nicht zu einem Ungleichgewicht in Europa beitragen, was unweigerlich geschehen würde, wenn das Referendum mit einer möglichen Krise in Europa zusammenfallen würde". Moran verglich in diesem Zusammenhang die Kuba-Krise mit der europäischen Krise, die nach seiner Meinung dann entstehen könnte, wenn es in Genf zu keiner Einigung über die Mittelstreckenraketen kommt. Ausgeschlossen soll aber die Beteiligung Spaniens an der militärischen Struktur sein, wenngleich man in der militärischen Kommission bleiben möchte.

Im bilateralen Bündnisnetz möchte die neue Regierung am liebsten die USA in ihrer früheren Bedeutung für die spanische Außenpolitik durch Frankreich ersetzen. Die Vormachtstellung Washingtons in der westlichen Welt, aber auch die für Madrid enttäuschend spröde Haltung von Präsident Mitterrand, setzen hier jedoch Grenzen. Sobald Moran die Umbesetzung in den 35 wichtigsten Botschaften des Landes abgeschlossen haben wird, will Spanien die Gespräche zur Erneuerung des amerikanisch-spanischen Stützpunkt- und Freundschaftsabkommens aufnehmen. Moran möchte diesem Abkommen wieder den Status eines echten Vertrages geben, wie er ihn vor dem Beitritt zur NATO besaß.

Washington zeigt indessen, daß man in einer strategisch so wichtigen Zone nicht von Ungewißheit leben kann, und intensivierte die amerikanischen Beziehungen zu Portugal und Marokko. Das strategische Dreieck Azoren/Straße von Gibraltar/Kanarische Inseln – um das es hier geht – wird unter Einbeziehung der jetzt marokkanischen West-Sahara noch besser abgesichert. Militärisch gesehen bildet diese Zone ohnehin eine Einheit.

Spaniens Wartestellung in der atlantischen Gemeinschaft will Außenminister Moran nutzen, um das Verhältnis zu Frankreich als die spanische Bezugsmacht in Europa so eng wie möglich zu gestalten. Gemeinsam mit Frankreich will Spanien auch sein Verhältnis zu Nordafrika, Lateinamerika und zur arabischen Welt regeln. Ein Ausbau der einst von Frankreich anvisierten Südschiene also.

Im Rahmen dieses globalen Konzeptes erläuterte Moran dieser Tage nun das besondere Verhältnis seines Landes zur unmittelbaren Nachbarschaft. In Portugal verringerte sich die kürzlich entstandene Spannung, als die spanischen Streitkräfte nach dem NATO-Beitritt innerhalb der militärischen Struktur ein iberisches Oberkommando verlangten. Spaniens Absicht, der militärischen Struktur fernzubleiben, hob diesen Konfliktstoff inzwischen jedoch auf. Mit Blick auf die Europäische Gemeinschaft wäre es Madrid natürlich angenehmer, wenn beide Länder gleichzeitig der EG beitreten könnten. Sollte Portugal aber, entsprechend seines zeitlich früher gestellten Antrages, einen Vorsprung erhalten, würde Madrid dem keine besondere Bedeutung zumessen.

(SAD)

USA wollen neue Rakete vorzeitig bereitstellen

AP, **Washington**

Die Vereinigten Staaten wollen die geplante neue Klasse der U-Boot-Interkontinentalraketen vom Typ Trident II schneller als bisher geplant einführen. Dies geht aus dem Jahresbericht des Pentagon an den Kongreß hervor.

Anstatt wie bisher beabsichtigt, alle bereits bestellten und beantragten U-Kreuzer der „Ohio"-Klasse zuerst mit Trident-I-Raketen zu bestücken und erst Mitte des nächsten Jahrzehnts auf die neue Waffe umzurüsten, sollen jetzt schon das neunte und alle folgenden „Ohio"-U-Boote sofort mit der Trident II ausgerüstet werden. Zehn der neuen Groß-U-Boote sind bereits bestellt, ein elftes beim Kongreß beantragt.

Die Trident II soll ab 1989 in Dienst gestellt werden. Von den dann veralteten Trident I sollen jetzt 60 weniger als ursprünglich vorgesehen angeschafft werden.

Vietnamesen rüsten zu neuer Offensive

dpa, **Bangkok**

Vietnamesische Angriffsverbände rüsteten gestern nach thailändischen Angaben zu neuen militärischen Schlägen gegen die Kämpfer der „Nationalen Befreiungsfront des Khmer-Volkes" im kambodschanisch-thailändischen Grenzgebiet. In der vergangenen Woche hatten die Vietnamesen die einstmals größte kambodschanische Flüchtlingssiedlung Nong Chan niedergebrannt und gleichzeitig das dortige regionale Hauptquartier der Widerstandskämpfer zerstört.

Nach Informationen aus Bangkok sind die mit schweren Waffen ausgerüsteten vietnamesischen Soldaten entlang der Grenze aufmarschiert und mit einer Panzerkolonne im Anmarsch auf das etwa 15 Kilometer von Nong Chan entfernte Ban Sa-Ngae, die heimliche „Hauptstadt des freien Kambodscha".

Dort stehen ihnen lediglich 12 000 schlecht bewaffnete kambodschanische Widerstandskämpfer gegenüber. Ban Sa-Ngae ist militärisches Hauptquartier und ziviler Verwaltungssitz der von Son Sann geführten nichtkommunistischen Befreiungsbewegung, die sich mit den Roten Khmer und den unter Befehl von Prinz Sihanuk stehenden Freischärlern zum gemeinsamen Kampf gegen die vietnamesischen Eroberer verbündet hat.

Die Khmer-Widerstandskämpfer dürften nach Ansicht von Experten in Ban Sa-Ngae einen sehr schweren Stand haben.

Ankara definiert Recht der Parteien

AP, **Ankara**

In der Türkei soll das Wirkungsfeld politischer Parteien auch künftig eingeengt bleiben. Das geht aus einem am Wochenende veröffentlichten Entwurf eines neuen Parteiengesetzes hervor.

Verboten bleibt die Gründung parteipolitischer Gruppierungen, die die Errichtung eines kommunistischen, faschistischen oder theokratischen Regierungssystems anstreben. Bei Verstößen drohen den Verantwortlichen Mindeststrafen von fünf Jahren Haft. In dem Gesetzentwurf wird außerdem die Einschränkung der Tätigkeit der ehemaligen politischen Führer bekräftigt. Er sieht mehr Mitsprache an der Basis und eine Begrenzung der Macht der Parteiführungen vor.

Alle Parteien müssen sich zu den sechs Prinzipien des Staatsgründers Kemal Atatürk bekennen. Kritik am Militärputsch vom 12. September 1980 ist untersagt, ebenso die Benutzung der Namen, Embleme oder Abzeichen von Parteien, die im Oktober 1981 verboten wurden.

Offenkundig wird mit dem geplanten Parteiengesetz die Absicht verfolgt, große Parteien auf Kosten einer Vielzahl kleinerer Gruppierungen zu begünstigen und damit eine Wiederholung der früher üblichen Schwierigkeiten bei Koalitionsbildungen zu verhindern.

Ernés „Nachruf auf Othello" als Fernsehspiel

Wette um einen Mordfall

Vergiftet war der Dolch in der Brust des Schauspielers Ronald Adam nicht, aber es war auch kein Theaterdolch, sondern ein richtiger. Und der berühmte Othello-Darsteller des Londoner Royal Theatre lag am Premierenabend mausetot in seiner Garderobe. Allgemein tippt man auf Selbstmord, aber vielleicht war es doch ein Mord? Und wer war dann der Täter?

Mit seinem Roman „Nachruf auf Othello" von 1870 hatte Nino Erné

Nachruf auf Othello – ZDF, 21.20 Uhr

unter anderem auch den Stoff zu dem Fernseh-Krimi geliefert, den Robert Muller daraus gemacht hat.

Aus seiner Londoner Zeit brachte der Lektor, Dramaturg und Kulturkorrespondent Erné eine gründliche Kenntnis des Theatermilieus an der Themse mit. In den Mittelpunkt des Geschehens stellt er als den einzigen, der sich mit der Selbstmord-Erklärung nicht abfinden will, einen feinsinnigen älteren Herrn aus der deutschen Emigration. Theaterkritiker von Beruf (von Werner Hinz dargestellt). Dieser brave Rosenbaum unternimmt es unter dem Vorwand, eine Monographie über den großen toten Mimen zu schreiben, die in dessen Privatleben hineinreichenden Fäden zu entwirren und nach Tatmotiven zu forschen.

Sein Gegenspieler ist der nüchterne Inspektor Hobbs. Sie haben miteinander eine Wette geschlossen, bei der jeder für seine Theorie einsteht. Es wäre kein richtiger Theaterroman, wenn nicht Othello und sein Bühnendarsteller überraschende Ähnlichkeiten aufwiesen; und außerdem gibt es im Leben wie auf den Brettern nicht nur eine Desdemona, sondern gleich zwei.

Hoffentlich fühlen sich viele Zuschauer veranlaßt, nach der Romanvorlage zu greifen, die schon in ihrer Form, als eine Kollage aus Notizen, Kritiken, Tagebucheintragungen usw., aus dem üblichen Rahmen herausragt. Man kann daraus auch viel über das Wesen der Schauspielkunst, über Shakespeare, über London und über die Engländer erfahren, was Erné kennerisch dazu zu sagen hat. Denn er hat sein Buch ja nicht allein um der spannenden Handlung willen geschrieben, sondern um seiner Liebe zu allen Facetten dieser Thematik Ausdruck zu verleihen.

HELLMUT JAESRICH

KRITIK

Ödipus, der Frauenwürger

Detektiv Morris Blümel war ein vom Schicksal zweifach hart geschlagener Mann: Zum einen saß ihm seine Mutter im Nacken, die ihn wie einen unmündigen Knaben behandelte, zum anderen hatte er den Auftrag, einen Frauenmörder in der Riesenstadt New York zu stellen. Und für den Würger, der in Jack Smights Film am laufenden Band **Bizarre Morde** (ZDF) an Damen mittleren Alters beging, hegte der muttergeplagte Blümel sogar noch einige Sympathie.

Der Zuschauer sicherlich bis zu einem bestimmten Grad auch. Denn wie Rod Steiger, diesen im Privatleben äußerst biederen Mordbuben mal als Schweizer Monteur mit Hang zu Napfkuchen, mal als blonden Vertreter für Perücken mimte, entbehrte nicht eines gewissen makabren Charmes. Insgesamt aber trat diese halb komische, halb tiefsinnige Mordgeschichte doch auf der Stelle. Allzuviel psychologischen Schnickschnack gab Regisseur Smight hier zum besten ganz nach dem Motto „Ödipus Schnödipus – ick hör dir trapsen". Und merke: Auch der schönste Mord verliert nach der vierten Wiederholung an dramatischer Originalität.

M. v. SCHWARZKOPF

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.03 Das gibt's nur einmal
11.50 Umschau
12.00 Tagebuch
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Nichts Neues unter der Sonne
Grüße – Max
Postkartengrüße eines Soldaten des Ersten Weltkrieges aus Frankreich in die Heimat
Film von Ulf Miehe und Klaus Richter (Wh. v. 1981)
17.00 Walt Disneys verrückteste Geschichten
Der ängstliche Drache
Wind in den Weiden
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend:
Parteien zur Wahl
20.15 Die fünfte Jahreszeit
Anschließend:
Parteien zur Wahl
Anschließend
Ein Platz an der Sonne
21.15 Europa im Vergleich
Den Gürtel enger schnallen
Die sozialen Auswirkungen staatlicher Sparmaßnahmen
22.00 Big Bill
Jazz mit Bill Ramsey
22.30 Tagesthemen
23.00 Mittags auf dem Roten Platz (2)
00.40 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Lehrerprobleme – Schülerprobleme
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Lassie
Ein anstrengender Tag
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Andrea Bögel
17.50 SOKO 5113
Die Spur führt nach Sardinien (1)
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 SOKO 5113
19.00 heute
Anschließend: Parteien zur Wahl
19.30 Na sowas!
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk
Mitwirkende: Udo Lindenberg, Gruppe Ideal, Gruppe Kinks
20.15 Gesundheitsmagazin Praxis
Beiträge: Trimmtip des Monats / Neue Einblicke in den menschlichen Körper / Superman – Ein Modell moderner Hilfen
21.00 heute-journal
21.20 Nachruf auf Othello
22.50 Hofmanns Träumereien
Eine musikalische Collage nicht nur für Opernfreunde
23.30 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Deutsch (18)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich
21.45 Landesspiegel
Hinter den Schlagzeilen
22.15 Theater aus NRW
Unverhofft
Posse mit Gesang von Johann Nestroy
Mit Otto Tausig, Karl Friedrich, Brigitte Walzel u. a.
Musikalische Leitung: Lars Halling
00.25 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Gewerkschaft
Was wir sonst nie erfahren ...
Die Medien der Gewerkschaft
19.15 Naturwissenschaftliches Feature
Der Kongreß-Zirkus
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Fenster
21.00 Für Leser und Liebhaber:
Buchtips zum Thema Ökologie
21.15 Papiertheater
„Zaubereien aus Wien"
Ferdinand Raimund und die Wiener Zauberposse
22.15 Gespräche am Abend
Bei Wolfgang Stresemann (1)
Mit Hubertus Prinz zu Löwenstein
23.45 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Montagsspaß (6)
19.00 Brasiliens Kampf um die Erinnerung
19.30 Elternstammtisch
20.00 Tagesschau
20.15 Horizonte
21.00 Drei aktuell
21.15 Stunde der Entscheidung (10)
Der Mörder kam am nächsten Tag
22.00 Filmmagazin
Berichte über Spielfilme, Schauspieler und Regisseure
22.50 Thema offen

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Deutsch (19)
19.00 Endlich 18 – und was nun?
5. Holger
19.35 Bonanza
Hoss und die Frühjahrsmüdigkeit
20.25 Menschen unter uns:
„Was von Menschenhand gemacht ist, interessiert mich nicht ..."
21.10 Soap – oder: Trautes Heim (18)
21.35 Nicht die Umwelt, die Häuser heizen!
22.20 Turnier der Schachgroßmeister (V)

BAYERN

18.15 Zirkusgeschichten
18.40 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
18.45 Rundschau
19.00 Die schönsten Fabeln der Welt
19.05 Herr im Haus bin ich
Engl. Spielfilm, 1953
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Vorsicht, radioaktiv!
22.50 Rundschau

Ist Tschernenko jetzt zuständig für Propaganda?

AP, Moskau

Das sowjetische Politbüromitglied Konstantin Tschernenko und weitere drei hohe Parteifunktionäre haben Rundfunk- und Fernsehintendanten aus den Staaten des Warschauer Paktes sowie aus Kambodscha, Laos, Vietnam, Kuba und der Mongolischen Volksrepublik in Moskau zu einer Aussprache empfangen, meldete die amtliche Nachrichtenagentur Tass.

Wie westliche Beobachter in Moskau vermuten, läßt der Umstand, daß Tschernenko zusammen mit drei prominenten Funktionären des Propaganda-Apparates an dieser Begegnung teilnahm, auf eine führende Rolle schließen, die er jetzt in diesem Bereich einnimmt. Bei den drei Funktionären handelt es sich um Boris Stukalin, der im Dezember zum Chef der Propaganda-Abteilung im Zentralkomitee der KPdSU ernannt wurde, um den Ideologie-Spezialisten Michail Simjanin und um Sergej Lapin, den Vorsitzenden des sowjetischen Rundfunk- und Fernsehkomitees.

Der 71jährige Tschernenko hatte nach dem Tode von Parteichef Leonid Breschnew als einer der Anwärter auf dessen Nachfolge gegolten, unterlag jedoch im Machtkampf gegen Jurij Andropow. Doch wurde Tschernenko zum Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Unionssowjets gewählt.

Wien bestätigt Vermittlerrolle

AP, Wien

Der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky hat in Interviews bestätigt, daß er in der Frage eines Austauschs von Kriegsgefangenen zwischen der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und Israel als Vermittler tätig ist und der Austausch in Österreich stattfinden könnte.

Er habe seine Vermittlerrolle vor rund drei Monaten aus rein humanitären Erwägungen auf Ersuchen von Angehörigen israelischer Kriegsgefangener übernommen, zitierten Wiener Tageszeitungen den Regierungschef in Interviews, die er österreichischen Journalisten während seine Aufenthaltes in den USA gab. In einem Interview des österreichischen Fernsehens sagte Kreisky ferner, es sei möglich, daß ein Austausch der israelischen und palästinensischen Gefangenen in Österreich abgewikkelt werde. Es sei allerdings noch offen, wann und wo genau es dazu kommen werde und um wie viele Personen es sich handeln könnte. Je weniger über diese heikle Frage geredet werde, desto besser sei es. Ein Austausch der Gefangenen dürfe nicht daran scheitern, daß Österreich es ablehne, die Betroffenen für einige Zeit aufzunehmen. Die Österreicher brauchten angesichts dieser Möglichkeit aber nicht beunruhigt zu sein, da bereits Vorkehrungen dafür getroffen seien, daß die Gefangenen das Land so rasch wie möglich wieder verlassen würden.

Kreisky bekennt sich zur Notwendigkeit der NATO

Österreichs Regierungschef wirft Moskau Fehler vor

CARL G. STRÖHM, **Washington**

Zum Abschluß seines offiziellen Besuchs in den USA hat sich der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky unmißverständlich zur NATO bekannt. Unter Anspielung auf Krisenerscheinungen in dem westlichen Bündnis verglich der Regierungschef des neutralen Österreich die NATO mit einer „Feuerwehr".

Vor dem Nationalen Presseclub in Washington sagte Kreisky: „Wir haben in Österreich in jedem Dorf eine freiwillige Feuerwehr.. Die Feuerwehrleute diskutieren immer wieder, welche Geräte sie anschaffen wollen. Niemand aber würde trotz solcher Diskussionen auf die Idee kommen, deshalb die Feuerwehr abzuschaffen." Es könne auch in der NATO Diskussionen geben – aber kein Mensch könne so töricht sein, die Abwertung oder Auflösung der NATO zu verlangen. Die NATO sei eine Notwendigkeit.

Die Politik der Entspannung, die ihren Höhepunkt 1975 mit der Helsinki-Schlußakte erreichte, habe sich auf ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte gegründet, sagte Kreisky. Die Sowjets hätten aber zwei große Fehler begangen: Erstens, indem sie die SS-20-Raketen mitten in der Zeit der Entspannung installierten – und zweitens, als sie militärisch in Afghanistan intervenierten. Nun sei Moskau in ein Dilemma geraten, weil der Kreml die Reaktion der übrigen Welt falsch eingeschätzt habe. Sowohl die SS 20 als auch Afghanistan hätten die Entspannung „zerstört oder gefährdet". Kreisky gab zu erkennen, daß er die Entspannung für unteilbar hält: Eine neue „Détente" sei nur möglich, wenn die Sowjets begriffen, daß dies kein bloß europäisches Problem, sondern ein Weltproblem sei. Der Kanzler nannte Afghanistan, Polen und „gewisse Positionen in Afrika". Aber auch die nächste Periode der Entspannung werde nur kurze Zeit dauern, denn die Gegensätze der Supermächte blieben bestehen.

Kreisky versicherte, daß er in Moskau wie in Washington die gleiche Sprache spreche. Er sage auch zu den Sowjets, daß Österreich ein Teil der demokratischen Welt sei – und die Sowjets hätten das akzeptiert. Den neuen sowjetischen Parteichef Jurij Andropow, den Kreisky demnächst in Moskau besuchen will, bezeichnete er als „Mann von äußerst hoher Intelligenz", als „brillant und informiert". Jedoch fügte Kreisky hinzu: „Ich weiß aber nicht, was dies für die internationale Politik bedeutet, es kann gut sein, es kann aber auch schlecht sein."

Seite 2: Europa und Amerika bleiben aufeinander angewiesen

Berliner SPD-Zeitung druckt Anzeige der Alternativen

Neuer Konflikt im Landesvorstand der Sozialdemokraten

hrk. **Berlin**

In der Berliner SPD ist ein Streit über die Aufnahme einer Anzeige der „Alternativen Liste" in das SPD-Parteiblatt „Berliner Stimme" im Gange. Heute beschäftigt sich der SPD-Landesvorstand mit dem Vorgang. Vor allem rechte Genossen sind empört, daß sich die Parteizeitung für Propagandazwecke des parteipolitischen Oppositions-Konkurrenten zur Verfügung stellt.

Die Annonce nimmt in der jüngsten Ausgabe der „Stimme" eine Viertelseite ein und stellt aus der Sicht der AL die NS-Machtübernahme von 1933 dar. Unter der Schlagzeile „Die Konservativen machen Hitler zum Kanzler" wird versucht, unterschwellig Parallelen zur heutigen Wahlkampf-Ausgangslage herzustellen.

Im Text heißt es dazu: „Am 6. März 1933 (Reichstagswahlen, d. Red.) laufen die Wähler der ‚liberalen' Parteien scharenweise zur NSDAP über. Am 23. März 1933 verschaffen die Parteien rechts von der SPD dem ‚Ermächtigungsgesetz' der Regierung Hitler die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Die sogenannte ‚Machtergreifung' der Nazis am 30. Januar 1933 geschah mit Unterstützung des konservativ-liberalen Lagers!"

Rechte SPD-Kreise sind überzeugt, daß die Annahme der Anzeige nicht nur dazu diente, das chronisch defizitäre Blatt (seit Anfang 1983 erscheint es nur noch zweimal monatlich) mit Einnahmen zu versorgen. Bereits in der SPD-Vorstandssitzung vor zwei Wochen kam es zu Auseinandersetzungen über die Frage, ob der frühere „Unvereinbarkeitsbeschluß" der SPD noch gelte, wonach die Partei keine gemeinsamen Aktivitäten mit Kommunisten und SEW-Gruppen unternehme.

Anlaß für den damaligen Konflikt bot die Tatsache, daß verschiedene SPD-Kreise für den 29. Januar zu einem Schweigemarsch aufgerufen hatten, dem sich auch derartige Gruppen anschlossen. Vor allem der Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen" in der Berliner SPD, Wolfgang Staschen, soll in der Sitzung massive Kritik am Landesvorsitzenden Peter Ulrich geäußert haben.

In der jüngsten Ausgabe der „Stimme" heißt es dazu beschwichtigend, es sei „klargestellt" worden, daß zu diesen Märschen unter anderem die Evangelische Studentengemeinde aufgerufen und sich der Landesverband „insgesamt nicht angeschlossen" habe.

Bei der Wahl im Mai 1981 hatte die SPD vor allem in den Sanierungsgebieten der City zugunsten der AL überall stark verloren.

Jagd auf Papst-Münzen in Polen

AFP, Warschau

Silbermünzen mit der Abbildung von Papst Johannes Paul II. sind in Polen zu einem begehrten, doch praktisch unauffindbaren Sammelobjekt geworden.

Im Dezember 1982 hatten die polnischen Behörden angekündigt, daß im Laufe dieses Jahres insgesamt zwei Millionen Papstmünzen zu einem Nominalwert von jeweils 1000 Zloty (umgerechnet etwa 20 Mark) in Umlauf gebracht würden. Bestimmt waren diese Münzen – auf der erstmals in Polen eine lebende Persönlichkeit abgebildet ist – für staatliche Betriebe, die sie als Teil der Gehälter auszahlen sollten. Doch seit Anfang Februar suchen die Polen nach dem Papst in Silber wie nach der sprichwörtlichen Stecknadel im Heuhaufen.

Die Wochenzeitung „Polityka" hat sich dem Problem des Münz-Engpasses angenommen und in ihrer jüngsten Ausgabe die Bemühungen eines Bauern aus Posen geschildert, der den Ertrag von einer Tonne zusätzlich produzierten Getreides auf einer Bank in Papst-Münzen umtauschen wollte. Er habe sich von der Angestellten erklären lassen müssen, daß die Bank nur zwei solche Geldstücke erhalten habe, die in den Besitz des Direktors und ihren eigenen gewandert seien.

Unbeirrt, so die Zeitung, habe der Landwirt daraufhin angekündigt, sein Glück auf dem Schwarzmarkt versuchen zu wollen. Die Polen, deren Durchschnittsgehalt bei rund 12 000 Zloty im Monat liegt, sollen für die Münze mit „ihrem" Papst auf dem Schwarzmarkt bereits das Fünffache ihres Wertes zu zahlen bereit sein.

„Polityka" will in Erfahrung gebracht haben, daß die staatlichen Betriebe unterdessen dazu übergegangen sind, bei der Verteilung der Silberstücke das Los entscheiden zu lassen oder sie an „besonders qualifizierte" Arbeitnehmer auszuzahlen.

Aus Marokko ausgewiesen

AFP, Paris

Der französische Journalist Roland Delcour, der über Zweifel an dem Unfalltod des marokkanischen Generals Ahmed Dlimi berichtet hatte, ist aus Marokko ausgewiesen worden und nach Frankreich zurückgereist. Nach seiner Ankunft in Paris erklärte der Korrespondent der Abendzeitung „Le Monde", er sei von der marokkanischen Polizei körperlich und psychisch mißhandelt worden.

Gesagt

„Wer sich aus der NATO löst, riskiert Unabhängigkeit, Freiheit und auch den Frieden. Ein Austritt würde unser Land zum Freiwild machen und wäre lebensgefährlich."

Georg Leber (SPD), Vizepräsident des Bundestages, 1981

Reagan trifft sich mit Chinas Ministerpräsident

Shultz in Seoul / Treten Nord- und Südkorea der UNO bei?

dpa/AP/AFP, **Washington/Peking**

Zwischen US-Präsident Reagan und dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang wird es noch 1983 zu einem Gipfeltreffen in den Vereinigten Staaten kommen. Damit hat Washington mit einiger Verspätung bestätigt, daß Zhao eine von Außenminister Shultz überbrachte Einladung Reagans angenommen hat. In Washington wird vermutet, Zhao werde im Juni oder September in die USA reizen.

Die von Zhao öffentlich ausgesprochene Einladung an Reagan zu einem Gegenbesuch in China wurde vom Weißen Haus nicht erwähnt. Ein US-Regierungsbeamter bezweifelte, daß Reagan noch in seiner jetzigen Amtszeit nach China reisen werde. Er müsse auf die möglichen Auswirkungen einer solchen Reise auf die Beziehungen zu Taiwan Rücksicht nehmen und könnte auch politische Schwierigkeiten bei den konservativen Kräften seiner eigenen Republikanischen Partei bekommen.

Shultz, der im Anschluß an seinen viertägigen China-Besuch nach Seoul weitergereist ist, gab in Peking zu, daß nach seinen Begegnungen mit Deng Xiaoping, Zhao und anderen Politikern die Meinungsverschiedenheiten zwischen China und den USA noch nicht ausgeräumt sind. Der Außenminister versicherte, die USA würden sich an die Vereinbarungen mit Peking über eine Drosselung der US-Waffenverkäufe an Taiwan halten.

Von Waffengeschäften zwischen Washington und Peking sei bei seinem Besuch nicht die Rede gewesen, erklärte Shultz. Doch sei ein China-Besuch von Verteidigungsminister Weinberger „gewiß denkbar". Die USA seien jederzeit bereit, mit chinesischen Vertretern Waffenfragen zu erörtern.

Shultz hatte sich am Freitag mit Verteidigungsminister Zhang Aiping auf die Einsetzung einer bilateralen Arbeitsgruppe zum Studium militärpolitischer Fragen geeinigt, die jedoch nur untergeordnete Fragen wie die militärische Ausbildung behandeln soll. Shultz kündigte an, daß im Mai hohe US-Regierungsvertreter nach Peking reisen werden, um über Technologie-Transfer nach China zu diskutieren.

Bei dem dreitägigen Südkorea-Besuch des US-Außenministers dürften die Sicherheitsinteressen des wichtigen Verbündeten im Vordergrund stehen. Nach Angaben diplomatischer Kreise wird voraussichtlich auch ein neuer diplomatischer Anerkennungsplan erörtert. Danach soll Südkorea durch China und Nordkorea durch Japan anerkannt werden, was beiden Staaten gleichzeitig den UNO-Beitritt ermöglichen würde.

„Null-Lösung beruht auf einem moralischen Prinzip"

Bush erläutert Fanfani die atomare Strategie der USA

AFP/rtr/dpa, **Rom/Nürnberg**

US-Vizepräsident George Bush hat in Rom die Sowjetunion aufgefordert, „seriöse Vorschläge" zur Abrüstung zu unterbreiten. Er erläuterte den Vorschlag Präsident Reagans, alle landgestützten Mittelstreckenwaffen in Europa abzuschaffen: „Wir nehmen keinen Alles-oder-nichts-Standpunkt ein, werden jedoch in Grundsatzfragen keine Kompromisse eingehen."

Der von Reagan vorgeschlagenen „Null-Lösung" liege ein solches moralisches Prinzip zugrunde, und die Geschichte Roms besage, daß diejenigen schließlich siegten, die moralische Prinzipien aufrechterhielten, sagte Bush.

Bei einem Treffen mit Ministerpräsident Fanfani und Außenminister Colombo erläuterte der US-Vizepräsident die atomare Verteidigungsstrategie der USA. Er überbrachte Fanfani eine persönliche Botschaft Reagans, worin der US-Präsident die Bedeutung der ständigen Konsultationen zwischen Rom und Washington unterstreicht. Auf Bushs Programm steht außer einem Treffen mit Staatspräsident Pertini heute eine Audienz bei Papst Johannes Paul II.

Vor seiner Reise nach Rom inspizierte der Vizepräsident am Samstag die am weitesten östlich stationierten US-Truppen in der Bundesrepublik Deutschland. In dem zehn Kilometer von der tschechoslowakischen Grenze entfernten Camp Gates beobachtete Bush in Begleitung von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner eine Alarmübung.

Anschließend begaben sich Bush und Wörner nach dem kleinen an der Grenze zur „DDR" gelegenen Dorf Mödlareuth, das durch eine 700 Meter lange Betonmauer geteilt und daher auch unter dem Namen „Klein-Berlin" bekannt ist. Die Mauer von Mödlareuth trennt die 27 Einwohner im Westen von ihren 30 Dorfnachbarn im Osten. Angesichts der Betonmauer zeigte sich der US-Vizepräsident bedrückt von der Grenze mitten durch Deutschland. Er bezeichnete die Mauer als „brutal" und fügte hinzu: „Das ist eine grausame, dramatische Grenze." Sie habe auf ihn tieferen Eindruck gemacht als die Berliner Mauer.

Am Abend flog Bush von Nürnberg mit fast vierstündiger Verspätung nach Rom. Ein Schneesturm hatte den Hubschrauber des Vizepräsidenten zunächst zur Landung in Bayreuth gezwungen. Von dort fuhr Bush in einem kurzfristig an einen fahrplanmäßigen Eilzug angekoppelten Sonderwagen der Bundesbahn nach Nürnberg weiter.

Seite 2: Wer mauert da?

Schmidt warnt vor einer „Weltdepression"

AP, Kö

Um der Gefahr des Übergan von der Weltrezession in ei „Weltdepression" zu begegn sind nach Meinung des früher Bundeskanzlers Helmut Schm gemeinsame, aufeinander ab stimmte und teils sich gegensei ergänzende Maßnahmen der fü renden Wirtschaftsmächte c westlichen Welt vordringlich. I sozialdemokratische Politi warnte gestern im Deutschlar funk ferner vor einer Verschärfu der Vertrauenskrise in die wes che Welt und kritisierte die ame kanische Währungspolitik.

Der frühere Kanzler sagte, we es den Regierungen der Industr staaten nicht gelingen sollte, d Vertrauen in ihre Fähigkeit wie zu stärken, mit dieser Krise fert zuwerden, dann werde auch ei politische Destabilisierung in eir Reihe von Industriestaaten v stellbar. Schon jetzt sei zu seh daß die Vertrauenskrise in c westliche politische und milită sche Strategie, was ja Rüstun kontrolle und Abrüstung einschl ße, immer weitere Kreise zie Sollte der im Mai bevorstehen neunte Weltwirtschaftsgipfel den Vereinigten Staaten wieden so ausgehen wie das letzte Mal, ein so großer Vertrauensrutsch befürchten, daß auch für die I wältigung der anstehenden Frag im West-Ost-Verhältnis nicht nug Kraft bleibe.

Wirtschaft wehrt sich gegen SPD

● Fortsetzung von Seite 1

Investitionsentscheidungen dem Termin der Bundestagsw. am 6. März in Verbindung brä ten. Jedoch könne dies nicht einer „Investitionsverweigeru oder gar einem „Investitio streik" aufgebauscht werden. S che Begriffe hätten mehr mit Wa kampf als mit Realität zu tun. übrigen habe es schon imr Rücktrittsklauseln, etwa ur Hinweis auf Finanzierungsm lichkeiten, gegeben.

Gegen eine Zurückhaltung Investitionen bis zum 6. M sprach sich auch Bundesarbeits nister Norbert Blüm auf ei CDU-Veranstaltung für Arbeitn mer in Dortmund aus.

Die SPD verteilt seit gest bundesweit Flugblätter, in der der CDU/CSU vorgeworfen wi sie betreibe mit ihren Hinwei auf bevorstehende „Investitio streiks" und Kapitalflucht ins A land im Falle eines Wahlsiegs v Hans-Jochen Vogel eine „Ang kampagne". Die Bürger aber ßen sich „nicht erpressen". I „Kampagne" der Union bringe Gefahr mit sich, „daß die demok tische Wahlentscheidung v fälscht wird".

Der frühere Bundeskanzler H mut Schmidt sprach sogar von nem verfassungspolitischen V stoß, der nicht hingenommen w den dürfe.

„Labour-Regierung war im Prinzip für Nachrüstung"

„Sunday Times" wirft Foot späteres Umschwenken vor

AFP, London

Die heute für einseitige Abrüstung eintretende britische Labour Party hatte die Stationierung von Marschflugkörpern in Großbritannien während ihrer Regierungszeit im Prinzip akzeptiert, enthüllte gestern die „Sunday Times".

Der damalige Labour-Premierminister James Callaghan hatte – so der Zeitungsbericht – im Dezember 1978 diese Frage mit vier seiner Minister besprochen, bevor er im Januar 1979 zum Gipfeltreffen nach Guadeloupe flog. Callaghan und sein Außenminister David Owen (heute stellvertretender Führer der Sozialdemokratischen Partei), Finanzminister Denis Healey, Verteidigungsminister Fred Mulley und Arbeitsminister Michael Foot (heute Chef der Labour Party) seien sich einig gewesen, daß die NATO ihre Euro-Rakten aufstellen müsse, um auf die Stationierung der SS 20 zu antworten, falls die USA und die UdSSR nicht zu einem Abkommen über Rüstungsbegrenzung gelangen sollten. Was den überzeugten Pazifisten Michael Foot betrifft, so räumt die „Su day Times" allerdings ein, daß im Gegensatz zu seinen Kolleg nicht gut mit der Materie vertra war.

Mulley hatte im August 1977 einem Schreiben an den damalig US-Verteidigungsminister Harc Brown die Grundlagen für das Pr gramm zur Aufstellung von Pe shing-2-Raketen und Marschflu körpern skizziert, schreibt die Ze tung. Mulleys Argumente hal Helmut Schmidt in seiner Lond ner Rede vom Oktober desselbe Jahres aufgenommen, die als ö fentlicher Ausgangspunkt für d westliche Antwort an die Sowje union gilt. Jetzt versuche die La bour Party, die inzwischen gege die Aufstellung von NATO-Rak ten ist und für die einseitige Abrü stung Großbritanniens eintrit glaubhaft zu machen, daß die kon servative Regierung Thatcher di alleinige Verantwortung für de Aufrüstungsplan für Großbritar nien trage. Die endgültige En scheidung dazu traf die NATO im Dezember 1979, sechs Monate nac dem Amtsantritt Thatchers.

Engelhard will Klarheit

Konturen der Ausländerpolitik vor 6. März?

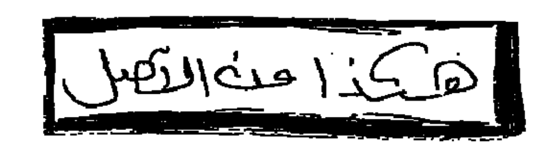
hey, **Bonn**

Über die künftige Ausländerpolitik Bonns wird vielleicht schon vor dem 6. März erste Klarheit herrschen. Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) hält es für „durchaus möglich", daß eine von der Bundesregierung eingesetzte Kommission noch vor dem Wahltag ihren Bericht vorlegt.

Die Kommission aus Vertretern des Innen-, Arbeits- und Finanzministeriums sowie des Auswärtigen Amts soll Möglichkeiten einer besseren Integration aber auch einer Rückführung von Ausländern untersuchen.

Engelhard, dessen Partei die Ausländerpolitik zu einem ihrer großen Wahlkampfthemen gemacht hat, wies Forderungen des Koalitionspartners CDU/CSU nachdrücklich zurück, den Nachzug von ausländischen Familienangehörigen auf Kinder unter sechs Jahren zu begrenzen. Zwar gestatte das Grundgesetz „prinzipiell" eine derartige Beschränkung und es gebe auch keine dagegensprechenden internationalen Bestimmungen. Aber das Verfassungsrecht enthalte so viele Ausnahmeklauseln, daß die praktische Umsetzung von vornherein in Frage gestellt sei, meinte Engelhard in der Deutschen Welle.

So würden einerseits wegen des Vertrauensschutzes längere Übergangsfristen erforderlich, damit die 4,6 Millionen Ausländer sich umorientieren können. Andererseits müsse jeder Einzelfall geprüft werden. Mit einer generellen Begrenzung werde man nicht „so einfach" verfahren können, wenn zum Beispiel von ihren Eltern getrennte Kinder über sechs Jahre in ihrer Heimat keine Betreuung mehr erhalten. Auf jeden Fall müsse jedoch verhindert werden, daß die Ausländer zu „Wanderern zwischen zwei Welten" würden.



Umwelt und Kernkraft

H. H. – Überraschend spät hat ie SPD die Kernenergie für den Wahlkampf entdeckt. Dabei zielt ie aufs Ruhrgebiet und will dort Unruhe erzeugen. Die Voraussetungen erscheinen ihr günstig: ie Stahlkrise hat bereits den Kohleverbrauch gedrosselt. Obwohl die Stromwirtschaft den mit em Kohlebergbau geschlosseen „Jahrhundertvertrag" peinch genau erfüllt, können mit dem Hinweis auf die Kernenergie neue Absatzgefahren suggeriert weren.

Die von SPD-Politikern wie edtke und Schäfer gestarteten Angriffe sind nicht nur unsinnig, ondern auch verantwortungslos. Da wird behauptet, der Bau von Kernkraftwerken mit 12 000 Megawatt gefährde „mindestens 0 000 Arbeitsplätze im Bergbau", nd es gebe bereits eine „Stromalde", fast so groß wie die Kapazität aller Kernkraftwerke zusammen. Mit der Realität hat dies nichts zu tun. Der Zubau ist allein dringend erforderlich, um das schon heute bestehende Defizit in der Grundlast (bei Kraftwerken rund um die Uhr) zu beheben. Energieexperte Gerstein (CDU) hat jetzt daran erinnert, daß außerdem Kohlekraftwerke etwa der gleichen Kapazität zugebaut werden müssen, um den wachsenden Stromverbrauch zu decken und veraltete Kraftwerke – schon mit Blick auf den Umweltschutz – zu ersetzen.

Verantwortungslos ist die schon traditionelle Fixierung der SPD auf den – vermeintlichen – nationalen Bedarf auch deshalb, weil sie die Probleme etwa der Entwicklungsländer völlig unterschlägt. Dort sind nach einer jüngsten FAO-Untersuchung rund zwei Milliarden Menschen auf Brennholz und andere traditionelle Brennstoffe angewiesen. Gerade die Umweltschützern müßte an einer Angebotserweiterung auch bei uns gelegen sein, um den sonst unvermeidlichen Raubbau in der Welt zu verhindern.

Prinzip Hoffnung

Von LEO FISCHER

Die Rohstoff-Börsen leben derzeit von der Hoffnung auf einen Konjunkturaufschwung. Tatsächlich haben sich die Preise der konjunkturempfindlichen NE-Metalle Januar kräftig erhöht: Der preis kletterte wieder über die Tausender-Marke, Kupfer erichte einen neuen Höchstpreis r die letzten 34 Monate, und Blei d Zink zogen gleichfalls im Preis ark an.

Auch wenn die Pfund-Schwäche s Bild etwas verfälscht hat, ist cht zu übersehen, daß die Metallmärkte nach oben tendieren, obohl von Zinsen und Konjunktur rzeit keine Anregungen kommen: Der Zinssenkungsprozeß – zumindest vorerst – zum llstand, und auf einen weltweiten Konjunkturaufschwung deutet rzeit gar nichts hin, außer eben e steigenden Metallpreise. Und tsächlich werden mit dem Hinweis darauf harte Konjunkturhoffungen geweckt nach dem Motto: Wenn die Metallpreise anziehen, kann die Konjunktur gar nicht so schlecht sein." Aber auf diese Weise wird die Argumentation auf den Kopf gestellt und die Tatsache icht berücksichtigt, daß es in der augenblicklichen Baisse an den Rohstoffmärkten schon so manchen Fehlstart zur Überwindung des Preisverfalls gegeben hat.

Zu berücksichtigen bleibt bei dem jüngsten Preisaufschwung, daß die Produktion der NE-Metalle kräftig gedrosselt worden ist und im Falle von Zinn die Interventionskäufe des Zinnrates preistreibend gewirkt haben. Auf der anderen Seite sprechen die vor llem bei Kupfer vergleichsweise niedrigen Vorräte für eine kräftige Steigerung der Nachfrage, sollte es denn zu einem Konjunkturaufschwung kommen.

Das stark spekulative Element er jüngsten Preiserholung zeigt ie Hausse an den Edelmetallmärkten. Hier eilen die Überlegungen der tatsächlichen Entwicklung noch weiter voraus. Die Haussiers argumentieren, daß es im Gefolge ines Konjunkturaufschwungs zu iner neuen Inflationswelle kommen könnte, die wieder zu einer Flucht in die Edelmetalle führen müßte. Die Nachfrage der Verarbeiter ist bei Silber und Platin, wo es die stärksten Preisbewegungen gab, jedenfalls nach wie vor schwach. Und dies gilt, wie die Degussa in ihrem jüngsten Marktbericht ausführt, auch für den Goldmarkt. Hier scheint bei einem Preisniveau von über 500 Dollar beträchtliche Unsicherheit aufzukommen, die einen weiteren Preisanstieg vorerst verhindern soll.

Zu einem – zumindest in ihrem Ausmaß – überraschenden Preisanstieg kam es am Kakaomarkt. Die Notiz erreichte mit 1366,50 Pfund das höchste Niveau seit 34 Monaten. Ausgelöst wurde die Hausse von spekulativen Käufen, nachdem bekannt wurde, daß die Vermahlungszahlen der USA und der Bundesrepublik im vierten Quartal letzten Jahres höher waren als erwartet. Daß die zunächst spekulative Kaufwelle auch fundamental begründet war, zeigte sich erst zum Monatsende, als das Londoner Handelshaus Gill & Diffus seine jüngste Ernte- und Verbrauchsschätzung veröffentlichte. Hatte das Haus in seiner Prognose Anfang Januar noch von einem zu erwartenden Produktionsüberschuß von 4,7 Mill. t für das Erntejahr 1982/83 gesprochen, so sagten die Londoner Experten in ihrer letzten Veröffentlichung ein Defizit von 78 000 t voraus.

Scharf nach unten korrigiert wurden die Erwartungen für die brasilianische Ernte und nach den Flutschäden für die Ernte in Ecuador. Die Bestände betragen jetzt – einschließlich des Buffer-Stocks der Internationalen Kakao-Organisation – 38 Prozent des jährlichen Verbrauchs gegenüber 43 Prozent in der Saison 1982/82. Verstärkt wurde die Hausse noch durch die Nachricht von Buschfeuern in Westafrika, die vor allem die Plantagen in Ghana und an der Elfenbeinküste stark getroffen haben. In den Zahlen von Gill & Diffus waren diese mutmaßlichen Ernteschäden noch nicht enthalten. Trotzdem hielten die Gill- und Diffus-Experten Kakao auch nach dem kräftigen Preisanstieg noch für unterbewertet.

ohstoffe	Börse	Einheit	Ende Januar 1982	Ende Dezember 1982	Hoch 1983	Tief 1983
upfer	L	£/t	1056,50	925,25	1056,50	932,25
ink	L	£/t	457	413,50	457,25	419,75
inn	L	£/t	8125	7430	8125	7392,50
lei	L	£/t	309,25	288,25	309,25	291,25
old	L	$/Unze	503	448	503	452,75
ilber	L	p/Unze	902,10	673,05	902,00	680,30
latin	L	£/Unze	311,70	238,20	311,70	244,55
elzen	C	Cts/bu	343,50	330,75	346,37	324,12
ais	C	Cts/bu	267,75	244,66	267,75	242,62
akao [2,3])	L	£/t	1366,50	1107,50	1223,50	866,50
affee [1])	L	£/t	2005	1767	2022,50	1754
Zucker[3]	L	£/t	107	102	177	82
Sojaöl	C	Cts/lb	17,52	16,09	17,52	15,99
Baumwolle [2,3])	Li	Cts/kg	73,35	70,55	79,10	67,80
Schweißwolle	S	Cts/kg	539	530	541	527,50
Kautschuk	L	p/kg	49,25	50,75	59,25	50
Indices:						
Moody's (31.12.31=100) New York			1064,2	1016,4	1064,2	1005,8
Reuter's (18. 9.31=100) London			1661,2	1580,3	1661,2	1527,7

[1]) Zweite Abladung L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
[2]) A-Index-Preis
[3]) Höchst-Tiefstpreis 1982/83
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

EG / Studie über Wettbewerbsfähigkeit der Werkzeugmaschinenindustrie

Brüssel will gemeinsame Strategie gegen japanischen Vorsprung

WILHELM HADLER, Brüssel

Eine Gemeinschaftsstrategie zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Werkzeugmaschinenindustrie hat die Brüsseler Kommission entwickelt. Sie soll der EG ermöglichen, den in den letzten Jahren entstandenen japanischen Vorsprung bei elektronisch gesteuerten Produktionsgeräten wieder aufzuholen und ihre Stellung als größter Hersteller der Welt zu verteidigen.

In einer Studie über die Lage und Zukunftsaussichten der Branche kommt die Kommission zu dem Schluß, daß die Werkzeugmaschinenindustrie der EG entschlossen ihre technologische Kapazität nutzen müsse, um einen bedeutenden Teil des Marktes für automatisierte Produktionssysteme für sich erobern zu können. Ihr komme in den Industrieländern große strategische Bedeutung zu. Eine schnelle Entwicklung der automatisierten Produktion sei eines der wichtigsten Mittel, um die Lebens- und Wachstumsfähigkeit der europäischen Produktionsapparate zu erhalten.

Nach Angaben der EG-Behörde entfällt zwar auf die Gemeinschaft gegenwärtig noch immer ein Anteil von knapp 30 Prozent der Weltproduktion von Werkzeugmaschinen; während jedoch in Europa zwischen 1976 und 1980 die Produktion numerisch gesteuerter Bearbeitungszentren und Drehmaschinen von 1952 auf 6319 Einheiten gestiegen sei, sei die japanische Erzeugung im gleichen Zeitraum von 2599 auf 17 267 Einheiten heraufgeschnellt.

Entsprechend konstatiert die Kommission eine „insgesamt besorgniserregende Entwicklung" in bezug auf die Ausrüstung der europäischen Industrie mit Werkzeugmaschinen. Alle zur Verfügung stehenden Daten ließen ein schnelles Veralten des Maschinenbestands erkennen. So benutzte Japan 1980 fast ebensoviele elektronisch gesteuerte Werkzeugmaschinen wie Frankreich, die Bundesrepublik und Italien zusammengenommen, während seine Produktionen im Maschinenbau und in der Elektrotechnik nur knapp 65 Prozent der zusammengerechneten Erzeugung dieser drei EG-Staaten erreichte.

Als absolut erforderliche Rahmenbedingung bezeichnet die Kommission daher die Wiederankurbelung der Investitionen in der Gemeinschaft. Im Rahmen einer Belebung der Nachfrage nach Ausrüstungsgütern komme es darauf an, die kurzfristigen Hindernisse zu beseitigen, die sich störend auf die Investitionsentscheidungen auswirken.

Vorgeschlagen wird eine an den wirksamsten Verfahren orientierte Harmonisierung der Instrumente zur Investitionsförderung (zum Beispiel des Steuerabzugs). Außerdem will sich die Kommission bemühen, den rund 2800 Werkzeugmaschinenherstellern in der EG künftig einen adäquaten Zugang zu den Finanzierungsinstrumenten der Gemeinschaft zu sichern.

Neben der finanziellen Unterstützung für eine Marktstudie verspricht die EG-Exekutive, bei der Genehmigung staatlicher Beihilfen jeweils zu prüfen, „ob eine Gegenleistung von Gemeinschaftsinteresse gegeben ist". Sie unterstreicht zugleich ihre „positive Einstellung" in bezug auf die kartellrechtliche Beurteilung von Zusammenarbeitsverträgen von kleinen und mittleren Unternehmen der Branche.

Ein wichtiges Problem ergibt sich nach dem Bericht auch daraus, daß die europäische Werkzeugmaschinenindustrie über ungenügendes Eigenkapital verfügt und eine unverhältnismäßig hohe kurzfristige Verschuldung aufweist. Es sei eine der charakteristischen Schwächen des finanziellen Umfelds der europäischen Unternehmen, daß sich Firmen dagegen nur schwer Risikokapital beschaffen könnten. Ein Paket konkreter Vorschläge soll dem Ministerrat noch im Laufe des Sommers zugehen. Außerdem erinnert die Kommission an den Entwurf zur Gründung einer europäischen Kooperationsvereinigung.

Gegenwärtig wird die Präsenz der Japaner auf dem europäischen Markt bei numerisch gesteuerten Bearbeitungszentren auf 35 Prozent geschätzt, verglichen mit 4,2 Prozent im Jahre 1976. Der Ausfuhrüberschuß der europäischen Werkzeugmaschinenindustrie betrug wegen der starken Stellung bei den mechanisch gesteuerten Anlagen 1982 jedoch noch immer rund 2.4 Milliarden Dollar.

EG / USA

Der Konflikt schwelt weiter

WILHELM HADLER, Brüssel

Kaum zur Entspannung beigetragen hat der Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Georges Bush bei der EG-Kommission. Während sich der Emissär Präsident Reagans deutlich um eine Milderung der handelspolitischen Kontroversen mit der Europäischen Gemeinschaft bemühte, nutzte die Kommission die Gelegenheit, die USA vor weiteren Versuchen zur Eroberung traditioneller europäischer Absatzmärkte für Agrarerzeugnisse zu warnen. EG-Präsident Gaston Thorn kündigte eine Beschwerde der Gemeinschaft beim Internationalen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) an, weil die USA eine Million Tonnen Weizenmehl zu stark subventionierten Preisen an Ägypten verkauft haben. Gleichzeitig erklärte der amerikanische Handelsbeauftragte Bill Block in Washington, die Reagan-Administration werde notfalls weitere Subventionen zahlen, um die amerikanischen Agrarexporte zu erhöhen.

Die Zuspitzung des europäisch-amerikanischen Handelskonflikts ist um so bedenklicher, als sich beide Seiten noch vor Jahresende geschworen hatten, durch öffentliche Äußerungen nicht neues Porzellan zu zerschlagen. Am 10. Februar soll eine zweite Runde von Expertenberatungen beginnen.

Der „Einbruch" der Amerikaner in einen traditionellen französischen Markt hat in Brüssel vor allem deshalb Empörung hervorgerufen, weil er als eine Kampfansage gegen die europäische Agrarpolitik gilt. Die EG pocht auf ein Gatt-Übereinkommen, wonach Subventionen nur so weit erlaubt sind, wie sie zu keiner Ausweitung der bisherigen Marktanteile führen.

WELTHANDEL

Stagnation dauert bereits vier Jahre

dpa/VWD, Hamburg

Der Welthandel wird in diesem Jahr zunächst weiter sinken. Die expansiven Kräfte dürften etwa von der Jahresmitte an überwiegen. Bei diesem Verlauf wird nach Ansicht des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, das Volumen des Welthandels 1983 voraussichtlich wiederum etwas niedriger sein als 1982. Damit stagniert der Welthandel im vierten Jahr. 1960 bis 1973 hatte es noch jährliche Zuwachsraten von acht Prozent gegeben.

Eine Wende zum Besseren in der Entwicklung des Welthandels ist angesichts der angespannten Lage in den Öl- und Rohstoffländern laut HWWA von Impulsen aus den Industrieländern abhängig. Erste Anstöße würden wahrscheinlich in den nächsten Monaten von den USA ausgehen, da sich die amerikanische Einfuhr im Zusammenhang mit der importfördernden hohen Bewertung des US-Dollars und einer allmählichen Belebung der Nachfrage wieder erhöhen dürfte.

In den anderen Industrieländern werde ein Anstieg der Einfuhr angesichts der noch anhaltenden Schwäche der Gesamtnachfrage dagegen etwas länger auf sich warten lassen. Erst für den späteren Verlauf des Jahres zeichne sich hier eine Belebung ab, meinte das HWWA.

Auf dem Welthandel lasten vor allem die Verschuldungsprobleme. Nach Ansicht der Hamburger Wirtschaftsforscher drohen die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen zu weiteren Importbeschränkungen zu führen, vor allem für die erdölimportierenden Entwicklungsländer, und zwar um so mehr, je länger die wirtschaftliche Schwäche in Industrieländern die Erlöse aus Rohstoffexporten drückten.

AUF EIN WORT

„Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung rechtfertigen die Erwartung, daß Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft künftig wieder mehr im Vordergrund stehen werden. Damit dürfte auch das Vertrauen in die eigene Kraft und in die wirtschaftliche Zukunft zurückkehren."

Horst Backsmann, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) FOTO: DIE WELT

ENERGIEERZEUGUNG

Atomkraftwerke erhöhten ihren Versorgungsanteil

HEINZ HECK, Bonn

Kernenergie hat im vergangenen Jahr 63,6 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom in das öffentliche Netz geliefert. Das sind rund zehn Milliarden kWh oder 19 Prozent mehr als 1981. Damit hat sich, wie die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) jetzt mitteilte, der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung der öffentlichen Versorgung 1982 gegenüber dem Vorjahr von 17 auf 21 Prozent erhöht.

Uran lieferte dreimal soviel Strom wie Wasserkraft (5,7 Prozent). Wichtigste Energieträger blieben Braun- und Steinkohle mit zusammen rund 60 Prozent Anteil.

Der Einsatz von Gas und Öl sei dagegen „weiter gedrosselt" worden. Hätte der auf die Kernenergie entfallende Anteil auf Ölbasis erzeugt werden müssen, so wären hierfür nach Angaben von Professor Rudolf Guck, Präsident des Deutschen Atomforums, etwa 14 Millionen Tonnen Öl zum Preis von rund sieben Milliarden Mark erforderlich gewesen.

Das Deutsche Atomforum führt die erhebliche Steigerung des Beitrags der Kernenergie auf die Inbetriebnahme des Kraftwerks Grafenrheinfeld sowie die hohe Verfügbarkeit gerade deutscher Kernkraftwerke zurück. Von den elf Leistungsreaktoren in der Bundesrepublik waren im vergangenen Jahr sechs über 7500 Stunden (theoretische Ausnutzungsmöglichkeiten 8760 Stunden) verfügbar.

Die Kernkraftwerke Biblis B (9,7 Milliarden kWh), Unterweser (9,7) und Biblis A (9,5) seien „Weltmeister der Stromerzeugung 1982" gewesen, schreibt das Atomforum. Erst danach folgten japanische und amerikanische Reaktoren. Auch sei kein einziger Störfall mit Freisetzung von Radioaktivität in die Umgebung oder mit Personenschaden aufgetreten.

Erwartungen übertroffen

rtr. Berlin

Die Internationale Grüne Woche in West-Berlin hat nach dem vorläufigen Abschlußbericht der Messeleitung in diesem Jahr die Erwartungen der Aussteller und Fachbesucher übertroffen. Der Geschäftsführer der Messegesellschaft AMK, Manfred Busche, teilte mit, die rund 37 000 Fachbesucher hätten der Agrarmesse einen hohen fachlichen Wert bescheinigt. Aufgrund des guten Messeverlaufs – jeder fünfte Aussteller sprach von einem gegenüber dem Vorjahr verbesserten Geschäft – hätten bereits jetzt 97 Prozent der Aussteller ihre voraussichtliche Teilnahme an der Grünen Woche 1984 angekündigt. Die Agrarmesse, die gestern zu Ende ging, lockte trotz gestiegener Eintrittspreise rund 470 000 Besucher an.

INTERNATIONALE AKTIENMÄRKTE

Sinkende Arbeitslosenrate belebte Wall Street nicht

DW. New York

In der abgelaufenen Börsenwoche gestaltete sich das Geschehen an den meisten internationalen Plätzen vergleichsweise ruhig. Eine der Ausnahmen waren Sydney und Melbourne, wo die angekündigten Parlamentsneuwahlen zu umfangreichen Verkäufen vor allem bei NE-Metallen führten.

An der Wall Street erholten sich die Kurse nach beträchtlichen Einbußen am Dienstag im Wochenverlauf wieder, so daß der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte um 13,16 Punkte höher auf 1077,91 schloß. Der allgemeine Börsenindex (NYSE) beendete die Woche mit einem Plus von 0,94 bei 84,29 Punkten. Der tägliche Durchschnittsumsatz war mit 78,6 Millionen Stücken niedriger als in der Vorwoche (84,37 Mill.).

Die nach allgemeiner Überzeugung in diesen Tagen einsetzende Wirtschaftserholung – die US-Arbeitslosenrate ging zum ersten Mal seit 18 Monaten (von 10,8 auf 10,4 Prozent) zurück – wirkt sich weniger belebend auf den Markt aus, als hätte angenommen werden können: weckt sie doch auch Befürchtungen, das Zinsniveau werde wieder steigen. Nach Auffassung verschiedener Marktbeobachter sollten die Anleger in der nächsten Zeit vorsichtig operieren. Es sei zu beachten, daß der Berufshandel gegenwärtig verstärkt Gewinne mitnimmt und sich vom Parkett zurückzieht. Die 1100er-Marke des Dow-Jones-Indexes sei für absehbare Zeit die obere Grenze, heißt es.

Die Stimmung in Toronto war bei eher abnehmendem Umsatz recht freundlich. Das gleiche war in London der Fall, wo zunehmender Optimismus der Anleger den Kursen zu einem bträchtlichen Anstieg verhalf. Der Industrie-Index der „Financial Times" stieg um 24 auf 644 Punkte. In Amsterdam verlor der Markt leicht an Boden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Gespräch mit Japan

Tokio (rtr) – Auf japanische Initiative werden in dieser Woche zum dritten Mal Vertreter der Europäischen Gemeinschaft, der Vereinigten Staaten sowie Kanadas in Tokio Handelsgespräche führen. Der für Außenbeziehungen zuständige EG-Kommissar Wilhelm Haferkamp traf gestern zu Konsultationen mit der japanischen Regierung in Tokio ein. Gemeinsam mit Industrie-Kommissar Etienne Davignon sind Begegnungen mit Außenminister Shintaro Abe und Handelsminister Sadanori Yamanaka vorgesehen. Die Gemeinschaft wird in diesen Gesprächen auf freiwillige japanische Exportbegrenzungen bei Autos, Motorrädern, Videogeräten, Farbfernsehern und anderen Produkten drängen.

Zuschuß an Alcan

Mainz (dpa/VWD) – Die Bundesregierung und die rheinland-pfälzische Landesregierung wollen der Ludwigshafener Alcan-Aluminiumhütte eine Überbrückungshilfe von acht Millionen Mark, befristet auf ein Jahr, gewähren, teilte Landes-Wirtschaftsminister Heinrich Holkenbrink (CDU) mit. Das Unternehmen müsse sich jedoch bereit erklären, alle 350 Arbeitsplätze zu erhalten. In einem Telegramm teilte der Minister der Alcan-Geschäftsführung Frankfurt mit, daß die Landesregierung von dem Unternehmen einen Antrag auf diese Hilfe erwarte. Ein Sprecher der Werksleitung in Ludwigshafen zeigte sich über das Angebot überrascht. „Im Prinzip sind wir bereit mitzumachen", sagte der Sprecher. Die endgültige Entscheidung müsse die Alcan-Geschäftsführung treffen.

Weg der Kurse

	4. 2. 83	28. 1. 83
Boeing	38	35,25
Chrysler	16,75	17,25
Citicorp	34,25	34,375
Coca-Cola	50	50,125
Exxon	29,625	30
Ford Motors	39,125	39
IBM	97,375	97,375
PanAm	5,125	3,875
US Steel	20,50	20,625
Woolworth	25,875	23,875

Absprachen aufgedeckt

Hannover/Bremen (dpa/VWD) – Der Skandal um Preisabsprachen in der Bauwirtschaft zieht immer weitere Kreise. Nach Bayern und Hessen sind die Kartellbehörden auch in Norddeutschland einem Preiskartell auf die Spur gekommen. In Bremerhaven geht das Kartellamt davon aus, daß für verschiedene Projekte Aufträge in Höhe von 49 Millionen Mark manipuliert wurden. Im benachbarten Bremen sollen Preisabsprachen für die von den Klöckner-Werken beabsichtigte, bis heute allerdings noch nicht gebaute, zweite Stranggießanlage, existieren – veranschlagte Kosten 39,9 Millionen Mark. Bei weiteren Projekten über 65 Millionen Mark sollen die Preise ebenfalls ausgehandelt gewesen sein. Die Berliner Wettbewerbshüter haben Beweismaterial über Absprachen, deren Auftragswert bei zwei Milliarden Mark liegen soll.

Elektronik-Kooperation

München (dpa/VWD) – Die AEG-Telefunken AG, Frankfurt, die Diehl-Gruppe (Nürnberg) und der amerikanische Mischkonzern United Technologies Corp. (UTC) haben sich grundsätzlich darauf geeinigt, ihre Aktivitäten bei speziellen MOS-Schaltkreisen in einer Gemeinschaftsfirma, der Eurosil electronic GmbH, zusammenzufassen. Am Eurosil-Kapital von 46 Millionen Mark sind, wie UTC-Chairman Harry J. Gray in München erläuterte, das AEG-UTC-Gemeinschaftsunternehmen Telefunken electronic GmbH (TEG) mit 43 Prozent, UTC über ihre Tochter Mostek mit ebenfalls 43 Prozent sowie die Diehl-Gruppe mit 14 Prozent beteiligt.

Mehrheit bei Rütgers

Essen (dpa/VWD) – Die Ruhrkohle AG hat ihre Beteiligung an der Rütgerswerke AG, Frankfurt, zur „Hauptversammlungsmehrheit" aufgestockt. Diese Verstärkung liege ganz im Interesse der Ruhrkohle AG, da es sich bei den Rütgerswerken um das einzige Unternehmen in der Bundesrepublik handele, daß im industriellen Maßstab Kohlechemie betreibe, wurde dazu erklärt. Am Aktienkapital von 99,6 Millionen Mark war die Ruhrkohle AG bisher bereits durch ihre hundertprozentige Tochtergesellschaft GMT Chemie-Beteiligung mit fast 40 Prozent beteiligt. Eine mittelbare Beteiligung besteht daneben über die Contigas Deutsche Energie-AG, Düsseldorf, von deren Aktienkapital in Höhe von 140 Millionen Mark die Ruhrkohle AG 25,12 Prozent besitzt.

WELTWIRTSCHAFT / Business School legt Prognose vor

Vorerst nur flaue Erholung

WILHELM FURLER, London

Eine vorsichtige optimistische Prognose über die Entwicklung der Weltwirtschaft macht das Wirtschaftsforschungsinstitut der angesehenen London Business School. In einer jetzt vorgelegten Studie erwartet das Institut in dieser ersten Jahreshälfte eine nur flaue Erholung der Weltkonjunktur, die sich in der zweiten Hälfte etwas beschleunigen dürfte.

Nach Angaben der London Business School dürfte die volkswirtschaftliche Gesamtleistung im Durchschnitt aller Mitgliedsländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im vergangenen Jahr um 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen sein. Für das gesamte laufende Jahr wird mit einem leichten Anstieg um 0,8 Prozent gegenüber 1982 gerechnet.

Danach wird den Hochrechnungen der Londoner Wirtschaftsforscher zufolge das Wachstum im Durchschnitt der OECD-Länder 1984 auf 2,2 Prozent ansteigen, und sich in den folgenden beiden Jahren 1985 und 1986 auf jeweils 1,9 Prozent einpendeln. Seinen vorsichtigen Optimismus bezieht das Institut in erster Linie aus der Voraussage zunächst weiterhin fallender Ölpreise und eines schwächeren US-Dollars.

Bereits in der ersten Hälfte dieses Jahres würde in den USA eine gewisse Erholung einsetzen, die in der zweiten Jahreshälfte auf Europa übergreifen dürfte. Unterstützt würde dieser Prozeß durch zum Teil erheblich niedrigere Inflationsraten. Bis Ende dieses Jahres könnte der Anstieg der Verbraucherpreise im OECD-Durchschnitt auf 6,7 Prozent und Ende 1984 auf 6,6 Prozent gefallen sein, bevor er 1985 wieder 7,1 und 1986 7,3 Prozent erreicht.

Für die Ölpreis-Entwicklung (in Dollar ausgedrückt) sagt die London Business School für dieses Jahr einen Rückgang um 11,3 Prozent voraus, nachdem der Ölpreis im vergangenen Jahr um 4,5 Prozent gefallen ist. Allerdings dürfte er nach Ansicht des Instituts 1984 wieder um 6,7 Prozent, 1985 um 7,3 und 1986 sogar um 11,5 Prozent steigen.

WERBERAT / Die Zahl der Beschwerden hat um ein Viertel nachgelassen

Freundliches Lob für die Wirtschaft

HANNA GIESKES, Bonn

Um die Werbung ist es offenbar besser bestellt, als manche ihrer Kritiker zugeben mögen: Die Beschwerden beim deutschen Werberat, dem Selbstkontrollorgan der deutschen Werbewirtschaft, sind im vergangenen Jahr um ein Viertel auf 325 Fälle zurückgegangen. Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) findet dies „bemerkenswert", denn im vergangenen Jahr habe der Werberat durch verschiedene Anzeigenkampagnen auf sich aufmerksam gemacht, heißt es in einer Mitteilung; es wäre eher ein Anstieg der Beschwerden zu erwarten gewesen.

Bemerkenswert ist dies in der Tat: Täglich werden durch die gedruckten und elektronischen Medien, durch Plakate und Handzettel Millionen von Werbebotschaften unters Volk gestreut; da nehmen sich ein paar hundert Beschwerden beim Werberat sehr bescheiden aus. So bescheiden, daß in der Branche die Frage gestellt wird, warum denn die derzeitige Regierung ebenso wie ihre Vorgängerin darauf besteht, unbedingt das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) zu novellieren, zumal der deutsche Verbraucher gegen unlautere und irreführende Werbung ohnehin besser geschützt ist als jeder andere Bürger in der Europäischen Gemeinschaft.

Die Beschwerden, die der Werberat bearbeitet, beziehen sich allerdings nicht auf eindeutige Verstöße gegen das UWG; er operiert gewissermaßen im Vorfeld solcher Verstöße. In dieser Grauzone taten sich im vergangenen Jahr mit 37 Fällen erneut die Dienstleistungsbereiche wie Touristik, Fahrschulen und Unternehmensberater hervor, gefolgt von Bekleidung (23 Fälle) und Lebensmitteln (21 Fälle). In 81 Fällen beanstandete der Werberat die entsprechende Werbung, 28 leitete er an zuständige Stellen weiter; 110 Beschwerden wurden als unbegründet, 79 wegen mangelnder Zuständigkeit und sechs wegen schwebenden Gerichtsverfahrens zurückgewiesen.

Deutlich gestiegen sind Verbraucherbeschwerden, die mit Werbung überhaupt nichts zu tun haben, möglicherweise als Folge der Werberats-Eigenwerbung. Es handelt sich dabei um Ersuchen von Rechtsauskünften allgemeiner Art, um Beschwerden über die Ausgestaltung vertraglicher Vereinbarungen und über tatsächliche und angebliche Mängel bei Erfüllung von Kauf- oder Werkverträgen. Allerdings dürfte der Werberat mit derlei Anfragen überfordert sein, denn Lebenshilfe gehört nicht zu seinen Obliegenheiten.

Die werbungtreibende Wirtschaft wurde, wie alle Jahre wieder, vom Werberats-Vorsitzenden Dankwart Rost mit einem freundlichen Lob bedacht. Die Tatsache, daß in einem Viertel aller zugeleiteten Fälle die betroffenen Unternehmen bereit waren, ihre Werbung zu ändern oder einzustellen, wertet er „als Beweis ausgeprägter Bereitschaft, freiwillig auf Verbraucherwünsche zu hören". Wobei sich natürlich die Frage stellt, an wen die Wirtschaft ihre Produkte wohl verkaufen will, wenn sie nicht freiwillig auf die Wünsche der Verbraucher hört.

GALERIES ANSPACH / Vertrag mit Mitarbeitern

Schicksal in der Schwebe

BODO RADKE, Brüssel

Wenn das Brüsseler Handelsgericht einer entsprechenden Vereinbarung zwischen dem Konkursverwalter und den Gewerkschaften zustimmt, werden die Mitarbeiter der seit Jahresbeginn geschlossenen Häuser der belgischen Warenhauskette Galeries Anspach von Ende nächster Woche an die vorhandenen Warenbestände gewissermaßen auf eigene Rechnung verkaufen können.

Die 725 Mitarbeiter der vor über acht Jahrzehnten gegründeten Galeries Anspach hatten am Neujahrstag durch Rundfunk- und Fernsehnachrichten erfahren, daß sie ihren Arbeitsplatz durch den Konkursantrag der Direktion des Unternehmens verloren hätten. Der Brüsseler Hauptsitz von Galeries Anspach und dessen Filialen sind seither für das Publikum geschlossen und vom Personal symbolisch besetzt.

Hauptgrund für das Abkommen zwischen Konkursverwalter und Gewerkschaften ist eine frühere Vereinbarung, nach der 275 Mitarbeiter durch Lohnkürzungen und Verzicht auf Gratifikationen [...] ner Gesamtsumme von 100 [...] nen Franc (5 Millionen Ma[...] Miteigentümern der Galerie[...] spach geworden sind. Nach [...] rigen Berechnungen würde [...] re Abfindung aber nicht [...] eine Million Franc zur Verf[...] stehen.

Nach Schätzungen der Per[...] vertretung könnten durch [...] Ausverkauf der Warenbes[...] zwischen 235 und 285 Mil[...] Franc erzielt werden, die da[...] ne Zwischenstation in den [...] für die Abfindung der Vo[...] Gläubiger – mit dem Perso[...] der Spitze – fließen sollte[...] Dauer des Ausverkaufs wi[...] vier bis sechs Wochen [...] schlagt. Der Konkursverwalt[...] te zunächst gehofft, daß sich [...] essenten für eine Gesamtüb[...] me der Galeries Anspach [...] würden. Offenbar war das [...] nicht der Fall. Wie verlautet, [...] nur Verhandlungen über de[...] kauf einzelner Filialen bezie[...] weise über den reinen Immo[...] wert der Grundstücke un[...] schäftsräume.

HEBEL-GRUPPE / Der Umsatz ist leicht gesunken

Marktanteil wurde verbessert

HERBERT KLAR, Essen

Der Hebel Unternehmensgruppe, Emmering-Fürstenfeldbruck, ist es im Jahr 1982 gelungen, ihren Marktanteil auf 4,1 (3,5) Prozent zu verbessern und bei Gasbeton die Marktführerschaft zu erreichen, teilte der Sprecher der Geschäftsführung, Josef Vögele, anläßlich der Deubau 83 in Essen mit. Die schwierige Wirtschaftslage habe sich auch bei Hebel ausgewirkt, allerdings nicht in dem Maße wie bei anderen Baustoffherstellern.

Der Gesamtumsatz der Produktbereiche Hebel Steine und Montagebauteile weise für 1982 einen Rückgang von nur 3 Prozent aus, während der Mengenrückgang insgesamt 7,8 Prozent betrage. Nach Angaben Vögeles erreicht der Gesamtumsatz der Hebel Gruppe nicht die Vorjahreshöhe von 508 Mill. DM. Ein wichtiger Faktor hierbei sei der Umsatz der Lizenz und Anlagenabteilung, der unter dem Vorjahresniveau lag. Im Bereich Haus betrage der Nettoumsatz 145 Mill. DM (minus 2,6 Prozent). Die Bauunternehmung Josef Hebel habe noch recht gut abgeschnitten.

Beim Verkauf der Hebel Häuser habe sich der Aufwärtstrend fortgesetzt. 1093 verkaufte Häuser bedeuten eine Steigerung von 14 Prozent. Fertiggestellt wurden 626 Häuser. Die große Differenz zwischen Verkauf und Fertigstellung resultiere aus einer hohen Zahl von Stornos wegen Finanzierungsproblemen der Bauherren. Im Lizenz- und Anlagengeschäft wurde der Vertrag für die Errichtung eines Gasbetonwerkes in Ungarn unterzeichnet. Über den Verkauf weiterer Lizenzen werde verhandelt. Der Exportanteil liege insgesamt bei rund 7 Prozent.

Bei den Investitionen, so Vögele, wurde der überragende Teil für den Aus- und Umbau des Werkes Emmelsum, Wesel, aufgewandt. Weitere Investitionen konzentrieren sich auf Rationalisierungen in der Produktion. Die Aussichten für 1983 beurteilt Vögele optimistisch,

GROSSBRITANNIEN / Das Wirtschaftsprogramm von SDP und Liberalen

Neue Arbeitsplätze haben Priorität

WILHELM FURLER, London

Die dritte politische Kraft in Großbritannien, die Allianz aus Sozialdemokraten (SDP) und Liberalen, hat die Schaffung von Arbeitsplätzen unter dem Motto „Gemeinsam für Großbritannien arbeiten" in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes gestellt.

Nach Ansicht von SDP und Liberalen könnte die Arbeitslosigkeit in Großbritannien von gegenwärtig mehr als drei Millionen oder 13,3 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung innerhalb von zwei Jahren um eine Million reduziert werden, wenn ein leicht expansionistisches Wirtschaftsprogramm durchgeführt würde. Während einer großangelegten PR-Kampagne mit einer Serie von nicht weniger als zwölf Pressekonferenzen verteilt über ganz Großbritannien wurde das Wirtschaftsprogramm der Allianz neu verpackt vorgestellt.

Die in dem Wirtschaftsprogramm von SDP und Liberalen geplante Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen innerhalb von zwei Jahren würde die Staatsverschuldung um netto drei bis vier Milliarden Pfund aufblähen. Arbeitsplatz-Garantien sollten vor allem den Langzeit-Arbeitslosen gegeben werden. Für sie würde die Allianz mindestens 250 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Weitere 200 000 Arbeitsplätze könnten den Vorstellungen von SDP und Liberalen zufolge durch die Inangriffnahme dringend notwendiger Verbesserungsprogramme in den Bereichen Häuser und Wohnungen sowie Umwelt zur Verfügung gestellt werden.

100 000 Arbeitsplätze würde eine Ausweitung der Dienstleistungen im staatlichen Gesundheitsdienst sowie in der Sozialhilfe schaffen. Und etliche zigtausend Arbeitsplätze würden hinzukommen durch ein Investitionsprogramm in Höhe von zwei Milliarden Pfund zur Modernisierung der verfallenden Abwasser-Kanalisierung, zur Förderung neuer Transport-Systeme und zur Ausweitung des Straßen- und Autobahnnetzes.

Weiter sieht das Programm der Allianz die Abschaffung des von der britischen Wirtschaft seit langem bekämpften Aufschlags auf den Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung, eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes von gegenwärtig 15 Prozent sowie die Kürzung einiger indirekter Steuern vor. Im übrigen haben sich SDP und Liberale auf eine „tragbare Preis- und Einkommens-Strategie" festgelegt.

Erneut wird in dem Wirtschaftsprogramm der Entschluß betont, so rasch wie möglich dem Europäischen Währungssystem EWS beizutreten, um damit erheblich zu den Anstrengungen nach größerer weltweiter Währungsstabilität beizutragen.

FRANKREICH / Stahlproduktion stark geschrump[...]

Leichter Ausfuhrüberschu[...]

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Eisen- und Stahlindustrie blieb 1982 tief in den roten Zahlen stecken. Auch die weiteren Perspektiven werden, jedenfalls bis Mitte 1983, von ihrem Verband als „besorgniserregend" bezeichnet. Jedoch bestünde jetzt alle Hoffnung, daß die beiden größten (verstaatlichten) Stahlkonzerne Usinor und Sacilor bis 1986 ihr (finanzielles) Gleichgewicht dank Restrukturierungs- und Modernisierungsinvestitionen in Höhe von 17,5 Milliarden Franc zurückerlangen. Dieses Programm sei inzwischen von der EG-Kommission „weitgehend" gebilligt worden.

Die Beschäftigungslage dieser Industrie hat sich im vergangenen Jahr erneut stark verschlechtert. Das Auftragsniveau schrumpfte global um 19 Prozent, was vor allem den geringeren Auslandsaufträgen (insbesondere aus den USA) zuzuschreiben ist, während sich die aus dem Inland „nur" um 17 Prozent verminderten. Alle Stahlabnehmer mit Ausnahme d[...] tomobilindustrie haben ihr[...] stellungen eingeschränkt.

Der echte französische St[...] brauch war nach Verbands[...] zungen um sieben Prozent [...] ger ausgefallen als 1981. De[...] bare Verbrauch verminderte[...] infolge der geringeren Verz[...] aus den Vorräten des Hande[...] der Verbraucher um vier P[...] Die zu Jahresbeginn stark [...] genen Stahlimporte schw[...] sich im vierten Quartal (rez[...] bedingt) ab. Im Gesamtjah[...] verblieb aber immer noch e[...] von fünf Prozent.

Demgegenüber schrumpft[...] Exporte um 20 Prozent. [...] Millionen Tonnen übertra[...] die Importe um nur noch 0,[...] nen Tonnen nach einem A[...] überschuß von 2,3 Millione[...] nen in 1981. Wertmäßig g[...] Aktivsaldo auf zwei (sechs) [...] den Franc zurück. Die Ro[...] produktion mußte um 13,4 [...] auf 18,40 Millionen Tonnen [...] schränkt werden.

Ich habe einen guten Kampf gekämpft, ich habe den Lauf vollendet.
Tim. 4,7

Gerhard Merzyn

* 21. 5. 1918 in Kassel † 29. 1. 1983 in Alicante

Ein Leben voller Liebe, Schaffensfreude und Hingabe an sein Lebenswerk hat sich erfüllt.

Ilse Merzyn geb. Oertel
Bendix und Ingrid Todsen geb. Merzyn
mit Bendix, Corinna und Franziska
Friedrich und Gertrud Merzyn
Heinrich Merzyn

Rissener Landstraße 193, 2000 Hamburg 56

Trauerfeier am 11. 2. 1983 um 12.00 Uhr in der Kirche Nienstedten, Elbchaussee; anschließend Beisetzung im engsten Familien- und Freundeskreis.

Anstelle zugedachter Blumen- und Kranzspenden erbitten wir im Sinne des Verstorbenen eine Spende auf das Sonderkonto 60/01366 „HAUS RISSEN" bei der Vereins- und Westbank (BLZ 200 300 00) als Beitrag zu einer von ihm geplanten „MERZYN-STIFTUNG HAUS RISSEN".

Die HEINZ-SCHWARZKOPF-STIFTUNG JUNGES EUROPA betrauert den Tod von Herrn

Gerhard Merzyn

Er war von der Gründung der Stiftung im Jahre 1971 bis zu seinem Tode ihr Vorsitzender. Herr Merzyn hat die Entwicklung der Stiftung mit großem Einsatz entscheidend mitgestaltet. Dafür schulden wir ihm Dank.

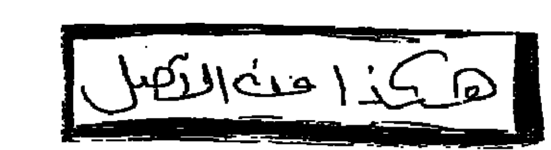
Vorstand und Kuratorium
HEINZ-SCHWARZKOPF-STIFTUNG
JUNGES EUROPA

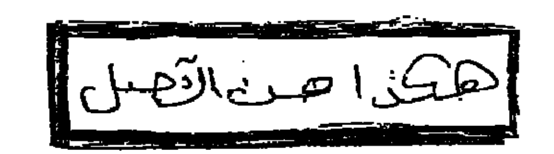
In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von Herrn

Gerhard Merzyn

Fast 30 Jahre hat Herr Merzyn unser von ihm gegründetes Institut, sein Lebenswerk, geleitet und mit seiner Persönlichkeit geprägt. Durch ihn hat sich HAUS RISSEN im In- und Ausland einen Namen erworben. Es ist uns eine Verpflichtung, die Arbeit in seinem Sinne fortzuführen.

Die Mitarbeiter,
Vorstand und Kuratorium von
HAUS RISSEN





RUHRSTAHL AG / Hoesch zieht sich zurück

Verlobung mit Krupp geplatzt

dpa/VWD, Dortmund

Die vor einem Jahr geplante Stahl-Fusion der Hoesch AG, Dortmund, und der Krupp-Stahl AG, Bochum, zur Ruhrstahl AG wurde am Freitag endgültig aufgegeben. Die Hoesch AG teilte nach einer Aufsichtsratssitzung mit, die Krupp Stahl AG habe sie am Donnerstag brieflich über fortgeschrittene Verhandlungen zur Zusammenlegung der Stahl-Interessen mit der Thyssen AG unterrichtet. Damit müsse man die Absichtserklärung vom 4. Februar 1982 über die Bildung der Ruhrstahl AG als „überholt" ansehen. „Hoesch nimmt dies zur Kenntnis", teilte das Unternehmen weiter mit.

Das Unternehmen erklärte, die eigene Haltung zum Moderatoren-Vorschlag, die Klöckner-Werke AG, Duisburg, und die Stahlwerke Peine-Salzgitter AG, Salzgitter, mit Hoesch zu fusionieren, könne man erst nach Klärung einiger grundsätzlicher Fragen festlegen. Dieser Vorschlag habe bisher nur die Zustimmung von Klöckner gefunden. Die Vorstände von Hoesch und Peine-Salzgitter hätten inzwischen erste Gespräche geführt. In Salzgitter wurde dazu am Freitag erklärt, eine Entscheidung über das Moderatoren-Papier werde man wahrscheinlich am 3. März im Aufsichtsrat treffen.

Über 2000 Arbeiter und Angestellte der drei Hoesch-Werke in Dortmund demonstrierten während der Sitzung des Aufsichtsrates. Die Mitarbeiter wollten an die von den Betriebsräten mitgetragenen Umstrukturierungsbeschlüsse erinnern, die den Stahlstandort Dortmund sichern würden. Der Vorstandsvorsitzende der Hoesch AG, Detlev Rohwedder, der gemeinsam mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden Andreas Kleffel (Vorstand Deutsche Bank AG) vor die Demonstranten getreten sei, habe dort erklärt, daß es noch intensiverer Untersuchungen eines möglichen Zusammengehens bedürfe. Dabei spielten die eigenen, von der Belegschaftsvertretung mitgetragenen Beschlüsse vom Mai 1981 eine entscheidende Rolle.

WESTERMANN / Schulbuchverlag in selbständige Unternehmen aufgegliedert

Monatshefte als kostspielige Standarte

E. NITSCHKE, Braunschweig

Daß im Jahre 1983 der „Diercke Weltatlas" im 100. Jahr erscheint und daß die Gesamtauflage dieses populären Werkes jetzt 12 Millionen Stück beträgt – das ist für den Georg Westermann Verlag, mit vollem Namen Druckerei und Kartographische Anstalt GmbH und Co. in Braunschweig, in der Selbstdarstellung fast ein Nebensatz. Die Standarte des Unternehmens, das heißt das bekannteste Produkt, ist nach 125 Jahren immer noch „Westermanns Monatshefte". Wie Verleger Jürgen Mackensen sagt, „einfach notwendig für uns", auch wenn die Auflage bei 100 000 pendelt und „zur Zeit die Kosten höher sind, als das, was damit eingenommen wird".

1976 machten Westermanns Monatshefte noch einen Umsatz von mehr als sieben Millionen Mark jährlich, für 1982 waren nur noch 4,5 Millionen geplant. Die verkaufte Auflage ging (Einzelpreis des Heftes jetzt 12 Mark) langsam, aber ständig zurück. Die Monatshefte brachten dem Verlag einen Verlust von einer Million Mark. Der Gesundungsplan bewirkte eine Neubesetzung der Redaktion, und im Heft Nr. 1 des Jahres 1983 erfuhren die Leser durch das Vorwort des Verlegers: „Westermanns Monatshefte eine politische Zeitschrift? Ja. Ein uneingeschränktes Ja ... Politik gehört zur Kultur. Politik ist Bestandteil des geistigen Lebens, auch wenn es nicht immer so aussieht."

Abseits dieses einen Kostenfaktors blüht das Geschäft. Mit Wirkung vom 1. Januar 1983 an ist das Haus, das zu den größten und bedeutendsten der deutschen Schulbuchverlage gehört, in rechtlich selbständige Unternehmen aufgegliedert worden. Die drei Hauptzweige sind der Verlag für Schule und Wissenschaft, der Zeitschriftenverlag (mit jetzt elf pädagogischen Fachzeitschriften sowie den Hefttiteln „Museum" und „Journal für Geschichte") und die Allgemeinen Buchverlage: Sachbuch, Arena Verlag, Würzburg, Heinz Vogel Verlag, Braunschweig, Steinheim Verlag, München, eine Neugründung, mit Produktion im Ratgeberbereich.

In dem 1838 von Georg Westermann gegründeten Unternehmen, das jetzt in fünfter Generation geführt wird, sind die erfolgreichsten Schul-Titel das „Sprachbuch Deutsch" oder „Praxis Sprache", im Fachbereich Geschichte die inzwischen in Millionen Auflage verwertete „Reise in die Vergangenheit", in den naturwissenschaftlichen Fächern „Denken und Rechnen" oder das „Unterrichtswerk Bio".

Welche Kämpfe hinter den Kulissen ein Schulbuchverlag heute ausfechten muß, wurde auf besonders eingängige Weise deutlich, als Westermann Kempowskis „Einfache Fibel" mit Illustrationen von Limmroth herausbrachte. Pädagogische Merker beanstandeten, daß hier „Rollenklischees" verbreitet würden. Grund: der Vater hat ein Auto, die Mutter fährt Rad, die Katze ist schön, die Maus ist böse, Opa und Oma haben einen Ofen.

PREUSSAG / Wieder 16 Prozent Dividende?

1982 „gut davongekommen"

D. SCHMIDT, Hannover

Die günstige Entwicklung im letzten Quartal hat bei der Preussag AG, Hannover, offenbar doch wieder zu befriedigenden Ergebnissen im Geschäftsjahr 1982 geführt. Dies läßt das vorläufige Fazit erkennen, das Vorstandschef Günther Saßmannshausen am Wochenende in Hannover zog: „Wir sind ganz gut davongekommen." Diese Beurteilung gelte mit Ausnahme der nach wie vor unzureichenden NE-Metall-Preise für alle Unternehmensbereiche.

Auf eine Dividendenprognose wollte sich Saßmannshausen zwar nicht einlassen. Der Hinweis aber, daß das Ergebnis nur unwesentlich von dem des Vorjahres abweicht, stärkt die Vermutung, daß der Ausschüttungssatz beibehalten wird. Für 1981 hatte die Preussag einen Jahresüberschuß von 103 (89) Mill. DM ausgewiesen und daraus eine Dividende von 16 (12) Prozent gezahlt. Die Aussichten im laufenden Jahr beurteilt der Preussag-Chef eher zurückhaltend. Auch sein Unternehmen werde sich an dem prognostizierten Null-Wachstum orientieren müssen. In einigen Märkten sei sogar mit sinkenden Entwicklungen zu rechnen. Die Preussag hatte nach den ersten neun Monaten 1982 noch ein Umsatzplus von 2,2 Prozent ausgewiesen.

Zu den Unternehmensbereichen, die deutliche Umsatzsteigerungen erzielten und auch ertragsmäßig besser als im Vorjahr abschnitten, gehört erstaunlicherweise die Bau-Sparte, der auch das Feuerschutzgeschäft angegliedert ist. Vor allem die lebhafte Auslandsnachfrage ließ den Auftragsbestand überdurchschnittlich wachsen; die Beschäftigung sei bis zum Sommer gesichert, erklärte Vorstandsmitglied Erwin Möller.

Sorgen bereitet der Preussag der Kraftwerksbau in Ibbenbüren. Die vom Bundesinnenminister vorgegebenen Werte zur Luftreinhaltung seien „technisch nicht machbar". Das Kraftwerk, das mit Kohle aus der benachbarten Preussag-Grube befeuert wird, soll im Frühjahr 1985 in Betrieb gehen.

MAC / Marktführer in der Messebetreuung

Erfolgreiche Pieroth-Tochter

Nea. Langenlonsheim

In schwierigen Zeiten entwickeln im Familienkreise oft gerade die Kinder besondere Fähigkeiten, denen man eigentlich nicht viel zugetraut hatte. So geht es der Pieroth-Gruppe (Burg Layen), dem größten deutschen Weinhandelsunternehmen, zur Zeit mit einer Tochtergesellschaft, die zehn Jahre lang fast im verborgenen gediehen ist.

1982 machte Pieroth mit 585 Mill. DM (gegenüber 581 im Vorjahr) zwar nominal noch ein kleines Umsatzplus. Aber es ist das geringste in der Unternehmensgeschichte und kam nur durch das noch gute Ergebnis im Auslandsgeschäft zustande. Immer noch relativ steil nach oben führt die Kurve dagegen bei der hauseigenen Messe- und Ausstellungs-Center Service GmbH (MAC): 1973 nur gegründet, um die zahlreichen Pieroth-Firmen auf den großen Verbraucherausstellungen zu beraten und zu betreuen.

In den zehn Jahren wurde der Umsatz mehr als verfünffacht, stieg 1982 um weitere 6,1 Prozent auf 12,1 Mill. DM und wird inzwischen zu zwei Drittel mit der Betreuung fremder Unternehmen erzielt. Die Konzernprognose für die Tochter lautet: In den nächsten fünf Jahren noch einmal Verdoppelung des Umsatzes.

Die fast stürmische Aufwärtsentwicklung der großen regionalen Verbraucherausstellungen – in ihrem Charakter deutlich abgesetzt von den Fachmessen – mit jährlich ca. sechs Millionen Besuchern spielt dabei eine wichtige Rolle.

In der Mitte zwischen Messestandbau, Public Relations und Werbung hat MAC sich auf diesem relativ neuen Markt der totalen Messebetreuung – vom Clown oder Roboter zur Unterhaltung der Standbesucher über die Organisation von Interviews bis zur Schulung des Standpersonals – inklusive Auf- und Abbau eine Stellung als Marktführer erworben. Zu den treuen Kunden zählen übrigens seit 1978 – über den Regierungswechsel hinweg – der Deutsche Bundestag und das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, die auf den Verbraucherausstellungen offenbar überaus erfolgreich (und kostengünstig) Selbstdarstellung betreiben, ohne damit gegen ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu verstoßen, das der Regierung bekanntlich vor Wahlen gewisse Schranken bei der Versendung von Propagandamaterial auferlegt.

Rheinprovinz mit Ergebnis zufrieden

Py. Düsseldorf

Geschäftsverlauf und Ergebnisse haben sich 1982 bei der Provinzial Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz, Düsseldorf, „zufriedenstellend" entwickelt. In einer ersten Übersicht wird wieder mit einem erhöhten Risikoüberschuß und damit mit einer erhöhten Zuführung zur Rückstellung zur Beitragsrückerstattung gerechnet.

Der Gesamtzugang am Neugeschäft wuchs 1982 um 3,5 Prozent auf 2,5 Mrd. DM und der Bestand um 10,4 (11,7) Prozent auf 13,5 Mrd. DM. Der Gesamtabgang erhöhte sich um 9,5 Prozent auf 1,24 Mrd. DM. Die Prämieneinnahmen stiegen um 5,4 (8,9) Prozent auf 443 Mill. DM.

Bei der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt stiegen die Beiträge im Brutto-Direktgeschäft um 6,7 (11) Prozent auf 888 Mill. DM. In der Allgemeinen Haftpflicht und Allgemeinen Unfallversicherung trugen die Beitragszuwächse zu einem ausgeglichenen bzw. zufriedenstellenden Ergebnis bei. Die Kraftfahrtversicherung erwartet positive Ergebnisse.

R. W. EGGERT / Überdurchschnittlich gewachsen

Erfolge mit treuen Kunden

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die R. W. Eggert Werbeagentur GmbH & Co., Düsseldorf, größtes unter den rein deutschen Unternehmen der Branche, hat auch in den für ihre Kunden aus dem Konsumgüterbereich harten Zeiten überdurchschnittliche Erfolge. Der kapitalisierte Umsatz (Gross billings) nahm 1982 um 26,5 Prozent auf 151 Mill. DM zu. Eggert findet sich unter den ersten 20 der „Top Fifties" der Werbebranche. Die Erlöse (Gross income) stiegen einschließlich der PR-Agentur ABC um 26,8 Prozent auf 22,7 Mill. DM. Den größten Zuwachs (74 Prozent) brachten dabei neue Aufgaben der vorhandenen Kundschaft.

Absage an modische Trends, Wachstumseuphorie, „Fusionitis, Filialitis und Internationalitis" (Eggert), die meist nur zu Kraft- und Qualitätsverlusten führten, scheinen der Agentur recht zu geben: 4 der 36 (1981: 33) Kunden gehörten zur Klientel „der ersten Stunde" (1961), sieben sind älter als 12 Jahre. Derzeit betreut die Agentur mit 161 (131) Mitarbeitern einschließlich ABC 62 (59) Etats.

Etwa 70 Prozent des Etatvolumens stammt aus der Konsumgüterindustrie, 20 Prozent aus dem Dienstleistungsbereich (Banken, Versicherungen, Marketing). Außergewöhnlich hoch ist mit 51 Prozent der Umsatz-Anteil in Hörfunk und TV, 44 Prozent entfallen auf Printmedien, fast 4 Prozent auf Plakatwerbung.

Die Agentur, verfolgt nach den Worten des Vorsitzenden der Geschäftsleitung, Rolf Eggert, eine durchaus „selektive Neukundenpolitik". Die Grundsätze: Keine Präsentation gegen mehr als zwei Agenturen, keine Präsentation ohne Erstattung zumindest der Fremdkosten, keine Präsentation unter Zeitdruck. Entgegen anderslautenden Äußerungen in der Wirtschaft sieht die Kundschaft dem Wahltag am 6. März gelassen entgegen. Eggert erwartet für 1983 eine stabile, wahrscheinlich sogar leichte Aufwärtstendenz im Umsatz.

RENTENMARKT / Unsicherheit

Leichter Zinsanstieg

Das Rentengeschäft verläuft sehr schleppend. Die Anleger sind verunsichert. Einmal durch die Ungewißheit über den Wahlausgang; die für die bürgerlich-liberale Koalition günstigen Prognosen der Demoskopen konnten die Anleger nicht aus der Reserve locken. Zum anderen verstimmt der kontinuierliche Zinsanstieg in den USA. So herrscht denn Zurückhaltung, die an der Börse meist gleichbedeutend ist mit Kursrückgängen (siehe Renditenanstieg in der untenstehenden Tabelle). Auch im Ausland besteht nur sporadisches Interesse an DM-Rentenwerten, und dann auch nur für Kurzläufer. Als nächste öffentliche Anleihe kommt eine Emission der Post an den Markt, deren Konditionen am 9. Februar festgelegt werden. (cd.)

Emissionen	4. 2. 83	28. 1. 83	30. 12. 82	30. 12. 81	30. 12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,25	7,19	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,07	7,03	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,50	7,50	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	7,82	7,77	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,44	7,46	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,09	7,09	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,95	7,97	8,94	8,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,43	7,45	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,58	8,57	8,45	10,32	8,32

Kohl will Airbus weiter fördern

W. WESSENDORF, Bremen

Die Bundesregierung stellt sich vor das Airbus- und Tornado-Nachfolgeprogramm. „Die neue Bundesregierung will die Förderung der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie fortsetzen. Es ist nicht beabsichtigt, das Airbus-Programm insgesamt zu reduzieren. Der Bund ist im Gegenteil bereit, auch den Ausbau des Airbus-Programms zu fördern."

Bundeskanzler Helmut Kohl verbindet in einem Schreiben an die Bremer CDU-Fraktion mit seiner Zusicherung allerdings die Auflage: „Erforderlich ist aber, daß zunächst die Airbus-Industrie ihre Vorstellung über neue Projekte und deren Erfolgsaussichten klar darlegt."

Kohl geht auch auf die Schwierigkeiten der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie im Bereich militärischer Neuentwicklungen ein. Er schreibt: „Hinsichtlich der Nachfolge zum „Tornado"-Programm wird sich die neue Bundesregierung darum bemühen, der Industrie die Option zur Beteiligung an einer neuen Kampfflugzeugentwicklung offenzuhalten."

Der Bundeskanzler unterstützt die Auffassung seiner Bremer Parteifreunde, daß bei allen unternehmerischen Entscheidungen des führenden deutschen Luft- und Raumfahrtunternehmens regionale Gesichtspunkte berücksichtigt werden müssen. Sie würden bei der Förderung vom Programm eine erhebliche Rolle spielen.

RUHNKE OPTIK / Ertragslage unter Druck

Zuwachs bei Kontaktlinsen

JAN BRECH, Hamburg

Die sehr gute Entwicklung des Jahres 1981 hat sich bei der Hamburger Firma Ruhnke Optik zwar 1982 nicht wiederholt, doch schnitt die Optiker-Kette wesentlich besser als der Durchschnitt der Branche ab. Dem allgemeinen Umsatzrückgang, den der Verband der deutschen Augenoptiker vor einigen Tagen mit 16 Prozent angegeben hatte, steht bei Ruhnke ein Plus von 2 Prozent entgegen.

Nach Angaben von C. Jörg Ruhnke, der die 1896 gegründete Fachkette in der dritten Generation leitet, erreichte das Brillenunternehmen 1982 einen Umsatz von mehr als 25 Mill. DM. Das Wachstum, so räumt Ruhnke allerdings ein, stamme auch bei ihm nahezu ausschließlich aus der Eröffnung einer neuen Filiale in Berlin. Flächenbereinigt habe der Absatz bei etwa 80 000 angefertigten und verkauften Brillen stagniert.

Mit jetzt 25 Filialen in Hamburg, Berlin, Kiel und Essen rangiert Ruhnke hinter den bundesweit operierenden Optiker-Filialisten Fielmann und Quelle an dritter oder vierter Position unter den deutschen Optikern. An eine weitere Expansion über neue Niederlassungen sei zur Zeit nicht gedacht, betont Ruhnke.

Stagnierende Umsätze bei gleichzeitig stark gestiegenen Kosten sowie der ungemein verschärfte Wettbewerb auf dem Brillenmarkt mit entsprechendem Druck auf die Preise hätten ohnehin schon 1982 die Ertragslage wesentlich beeinträchtigt, betont Ruhnke. Die Gewinnspanne sei um bis zu 30 Prozent gesunken.

Für den künftigen Geschäftsverlauf glaubt Ruhnke Wachstums-Reserven in der konsequenten Nutzung der rasant fortschreitenden Kontakt-Linsen-Technologie zu erkennen. Sowohl für ständiges als auch gelegentliches Tragen müßten die Linsen noch preiswerter, bequemer und sicherer gemacht werden.

Als wesentlichen Schritt in diese Richtung wertet Ruhnke die seit Anfang November 1982 in seinen Filialen angebotene Kontaktlinse zum Preis von 250 DM. Üblicherweise, so Ruhnke, kosteten Kontaktlinsen etwa 500 DM. Der Absatz von rund 1500 Paaren in den ersten drei Monaten sei ein Erfolg, der die Erwartungen weit übertroffen habe und der das Vorhandensein eines bislang völlig unerschlossenen Marktes zeige. Nachfrager seien vor allem Brillenträger, die zwar Kontaktlinsen gelegentlich tragen wollen, denen sie bislang aber zu teuer waren. Nachdem Ruhnke im vergangenen Jahr bei Kontaktlinsen den „Preisbrecher" gespielt hat, kündigt er in diesem Bereich „noch manch andere Überraschung" an.

VIDEOSPIELE / Die Begeisterung hat diesen Markt explodieren lassen

Erste Preiskämpfe zeichnen sich ab

WERNER NEITZEL, Nürnberg

Für die einen ist es mechanistischer Technoquatsch, bei dem es lediglich auf schnelles Reaktionsvermögen ankommt, für die anderen ist es sportliches Spiel, das die Phantasie anregt. Auf jeden Fall sind Videospiele ein Umsatzrenner.

Die Begeisterung für Video- oder Telespiele hat diesen Markt geradezu explodieren lassen: Ausgangspunkt war das Jahr 1980, in dem in der Bundesrepublik etwa 30 000 Videospiel-Grundgeräte (Konsolen) und dazu insgesamt 100 000 Spielkassetten verkauft wurden mit einem Wertvolumen von zusammen 14 Mill. DM. Ein Jahr später war die Zahl verkaufter Geräte und Kassetten bereits vier bis fünf Mal so groß. Das Marktvolumen des Jahres 1982 dürfte bei 250 000 Konsolen und weit über 1 Mill. Kassetten im Wert von rund 200 Mill. DM gelegen haben. Für die nächsten beiden Jahre gehen Branchenbeobachter von Steigerungsraten aus, die deutlich über 50 Prozent liegen werden.

Bei diesem Geschäft sind hierzulande ausländische Anbieter, hauptsächlich US-amerikanische, praktisch unter sich. Den mit Abstand größten Marktanteil in der Bundesrepublik hält nach Branchenschätzungen Atari (50 bis 55 Prozent), der zum Warner-Konzern gehört. Nummer 2 dürfte Philips mit etwa 15 Prozent sein, gefolgt von Mattel und Interton mit jeweils rund 10 Prozent und Hanimex mit 7 bis 8 Prozent.

Bei der überaus positiven Markteinschätzung lassen sich die Anbieterfirmen von der Entwicklung dieses Geschäfts in den USA leiten. Während in der Bundesrepublik die Marktsättigung auf dem Sektor Videospiele erst bei 2 Prozent liegt, beträgt der Sättigungsgrad in den US-Haushalten bereits 16 bis 18 Prozent; eine Steigerung auf 35 bis 40 Prozent in den nächsten Jahren wird für möglich gehalten. Der Gesamtmarkt für Geräte und Kassetten hat in den Staaten inzwischen ein Volumen von 7 Milliarden Dollar erreicht.

Doch warnen auch Vorgänge in den USA vor allzu hochfliegenden Erwartungen. Dort findet zur Zeit ein Konkurrenzkampf statt, der in puncto Hektik seinesgleichen sucht. Patentstreitigkeiten und Schadenersatzklagen ließen die Aktienkurse großer Hersteller in den Keller absinken. Auch führte die inzwischen große Schar von Kassettenanbietern zu einer regelrechten Überschwemmung des Marktes.

Erste Preiskämpfe zeichnen sich auch schon auf dem deutschen Markt ab. Überdies ist ein Verwirrspiel unterschiedlicher Systeme im Gange. Dieses wird eher noch größer, denn eine neue Spielcomputer-Generation mit höherer Speicherkapazität, die eine wesentlich verbesserte Bildauflösung und eine bessere Spielqualität ermöglicht, rollt an. Der zweitgrößte amerikanische Hersteller Coleco geht hier voran. Philips, Mattel und Atari werden folgen. Milton Bradley (MB) präsentiert auf der Nürnberger Spielwarenmesse sein Vectrex-System, bei dem ein Bildschirm bereits integriert ist und das den Spielhallen-Effekt imitiert.

Die Nähe des Video-Spiels zur Unterhaltungselektronik war und ist es wohl, die das Geschäft bisher in der Bundesrepublik zu fast 80 Prozent über den Rundfunk- und Fernsehfachhandel laufen ließ. Jedenfalls will der Spielwarenfachhandel sich auf diesem Sektor künftig stärker beteiligen.

ERGEBNISSE

München – Karlsruhe	6:1 (5:0)
Stuttgart – Nürnberg	3:0 (2:0)
Berlin – Schalke	2:3 (0:1)
Köln – Dortmund	2:2 (1:0)
K'lautern – Braunschw.	3:2 (2:1)
Frankfurt – Bielefeld	ausgefallen
Hamburg – Düsseldorf	ausgefallen
M'gladbach – Bremen	ausgefallen
Bochum – Leverkusen	ausgefallen

DIE SPIELE

München – Karlsruhe 6:1 (5:0)
München: Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Grobe, Pflügler – Kraus, Dürnberger, Nachtweih, Del'Haye – Hoeneß, Rummenigge. – **Karlsruhe:** Wimmer – Lazic – Gross, Kleppinger, Boysen – Zahn, Walz (40. Dittus), Wiesner (80. Hagmayr), Trenkel – Günter, Hofeditz. – **Tore:** 1:0 Rummenigge (10.), 2:0 Rummenigge (12.), 3:0 Dürnberger (13.), 4:0 Hoeneß (27. Foulelfmeter), 5:0 Rummenigge (43.), 6:0 Gross (48., Eigentor), 6:1 Trenkel (73.). – **Schiedsrichter:** Risse (Hattingen). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Del'Haye (3), Trenkel (2).

Berlin – Schalke 2:3 (0:1)
Berlin: Quasten – Gruler – Schneider, Rasmussen, Stöhr – Blau (70. Beck), Bonhof, Ehrmanntraut (70. Schmitz), Mohr – Killmaier, Remark. – **Schalke:** Junghans – Dietz – Kruse, Schipper, Lorant – Drexler, Bittcher, Opitz, Janzon – Wuttke, Abel. – **Tore:** 0:1 Wuttke (8.), 1:1 Stöhr (47.), 1:2 Abel (49.), 1:3 Abel (69.), 2:3 Beck (90.). – **Schiedsrichter:** Redelfs (Hannover). – **Zuschauer:** 14 298. – **Gelbe Karte:** Schipper.

K'lautern – Braunschweig 3:2 (2:1)
K'lautern: Reichel – Melzer – Wolf (88. Neues), Dusek, Brehme – Geye, Bongartz, Briegel – Eilenfeldt, Nilsson, Brummer (56. Plath). – **Tore:** 1:0 Studzizba (17.), 1:1 Briegel (33.), 2:1 Nilsson (37.), 2:2 Keute (48.), 3:2 Brehme (69.). – **Schiedsrichter:** Eschweiler (Euskirchen). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Dusek (2), Eigendorf (3).

Köln – Dortmund 2:2 (1:0)
Köln: Schumacher – Cullmann (46. Hartmann) – Prestin, Steiner, Zimmermann – Sljivo (85. Neumann), Engels, Willmer – Littbarski, Fischer, Allofs. – **Dortmund:** Immel – Loose – Huber, Rüßmann, Bönighausen (83. Eggeling) – Tenhagen (83. Abramczik), Zorc, Burgsmüller, Koch – Klotz, Keser. – **Tore:** 0:1 Allofs (2.), 1:1 Klotz (71.), 2:1 Allofs (81.), 2:2 Klotz (90.). – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Zuschauer:** 16 000. – **Gelbe Karten:** Sljivo (3), Tenhagen.

Stuttgart – Nürnberg 3:0 (2:0)
Stuttgart: Roleder – Makan – Schäfer, K. H. Förster – Ohlicher, Kempe (80. Habiger), Niedermayer (70. Hadewicz), Allgöwer, Sigurvinsson – Reichert, Kelsch. – **Nürnberg:** Kargus – Weyerich – Täuber, Reinhardt – Eder, Brunner, Botteron, Schneider, Brendel – Heck (24. Trunk), Dressel. – **Tore:** 1:0 Sigurvinsson (25.), 2:0 Allgöwer (37.), 3:0 Allgöwer (55.). – **Schiedsrichter:** Retzmann (Hamburg). – **Zuschauer:** 14 000. – **Gelbe Karten:** Niedermayer (2), Täuber (3).

VORSCHAU

DFB-Pokal, Viertelfinale
Mittwoch, 9. Februar, 20.00 Uhr: Köln – Schalke. – Samstag, 12. Februar, 15.30 Uhr: M'gladbach – Fort. Köln, Stuttgart – Berlin, Dortmund – Bochum.

21. Spieltag, 19. Februar

Schalke – Köln	(1:2)
Bremen – Stuttgart	(1:4)
Düsseldorf – M'gladbach	(0:5)
Karlsruhe – Hamburg	(0:4)
Leverkusen – München	(0:5)
Bielefeld – Bochum	(1:1)
Braunschweig – Frankfurt	(1:0)
Dortmund – K'lautern	(2:0)
Nürnberg – Berlin	(1:5)

(In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde)

● Zum ersten Mal in dieser Saison mußten vier Spiele wegen des Wetters ausfallen. Ein neues Argument für eine Winterpause? Wohl kaum. Die ausgefallenen Spiele sollen schon am Samstag, dem Tag des Pokal-Viertelfinales, nachgeholt werden. Spielleiter Hermann Schmaul: „Mit diesem verrückten Wetter müssen wir leben. Wenn es mir gelingt, die betroffenen Vereine davon zu überzeugen, am Samstag zu spielen, dann würde ich mit meiner Planung in der Reihe bleiben."

FUSSBALL / Vier Bundesliga-Spiele ausgefallen – Der 1. FC Köln vergab den Sieg über Dortmund in letzter Minute



Der Streich ist ihm gelungen: Bernd Klotz hebt zum Zeichen des Sieges den Zeigefinger hoch, nachdem er das 2:2 erzielte. Mit ihm freut sich Erdal Keser. FOTO: HORSTMÜLLER



Die Verärgerung ist ihm im Gesicht abzulesen: Kölns Torwart Harald Schumacher (links). Auch Klaus Fischer (rechts) kann es nicht fassen, daß in der Schlußminute noch das 2:2 fiel. FOTOS: FMS (2)

Schumacher schrie Herbert Neumann a… Die Förster-Brüder wollen Hrubesch nach Stuttgart locken und Six verkaufe…

Von ULRICH DOST

Es war alles so wie früher. Diese Bilder haben sich im Gedächtnis festgesetzt, und es ist schwer, dagegen anzugehen. Also, so wurde schon immer über **Herbert Neumann** (28) gesprochen: Der Junge hat ein außergewöhnliches Talent, er wäre längst ein ganz Großer, wenn auch seine Einstellung stimmen würde, wenn er kämpfen könnte und nicht so wehleidig wäre. Am Samstag, beim 2:2 gegen Borussia Dortmund, hat der Kölner dafür gesorgt, daß diese Einschätzung sich wohl noch weiter in den Köpfen festsetzen wird.

Dazu bedurfte es nur eines Augenblicks der Unachtsamkeit. Neumann – es lief bereits die Schlußminute und Köln führte 2:1 – verlor an der Mittellinie den Ball an **Michael Zorc** (21), wodurch die Dortmunder postwendend zum Ausgleich kamen. Gerade sieben Minuten vorher war Herbert Neumann erst eingewechselt worden.

Trainer **Rinus Michels** (55) zu seiner Entscheidung, den Jugoslawen **Edhem Sljivo** (32) aus dem Spiel zu nehmen: „Er war läuferisch am Ende. Das Risiko, daß er mit einem Fehlpaß oder Ballverlust Dortmunder Konter einleitet, wollte ich mit der Auswechslung vermeiden." Statt Sljivo war es dann Herbert Neumann gewesen, und Rinus Michels war nicht mehr zu halten. Wobei der Vorwurf auch in seine Richtung zielt, denn es ist immer ein Risiko, einen neuen Spieler bei niedrigen Temperaturen einzuwechseln.

Herbert Neumann selbst hatte jedenfalls kein gutes Gefühl: „Es war doch ziemlich kalt, und beim Warmlaufen habe ich nur gedacht: Hoffentlich passiert nichts. Aber das Spiel stand ja auf der Kippe. Die Dortmunder wurden immer stärker und unsere Abwehr immer konfuser."

Seine Bedenken sind dann auch Wirklichkeit geworden, als er den Ball leichtfertig an Zorc verlor. Nach dessen Flanke konnte **Paul Steiner** (26) zwar den Ball noch abwehren, doch er landete genau vor den Füßen von **Bernd Klotz** (24). Der Dortmunder wollte seinen Treffer nicht dem Fehler von Neumann zuschreiben: „Das kann schon mal passieren. Letztlich hat mir auch Steiner mit seiner unzulänglichen Abwehr den Torschuß ermöglicht."

Abends beim Glas Kölsch gab sich auch Trainer Michels versöhnlicher: „Es bestand noch die Möglichkeit, den Ball aus der Gefahrenzone zu bringen." Direkt nach dem Spiel, als ihn ein Journalist fragte, was er getan hätte, wenn Neumann neben ihm gestanden hätte, hatte Michels noch schroff reagiert: „Da will ich mich lieber nicht festlegen, ich bin noch zu geladen."

*

Kreidebleich im Gesicht, trat Herbert Neumann den Gang in die Kabine an – er wußte genau, was er gleich zu hören bekäme. Seine Kollegen sind dann auch über ihn hergefallen und haben ihn beschimpft. Vor allen Dingen Torwart **Harald Schumacher** (28), von dem jeder weiß, daß er schlecht verlieren kann. 1000 Mark Prämie hatte Neumann durch sein Verschulden für die Kollegen verspielt. Und, viel schlimmer noch, aus dem Rennen um die Meisterschaft sind die Kölner ausgeschieden.

Das sei normal, sagte Herbert Neumann gestern, daß man den Zorn der Kollegen über sich ergehen lassen müsse. Er sei Profi und auch auf die Schimpfkanonade gefaßt gewesen. Neumann: „Das hat mich nicht gestört." Nur, so der Kölner, wollte er in dieser Woche die Mitspieler darauf aufmerksam machen, daß beim nächsten Spiel vielleicht sie in diese Situation geraten könnten und dann vielleicht



froh wären, wenn der Zorn schnell verrauchen würde.

Dennoch, den leichtfertigen Fehler könne er sich nicht verzeihen. Jetzt fürchtet Herbert Neumann sogar Konsequenzen. Er sagt: „Ich fürchte, daß ich beim nächsten Spiel nicht mal im Kader bin." Das wäre finanziell hart für ihn, denn er wird bei einem Bruttogehalt von 2000 Mark nach Einsätzen bezahlt. Das Geld sei nicht das wichtigste, wenn nur keine Folgen eintreten würden, die „ich heute noch nicht überblicken kann". Dabei, so sagte er gestern, hätte er in den letzten Wochen seine Profi-Einstellung überprüft und für verbesserbar befunden. Neumann: „Ich habe hart trainiert und sehr diszipliniert gelebt. Und nun geht der Schuß nach hinten los." Was eine Sekunde Unachtsamkeit alles bewirken kann – dabei wäre es so einfach gewesen, den Ball kurz ins Aus zu schieben ...

*

Mit ihrem Trainer waren die Kölner schon am Freitag über eine Vertragsverlängerung einig geworden. Angebote von drei holländischen Klubs (darunter Feyenoord Rotterdam und PSV Eindhoven) sowie des Amerikanischen Fußball-Verbandes aus Washington lagen dem Holländer vor. Warum er dennoch in Köln bleibt, erklärte seine Frau **Wilhelmine** (54) am Samstag im Geißbockheim: „Mein Mann ist so stur. Er geht hier nicht weg, weil er noch nicht den Erfolg hatte, den er sich wün… Das wird er wohl durchziehen.

*

Es ist schon ein Kreuz beim … Stuttgart mit den Elfmeter… 19 Spielen bekommen sie ke… zugesprochen, dann im 20. … gleich zwei und dann könne… keinen von beiden zum Tore ausnutzen. Beim ersten Ver… von **Hermann Ohlicher** (35) … Nürnbergs Torwart **Rudi Ka…** (30) auf dem Posten. Beim zw… Versuch von **Asgeir Sigurvin…** (27) landete der Ball am Pf… und dann in den Armen von … Kargus.

Die Stuttgarter hatten am … doch recht deutlich mit 3:0 ge… nen, doch so ohne weiteres w… Trainer **Helmut Benthaus** (47… Angelegenheit mit den Strafst… nun doch nicht zu den Akten l… Er sagte: „Dazu ist die Sach… ernst. Darüber werden wir … chen und dann versuchen, … neuen Elfmeterschützen zu … den."

Ginge es nach den Stuttgar… hätten sie zumindest in der … sten Saison keine Sorgen d… Denn der VfB Stuttgart plant … Hamburger **Horst Hrubesch** (3… verpflichten. Bei Hrubeschs … essenvertreter haben sie durc… schäftsführer **Ulrich Schäfer** schon vor einer Woche anfr… lassen, ob der Mittelstürmer z… ben sei. Initiiert haben das G… wie so vieles beim VfB Stutt… die Brüder **Bernd** (26) und … **Heinz Förster** (24). Durch den … kauf des Franzosen **Didier Si…** so die Försters, sei genug Gel… um den Torjäger Horst Hrub… zu holen. Und was die För… sagen, scheint beim VfB Gese… sein.

Horst Hrubesch ist nicht … neigt, vom Norden Deutschl… in den Süden zu ziehen. Um … Vertragsverhandlungen beim … schen Meister steht es oh… schlecht. Nachdem die W… schon am letzten Montag über… min und Vertragsmodalitäte… richtete, hat sich der Mittelstü… entschlossen: „Vor März verh… ich nicht mehr." Die kurze … tion von Hamburgs Manager … **ter Netzer** (39): „Das nehme ic… Kenntnis." Horst Hrubesch … scheint immer mehr in Zugz… zu kommen, denn die Resona… anderen Klubs ist nicht so, w… sich das vorgestellt hat. Erst … seitdem bekannt ist, daß der … telstürmer mindestens eine M… Mark Ablöse kosten wird.

Nicht locker lassen dagege… Vertreter von Standard Lü… Nach dem Spiel der Hamb… am 19. 2. gegen den Karlsruh… will Lüttichs Präsident Roge… tit (46) dem langen Mittelstü… einen Wechsel nach Be… schmackhaft machen. Allzu … Zeit dürfen sich die Stuttgart… so nicht lassen, wenn sie … Wunsch der Försters nachkom… wollen ...

Tabelle des 20. Spieltages

							Heim:		Auswärts:	
1. München	20	12	5	3	48:17	29:11	28:6	17:5	20:11	12:6
2. Hamburg	19	10	8	1	47:20	28:10	27:9	16:4	20:11	12:6
3. Stuttgart	20	12	4	4	47:24	28:12	28:11	16:4	19:13	12:8
4. Bremen	19	11	4	4	35:22	26:12	24:6	17:1	11:16	9:11
5. Dortmund	20	11	4	5	45:29	26:14	26:10	14:4	19:19	12:10
6. Köln	20	10	5	5	39:25	25:15	23:10	16:4	16:15	9:11
7. K'lautern	20	8	9	3	31:25	25:15	24:12	17:3	7:13	8:12
8. Bielefeld	19	7	4	8	30:41	18:20	23:17	13:7	7:24	5:13
9. Braunschw.	20	6	6	8	23:32	18:22	15:8	13:5	8:24	5:17
10. Nürnberg	20	7	4	9	23:37	18:22	15:13	13:5	8:24	5:17
11. Bochum	19	5	6	8	21:26	16:22	15:10	11:9	6:16	5:13
12. Frankfurt	19	6	3	10	27:27	15:23	22:6	14:6	5:21	1:17
13. Gladbach	19	6	2	11	31:36	14:24	19:15	10:10	12:21	4:14
14. Düsseldorf	19	4	6	9	33:50	14:24	19:25	9:9	14:25	5:15
15. Leverkusen	19	4	5	10	17:36	13:25	8:11	9:11	9:25	4:14
16. Hertha	20	3	7	10	22:34	13:27	15:16	10:12	7:18	3:15
17. Schalke	20	4	5	11	27:41	13:27	14:15	8:10	13:26	5:17
18. Karlsruhe	20	4	5	11	25:49	13:27	13:13	11:9	12:36	2:18

Rummenigge zieht davon

Karl-Heinz Rummenigge setzt sich von seinen Verfolgern in der Torschützenliste ab. Nach seinen drei Treffern beim 6:1 über den Karlsruher SC führt er jetzt mit 14 Toren, und hat damit zwei mehr erzielt als Burgsmüller (Dortmund), Völler (Bremen) und Allgöwer (Stuttgart). Auf bisher elf Treffer kam Dieter Hoeneß (München).

Zuschauerzahlen
68 633 Zuschauer sahen die fünf Spiele am 20. Spieltag, das bedeutet einen Durchschnitt von nur 13 726 Besuchern pro Spiel. Zweifellos auch eine Folge des schlechten Wetters. Der Vorschlag von Bayern Münchens Manager Uli Hoeneß: „Wenn wir die Bundesliga auf 16 Klubs reduzieren, könnte die zweite Serie erst am 15. Februar beginnen."

Sperren
Aussetzen aufgrund von gelben Karten muß am 21. Spieltag nach derzeitigem Stand noch keiner. Sollten die vier Nachholspiele aber vor dem 19. Februar ausgetragen werden, so sind Spielsperren noch möglich. In den fünf Begegnungen zogen die Schiedsrichter zehnmal „Gelb", wobei es für fünf Spieler jeweils die dritte Verwarnung war. Somit droht insgesamt 37 Spielern bei einer weiteren gelben Karte eine Spielpause.

Reaktionsvermögen
Torwart Rudi Kargus verhinderte beim 0:3 der Nürnberger im Stuttgarter Neckarstadion eine höhere Niederlage durch sein Reaktionsvermögen. Die von Ohlicher und Sigurvinsson geschossenen Foulelfmeter parierte Kargus und erhöhte damit die Zahl seiner gehaltenen Elfmeter auf 13. Größeren Erfolg bei Elfmetern hatte nur Norbert Nigbur, der 15mal erfolgreich war.

Serie
Nach dem 3:2-Erfolg über Eintracht Braunschweig ist der 1. FC Kaiserslautern in 14 Spielen hintereinander unbesiegt. Damit steht Kaiserslautern vor der Einstellung des eigenen Rekordes, den es in der Saison 1978/79 aufgestellt hatte. Damals blieben die Lauterer vom Saison-Beginn an in 15 Spielen ohne Niederlage.

Premiere
Die beiden Berliner Edmund Stöhr und Bernd Beck erzielten bei der 2:3-Heimniederlage gegen Schalke 04 ihre ersten Bundesliga-Tore. Daß es wiederum zwei Abwehrspieler waren, ist für die Hertha-Mannschaft mittlerweile typisch. In den letzten zehn Begegnungen gab es durch Thomas Remark lediglich zwei Stürmer-Tore.

Jubiläum
Ein Jubiläums-Spiel war das 2:2-Unentschieden des 1. FC Köln gegen Borussia Dortmund für Nationaltorwart Harald Schumacher. Im Müngersdorfer Stadion bestritt Schumacher sein 300. Bundesligaspiel. Pech hatte der Kölner dennoch. Noch in der letzten Minute mußte er den Ausgleich der Dortmunder hinnehmen.

Zwei abstiegsgefährdete Klubs und ihre Trainer: Karlsruhe, Hertha BSC Berl…

Georg Gawliczek zitierte trotzig Kaiser Napoleon

DIETER DOSE, Berlin

Der Sündenbock hieß Gawliczek. Doch nicht der Trainer Georg, sondern Ehefrau Elisabeth. Die war zum dritten Mal in dieser Saison zu einem Heimspiel von Hertha BSC aus Karlsruhe angereist – zum dritten Mal wurde verloren. „Nun darf sie aber nicht mehr kommen", sagte Ehemann Georg nach dem 2:3 verlorenen Spiel des Berliner Aufsteigers Hertha BSC gegen Schalke 04.

Vielleicht erübrigt sich das auch bald. Schon gestern früh erschien die „Berliner Morgenpost" mit der Schlagzeile: „Wann muß Trainer Gawliczek gehen?" Eine Frage, die fast nach jeder Hertha-Niederlage gestellt wird. Und bisher, auch nach dem Schalke-Debakel, stereotyp von Hertha-Präsident Wolfgang Holst beantwortet wurde: „Der Trainer bleibt bis zum 30. Juni." Denn das steht inzwischen fest: Mit Ablauf dieser Saison soll die 44jährige Fußball-Karriere des 64 Jahre alten Bundesliga-Seniors enden.

So wird die Nachfolger-Diskussion schon seit Wochen geführt. Stets mit der Betonung, daß es sich um eine Planung für die nächste Saison handelt. „Ein möglicher Kandidat von mehreren", sagte Holst, als er nach dem 0:0 gegen Kaiserslautern bei seinem Gespräch mit Fortuna Düsseldorfs Ex-Trainer Jörg Berger in einem Kurfürstendamm-Lokal durch Zufall einem Journalisten über den Weg lief. Zuvor beim Spiel war Berger von niemandem entdeckt worden – er hatte sich unters Volk gemischt ...

Außer Berger im Gespräch war auch Friedel Rausch. Genannt wird auch noch Friedhelm Wenzlaff, der gegenwärtig als Amateurtrainer des FV Bad Honnef auf neue Bundesliga-Aufgabe wartet, nachdem er in der vergangenen Saison beim MSV Duisburg (dessen Abstieg sich dann trotz Trainerwechsel nicht verhindern ließ) vorzeitig gehen mußte.

„Gawliczek bleibt, auch wenn wir die nächsten beiden Spiele verlieren", zeigt Holst Nibelungentreue zum Trainer *und persönlichen Freund. „Es sei denn, Herr* Gawliczek bittet um vorzeitige Auflösung seines Vertrages", läßt er sich jedoch eine Hintertür offen ...

Ob Hertha mit einem Trainerwechsel geholfen wäre, ist eine andere Frage. Denn wer auch immer, Tore schießen kann kein Trainer vom Spielfeldrand aus. Herthas Misere: Der Angriff wurde nach dem Aufstieg nicht verstärkt. Mit einem finanziellen Kraftakt, durch Sponsoren ermöglicht, wurde für die Rückrunde Rainer Bonhof für 420 000 Mark verpflichtet. Viel dringernder jedoch wird ein Angriffsspieler benötigt. Da ist Schalke als Mitkonkurrent besser bestückt. Wuttke (1) und Abel (2) genügten vier Torchancen, um drei Tore zu schießen. „Etwas schwerer hätte ich mir das Siegen in Berlin schon vorgestellt", sagte Schalkes Trainer Jürgen Sundermann, der nur einen Punkt einkalkuliert hatte. „Der Verlierer kann schon die 2. Liga buchen", hatte Max Merkel in „Bild" beiden Mannschaften vor *dem Spiel mit auf den Weg gegeben ...*

Gawliczek will davon nichts wissen. „Es ist eine schmerzliche Niederlage, aber wir geben noch lange nicht auf." In dieselbe Kerbe schlägt sein „verlängerter Arm auf dem Spielfeld", Rainer Bonhof. „Wir haben eine Schlacht, aber nicht den Krieg verloren", zitierte er Napoleon vor der ARD-Fernsehkamera.

An Bonhof lag es nicht, daß Hertha gegen Schalke verlor. Aber die Abwehr zu stabilisieren und auch noch den lahmen Sturm auf Trab zu bringen überfordert ihn. Der teuerste Herthaner (20 000 Mark Monatsgehalt plus Prämien) war noch einer der besten.

Von den letzten zehn Spielen hat Hertha nur eines gewonnen. Schlimmer schlägt zu Buche, daß bisher kein Heimspiel gegen eine der ebenfalls abstiegsgefährdeten Mannschaften gewonnen wurde. „Wir haben Schalke doch jederzeit im Griff gehabt", stellte Gawliczek fest. Und dann wunderte er sich über den Heiterkeitserfolg, den er *mit diesem Statement erntete ...*

Kein Geld für Rausch, ei… Studienrat muß ran ...

MARTIN HÄGELE, München

So schnell wird man Chef. Daß er mal in der Bundesliga das Sagen haben würde, hätte sich Lothar Strehlau (38), Sportlehrer an einem Karlsruher Gymnasium, wohl nie träumen lassen. Aber nachdem Roland Schmider, der Präsident des Karlsruher SC, Trainer Horst Franz (52) bis zum Sommer in Urlaub geschickt hatte, rückte Assistent Strehlau zum Boß auf.

Zumindest für einen Samstag. Als Lothar Strehlau im Münchner Olympiastadion auf der Trainerbank Platz nahm, befand sich Karlsruhe noch auf Rang 16 der Bundesligatabelle. Als er nach der 1:6-Niederlage erstmals in einer Pressekonferenz seine Meinung offiziell verkaufen konnte, sprach er als Trainer des Schlußlichts.

Er hat dann geredet wie einer, der nichts zu verlieren hat: „Was wir den zahlenden Zuschauern heute geboten haben, das war keine bundesligareife Leistung", sagte Strehlau. Und: „Das war keine Mannschaft, das waren elf Spieler, die kreuz und quer über den Platz liefen, als hätten wir sie vor dem Anpfiff schnell noch irgendwo eingesammelt."

Auf der Haupttribüne schauten die arbeitslosen Fußball-Lehrer Friedel Rausch und Eckard Krautzun mißmutig drein. Beide Herren werden mit dem Verein in Verbindung gebracht. „Die Verhandlungen mit den Nachfolgern von Horst Franz sind so gut wie abgeschlossen", berichtete Präsident Schmider. Ob aber Rausch – mit dem Schmider in einem Frankfurter Restaurant schon mal schön diniert hat – auch in Zukunft Essen und Trinken vom KSC bezahlt bekommt, steht auf einem anderen Blatt.

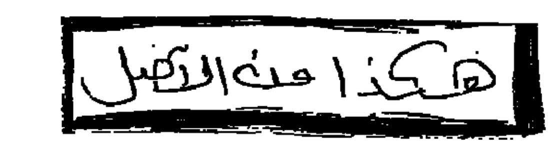
Er trage sich ernsthaft mit dem Gedanken, Strehlau zu bitten, die Mannschaft bis zum Saisonende zu betreuen, teilte Schmider mit. Ein Lästerer bemerkte darauf, offenbar habe dieser Präsident kapiert, daß seiner Mannschaft auch mit einem neuen Trainer nicht *zu helfen sei. Diesen Vertrauensvorschuß* den beförderten Assistenten der Präsident aus gutem G… abgegeben: Der Geldbeutel ist …

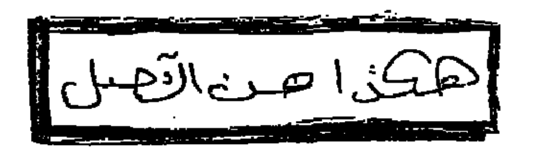
Beim KSC müssen zur Zeit … Männer dafür bezahlt werden, … sie nichts mehr für den Klub … dürfen: Trainer Manfred Krafft … zwischen Darmstadt 98), Tra… Horst Franz (Monatsgehalt 17… Mark), Geschäftsführer Man… Amerell (geschätztes Monats… 12 000 Mark). Dazu kämen be… ner Verpflichtung Rauschs wei… 15 000 Mark. So stellt sich Ra… seinen Vertrag bis Juni 1984 n… lich vor. Rausch: „Ich verk… mich doch nicht unter Wert." … diese Summe könnte sich … Schlußlicht aus Baden sogar … hochkarätige Führungsdoppel… Meisters HSV leisten. Ernst … pel und Günter Netzer kämen … ne Mark teurer.

Wegen der Schulden plädi… die meisten Mitglieder des Ver… tungsrats inzwischen für die Bi… Lösung Strehlau. Bei dem mi… man auf die 2000 Mark Tasc… geld bisher lediglich noch … oder 4000 Mark drauftun, … Mann ansonsten bis Saisone… aus dem Schuldienst befreien.

Nichts gegen den neuen Bun… ligatrainer Lothar Strehlau. A… ob man ihm damit einen Gefa… getan hat? Assistenztrainer ha… fast immer Autoritätsproble… Erst recht, wenn sie – wie der z… te Mann beim KSC – schon … Jahre Dienst tun. Strehlau war … tiver Leichtathlet. Er gilt als K… ditionsexperte. Doch wenn es … Training um den Ball ging, du… Co-Trainer Strehlau in der Verg… genheit fast nie mitspielen. W… auf einer Seite einer fehlte, ho… sich die Profis lieber ihren Mass… Günther Kroth, einen ehemali… Profi.

Am Dienstag soll die Entsc… dung in der Trainerfrage fal… sagt Schmider. Er fungiert jetzt … Krisenmanager beim KSC, na… dem er seine leitenden Angest… ten fortgeschickt hat. Seinen … im Karlsruher Stadtrat hat er … halb abgegeben.





2. Liga

Wattenscheids Steigerung

DW. Bonn

Die SG Wattenscheid startete mit 16 Punkten in die Saison 1982/83 d lag lange auf dem letzten Platz. och seit Beginn der Rückrunde euern die Wattenscheider auf Ge-nkurs: Sie sammelten unge-hlagen 8:2 Punkte und sind wohl ieder in der Lage, den Klassener-lt zu schaffen. Präsident Klaus eilmann, der vor Wochen noch inen baldigen Rücktritt ankün-gte, ist mittlerweile wieder enga-ert wie zu seinen besten Zeiten. achdem beinahe sensationellen 1-Sieg über Hessen Kassel ver-ppelte Steilmann spontan die egerprämie auf 600 Mark und ierte fröhlich den Erfolg mit den egern im Hotel „George". Übri-ens: Gegen Kassel gab es in Wat-nscheid mit 5000 Besuchern ei-en Rekordbesuch.

DIE ERGEBNISSE

attenscheid–Kassel	4:1 (1:0)
ffenbach–Freiburg	3:0 (1:0)
euhaus–Frankfurt	2:0 (1:0)
irth–Köln	2:0 (1:0)
ssen–Stuttgart	1:0 (1:0)
annheim–Lüttringhausen	8:0 (2:0)
snabrück–Uerdingen	ausgefallen
armstadt–Hannover	ausgefallen
uisburg–Aachen	ausgefallen
olingen–Augsburg	ausgefallen

DIE TABELLE

. Mannheim	24	14	7	3	52:19	35:13
. Offenbach	24	15	4	5	51:26	34:14
. Kassel	24	13	4	7	48:32	30:18
. Uerdingen	22	11	6	5	38:27	28:16
. Köln	24	10	8	6	50:34	28:20
. Freiburg	23	10	7	6	35:31	27:19
7. Duisburg	23	10	5	8	33:27	25:21
. Darmstadt	23	10	5	8	37:35	25:21
. Stuttgart	24	10	5	9	45:34	25:23
. Aachen	22	9	6	7	32:29	24:20
. Fürth	23	8	7	8	40:45	23:23
. Osnabrück	23	10	2	11	42:40	22:24
. Essen	23	8	4	11	32:36	20:26
. Solingen	23	6	8	9	34:44	20:26
. Hannover	22	6	7	9	41:42	19:25
. Lüttringh.	24	7	5	12	36:57	19:29
7. Augsburg	23	6	5	12	15:32	17:29
. Wattensch.	24	6	5	13	33:46	17:31
. Frankfurt	24	5	6	13	33:61	16:32
. Neuhaus	24	4	4	16	27:57	12:36

VORSCHAU

Die nächsten Spiele: Samstag, 19. ebruar, 14.30 Uhr: Stuttgart – Duis-urg, Kassel – Fürth, Lüttringhausen – olingen, Freiburg – Darmstadt; 15.30 hr: Aachen – Osnabrück, Uerdingen – annheim, Köln – Essen, Augsburg – chloß Neuhaus; Sonntag, 20. Februar, 4.30 Uhr: Frankfurt – Offenbach; 5.00 Uhr: Hannover – Wattenscheid.

EISKUNSTLAUF / Europameisterschaft der erfüllten Wünsche für die Bundesrepublik

Stillstand bei den Damen, Schwung bei den Herren

UWE PRIESER, Dortmund

Als Dagmar Lurz vor drei Jahren in der Dortmunder Westfalenhalle als Vizeweltmeisterin zurücktrat, schien dies für die Eiskunstläufer der Deutschen Eislauf-Union (DEU) der letzte Medaillengewinn für lange Zeit gewesen zu sein. Die Europameisterschaften '83 an gleicher Stätte eröffneten jetzt genau die umgekehrte Perspektive: Eisblüten als Immergrün. Für die DEU waren es Titelkämpfe der erfüllten Wünsche. Norbert Schramm wieder Europameister, Claudia Leistner holte Bronze, im Eistanz durch Born/Schönborn Anschluß an die internationale Spitze und die Paarläufer Massari/Azzola liegen mitten drin im neuen Trend zum Tanz, wenn auch der Weg nach oben noch weit ist.

„Eine Hoffnung auf die Zukunft", sagten keine Geringeren als das Eistanz-Geschwisterpaar Angelika und Erich Buck, die vor elf Jahren Europameister gewesen waren. Gemeint waren Petra Born und Rainer Schönborn, die mit ihrem Sprung vom elften auf den sechsten Rang die große Entdekkung im Eistanz waren. „Ich laube allerdings, daß der Eistanz seinen Höhepunkt überschritten hat", meinte Angelika Hanke-Buck. Die wegen Verletzung abwesenden englischen Weltmeister Torvill/Dean und die sowjetischen Tanzpaare haben das Niveau auf eine Höhe gehoben, von der eine Steigerung kaum noch vorstellbar scheint. Erst dieser Aspekt macht deutlich, was den beiden für Würzburg startenden, im Oberstdorfer Leistungszentrum lebenden Saarländern Born/Schönborn da gelungen ist.



Deutsch-deutsches Küßchen bei der Siegerehrung: Europameisterin Katharina Witt und Claudia Leistner, die Bronze gewann FOTO: BAADER

Stillstand auf höchsten Niveau im Eistanz, Stillstand auf niedrigem Niveau bei den Damen. Lange hat es bei einer Europameisterschaft keinen Damen-Wettbewerb mehr gegeben mit so wenig Medaillenkandidatinnen. Und daß eine Läuferin wie Elena Wodoresowa (UdSSR) mit einer 4,9 in der Kürnote die Silbermedaille erringen konnte, hat es auch noch nicht gegeben.

Vor einem Jahr mußte Claudia Leistner eine schwierige, fehlerlose Kür laufen, um EM-Fünfte zu werden, diesmal genügte eine etwas leichtere Kür mit einem Sturz zur Medaille (siehe untenstehenden Bericht). Doch sie zählt zu der Handvoll Läuferinnen in Europa, die die athletische Entwicklung des Eiskunstlaufs der Damen voranbringen können. Und seit der überraschend blassen Vorstellung der hocheingeschätzten Favoritin Katarina Witt („DDR") weiß Claudia Leistner, daß der Weg nach oben mit der Bronzemedaille für sie noch nicht zu Ende sein muß.

Den gewaltigsten Sprung aber machte die Deutsche Meisterin Manuela Ruben (München). 1982 noch 14., landete sie diesmal zehn Ränge weiter vorn. Sie ist zwar keine große Läuferin, aber sie kann springen – und 20 der 25 Mädchen von Dortmund waren allenfalls Hüpferlinge.

Bewegung hingegen herrscht bei den Herren und bei den Paaren. Wenn Norbert Schramm auch froh war, mit seinem Sieg die Sprungathleten mit dem dreifachen Axel in die Schranken gewiesen zu haben, so wird selbst er die athletische Dynamik bei den Herren nicht aufhalten können. Der 19jährige Alexander Fadejew aus Moskau versuchte schon den vierfachen Toeloop und wird ihn im nächsten Winter mit Sicherheit springen. Jozef Sabocik (CSSR) sprang den dreifachen Axel sogar in einer Kombination. Norbert Schramm weiß, daß sein Wort, „man kann sich auf nichts berufen, was gestern gewesen ist", weiterhin gilt. Auch Fischer und Cerne unterstrichen ihre Zugehörigkeit zur Weltklasse.

Neuer Schwung ist ins Paarlaufen gekommen, das jahrelang einem artistischen Starrkrampf zu erliegen drohte. Die jungen Leningrader Walowa/Wasiliew bestimmen die neue Richtung: Harmonie und Tanz. Bei dieser Europameisterschaft noch Zweite und damit einen Platz schlechter als die einzigen Titelträger aus der UdSSR, Bestemianowa/Bukin im Eistanz.

Mannschaftsführer Eugen Romminger verlas am Samstag um Mitternacht die neuesten Meisterschaftsergebnisse aus den USA und Kanada. Da waren die Gedanken schon bei der Weltmeisterschaft in Helsinki. Dort soll es für Schramm und Leistner die nächsten Medaillen geben. Und aus den USA kommt auch Schramms größte Konkurrenz. Weltmeister Scott Hamilton ist noch besser geworden. Er zeigte in Pittsburgh zwar nur fünf, dafür aber perfekte Dreifachsprünge. Er wurde von den Zuschauern frenetisch gefeiert, die Kampfrichter gaben ihm in der A-Note für den technischen Wert durchweg eine 5,9. Bei den Damen siegte Rosalynn Sumners (18) vor der Weltmeisterin Elaine Zayak.

Claudia Leistners Leitsatz: Was sein muß, muß eben sein

Als die Bronzemedaille endlich in ihrer Hand war, kehrte bei Claudia Leistner die Unbefangenheit zurück, mit der sie im vergangenen Winter aus dem Nichts in die Weltspitze gesprungen war. Denn keine Saison ist im Eiskunstlauf so kritisch wie die erste nach dem internationalen Aufstieg: Der Erwartungsdruck ist groß, und bei den Preisrichtern gibt es noch keinen Kredit. Ein Sturz beim Doppelaxel schien die Medaillenhoffnungen der 17 Jahre alten Mannheimerin schon zu beenden.

Claudia Leistner lacht: „Als ich gestürzt war, da war das ein richtiger Schock für mich. Da habe ich mir gesagt, jetzt reiß dich zusammen, das muß." Auf einmal waren alle Selbstzweifel, war aller Druck verflogen. Was muß, das muß – unter diesem Leitsatz hat ihre Karriere bisher gestanden. Und so sollte sie auch den dreifachen Lutz springen, den schwersten aller Dreifachsprünge bei den Damen, obwohl Trainer Günter Zöller kurz vor dem Start bestimmte: weglassen, auf Sicherheit laufen. „Das war vielleicht komisch", sagt sie, „wo ich ihn doch beim Einlaufen so gut gestanden hatte." Und wie sie das mit einem Seitenblick auf den Trainer sagte, war ganz klar, diese Entscheidung sah sie nicht ein. Wo sie doch so sicher war.

In Europa allerdings – und das war das betrüblichste Ergebnis dieser Titelkämpfe – gibt es derzeit nur knapp eine Handvoll Läuferinnen, zu denen auch die Münchnerin Manuela Ruben zählt, die wenigstens zwei verschiedene Dreifachsprünge sicher beherrschen. Nichts kennzeichnet das Niveau der Damenkonkurrenz besser als die Reaktion von Dagmar Lutz, die hier vor drei Jahren als Vizeweltmeisterin ihren Abschied nahm: „Zum ersten Mal seit meinem Rücktritt habe ich mich wirklich geärgert, daß ich nicht weiter gelaufen bin."

Denn selbst die neue Europameisterin Katarina Witt vermochte nicht zu überzeugen. Die ständige athletische und technische Überforderung durch die Dreifachsprünge hat den Eisprinzessinnen den Stil verdorben. Von Ausnahmen ganz abgesehen. Claudia Leistner läuft schöner als vor einem Jahr. UWE PRIESER

Luftgewehr-Weltrekord

Aarhus (sid) – Norwegen verbesserte bei einem Schützen-Länderkampf der skandinavischen Länder den Weltrekord im Luftgewehr-Schießen um 15 auf 2331 Ringe.

Judo: Claßen gewann

Grenzach-Wyhlen (sid) – Weltmeisterin Barbara Claßen gewann bei den Internationalen Deutschen Judo-Meisterschaften in Grenzach-Wyhlen in der Klasse bis 72 Kilogramm. Einen zweiten Sieg für den Deutschen Judo-Bund gab es durch Regina Siegmund (Rüsselsheim) in der Klasse über 72 Kilogramm.

Uli Vos bleibt Amateur

Köln (sid) – Nach einem Urteil des Schiedsgerichtes des Deutschen Hockey-Bundes (DHB) bleibt der Olympiasieger von 1972, Uli Vos (Mönchengladbach), Amateur. Im November 1982 war Vos die Amateureigenschaft vom DHB-Präsidium aberkannt worden, weil er angeblich überhöhte Geldzuwendungen angenommen hatte.

Abfahrts-Titel gefordert

St. Anton (dpa) – Die deutsche Abfahrts-Mannschaft um Sepp Wildgruber (Oberaudorf) und Peter Renoth (Berchtesgaden) fordert die Austragung eines Abfahrt-Rennens bei den Deutschen Meisterschaften. In einem Brief an den Deutschen Ski-Verband (DSV) beklagt sich das Team darüber, daß bei den Titelkämpfen nur Slalom und Riesenslalom ausgetragen werden.

Fasser Bob-Europameister

Sarajewo (dpa) – Überraschend wurde der Schweizer Ekkehard Fasser in Sarajewo Europameister im Viererbob. Fasser verwies Zweierbob-Europameister Bernhard Lehmann („DDR") auf Platz zwei. Bester Teilnehmer aus der Bundesrepublik war Klaus Kopp (Unterhaching) als Vierter.

Hoffnung für Regazzoni

Paris (dpa) – Der Schweizer Formel-1-Rennfahrer Clay Regazzoni, der sich 1980 nach einem Unfall in Long Beach nur noch im Rollstuhl bewegen konnte, soll bald wieder laufen können. Nach der achten Operation könnte Regazzoni nach Angaben des Chirurgen Gerard Saillant in wenigen Monaten wieder mit Hilfe eines Stockes gehen.

Dörr gewann 31. Titel

Aachen (sid) – Seinen 31. Deutschen Meistertitel errang Dieter Dörr (Gelnhausen) bei den Hallen-Meisterschaften im Kunst- und Turmspringen. In Aachen siegte Dörr vom 1-Meter-Brett vor Jürgen Kleemann (Stuttgart) und Wilfried Meyer (Aachen). Den Titel bei den Damen gewann erneut Elke Heinrichs (Aachen).

Giro-Sieger gestorben

Savona (sid) – Im Alter von 96 Jahren ist der Italiener Alfonso Calzolari gestorben, der 1914 die Italien-Rundfahrt gewonnen hatte. Calzolari war der älteste noch lebende Sieger des Giro d'Italia.

Pokal für Steinmeier

Konstanz (dpa) – Die Gebrüder Steinmeier (Lieme), Weltmeister im Radball, sicherten sich auf der Insel Reichenau aufgrund des besseren Torverhältnisses den Bundespokal vor dem Team Bernais/Flackus (Kostheim).

Chinesin focht am besten

Leipzig (sid) – Die chinesische Vize-Weltmeisterin von 1981, Jujie Luan, gewann in Leipzig ein internationales Florett-Turnier durch einen 8:3-Sieg über Gabriele Janke („DDR").

Sieg und Niederlage

Offenbach (dpa) – Für Doppel-Weltmeister Michael Groß gab es in Offenbach Sieg und Niederlage. Auf der 25-Meter-Bahn gewann er über 200 Meter Freistil in 1:49,70 Minuten vor Wladimir Salnikow (UdSSR), wurde aber über 200 Meter Schmetterling von Olympiasieger Sergej Fesenko (UdSSR) in 2:02,61 Minuten bezwungen.

Keine Anklage?

New York (sid) – Der amerikanische Tennisspieler Vitas Gerulaitis wird wahrscheinlich nicht wegen Drogenhandels angeklagt, da die Verdachtsmomente angeblich nicht ausreichen. Ein wegen Kokainhandels Einsitzender hatte erklärt, für Gerulaitis Rauschgift im Wert von 20 000 Dollar gekauft zu haben.

Abschiedsspiel im Sommer

München (sid) – Mit einem Abschiedsspiel für Gerd Müller will der FC Bayern München im Sommer in die 21. Bundesliga-Saison starten. Müller war im Frühjahr 1979 zu den Fort Lauderdale Strikers (USA) gewechselt. Gegner im Abschiedsspiel wird die deutsche Nationalmannschaft sein.

Chinas Debüt im Daviscup

Hongkong (sid) – China wird in diesem Jahr erstmals am Tennis-Daviscup teilnehmen. Die Chinesen treffen in der Asien-Runde Anfang März in Osaka auf Japan.

Handball: Die verzweifelte Suche nach einem Rechtsaußen



Der verdutzt-empörte Blick auf die Kollegen aus der Abwehr: Handball-Nationaltorwart Andreas Thiel aus Gummersbach FOTO: FMS

dpa, Nürnberg

Von einer WM-Form ist die deutsche Handball-Nationalmannschaft drei Wochen vor Beginn der B-Weltmeisterschaft in Holland (25. Februar bis 6. März) noch ein gutes Stück entfernt. „Das Tief nach zweiwöchiger Konditionsarbeit überrascht mich nicht. Wenn die Kraft nicht da ist, dann fehlt zwangsläufig auch die Konzentration", betrieb Bundestrainer Simon Schobel nach den 19:22- und 23:25-Niederlagen in den ersten von drei Länderspielen gegen den WM-Dritten Polen Ursachenforschung.

Streicheleinheiten, die reichlich konfuse Vorstellung seiner Schützlinge schonend als „müde" zu bezeichnen, hielt Schobel eher für angebracht. Gegen einen Vorwurf verwahrte sich Schobel allerdings energisch: den diesmal äußerst schwachen Erhard Wunderlich (nur zwei Tore, viele Fehlversuche und Fehlpässe) zum Sündenbock für die achte Niederlage im 22. Länderspiel (bei 11 Siegen und drei Unentschieden) gegen Polen zu stempeln.

Schobel: „Die Mannschaft muß mit Wunderlich spielen, auch wenn er mal nicht trifft. Ich könnte noch einige andere Spieler nennen, die mich nicht überzeugt haben, will es aber nicht."

Das Rechtsaußen-Problem schiebt Schobel noch vor sich her – die Entscheidung soll nun heute fallen. Aber der dringlichen Schobel-Forderung „macht mir den rechten Flügel stark" kam auch in den Polen-Länderspielen keiner seiner drei Kandidaten in überzeugender Weise nach. Weder die beiden Gummersbacher Frank Dammann und Gerd Rosendahl noch der Essener Reinhard van der Heusen spielten so, daß Schobel sorgenfrei zur B-Weltmeisterschaft fahren könnte.

Seit der Ära des Wellinghofeners Heiner Möller, der 1975 seinen Abschied aus der Nationalmannschaft nahm und heute noch für den von Vlado Stenzel trainierten Zweitliga-Klub OSC Dortmund erfolgreich Tore wirft, ist der Rechtsaußenposten zum Problemfall für jeden Bundestrainer geworden.

Pragmatiker Simon Schobel hat sich die Suche nach einem international durchschlagskräftigen Pendant zu Linksaußen Arno Ehret nicht leicht gemacht. „Ich treffe keine Affekt- oder Sympathieentscheidung", sagte Schobel, der mittels eines „Rasters" Stärken und Schwächen der drei Kandidaten offenlegte, um eine möglichst objektive Leistungsbeurteilung zu erreichen.

Trainingsergebnisse, Einsatz, Fleiß, Effektivität in Angriff und Abwehr waren die Kriterien, denen einer der drei Linkshänder nach den drei Polen-Länderspielen zum Opfer fallen wird. Frank Dammann galt ursprünglich als fast gesetzt. Bei 60 Länderspielen würde es den Gummersbacher, der für die B-WM ein Semester an der Sporthochschule in Köln aufgab, sicherlich am härtesten treffen, wenn, wie es augenblicklich den Anschein hat, das „Raster" gegen ihn spricht. Erst die offensichtliche Formkrise im Herbst ließ seinen Vereinskameraden Rosendahl und den Essener van der Heusen in den Schobelschen Planspielen erscheinen.

Und Gerd Rosendahl? Über ihn sagt der Bundestrainer zwar, daß „er in der Abwehr recht stark ist, doch durch zwei Fehlwürfe beim Tempo-Gegenstoß in der Schlußphase das Umkippen des Spiels verhinderte". Ein Tadel, der auch für Rosendahl nichts Gutes verspricht.

SKI ALPIN / Das Comeback des früheren Weltcup-Siegers Peter Lüscher

„Für jemanden, der im Frühjahr noch operiert wurde, eine gute Sache"

PETER LAND, St. Anton

Drei Skirennläufer kämpfen darum, die Gesamtwertung des Weltcups zu gewinnen: der Amerikaner Phil Mahre und die beiden Schweizer Pirmin Zurbriggen und Peter Lüscher. Mahre, der Sieger der Kombination von St. Anton, hat jetzt die Führung vor Lüscher übernommen, der überraschend die Abfahrt gewonnen hatte.

Der Sieg Lüschers auf der klassischen Piste von St. Anton war das Comeback eines Läufers, der jahrelang in der Mittelmäßigkeit versunken war. Lüscher, einst einer der besten Wasser-Skiläufer, dann in der Saison 1978/79 überraschend Weltcup-Sieger, beendete die letzte Saison im Gesamt-Weltcup nur als 28. Der gelernte Slalomspezialist sah sich danach die internationalen Ranglisten an und stellte fest, daß er als 17. der Abfahrtsliste am ehesten in dieser Disziplin Chancen hatte, wieder nach vorn zu kommen. So übte er für diese Disziplin, in der er nun einen großen Aufstieg feierte, nachdem er vor zwei Jahren bereits das Schweizer Weltcup-Team wegen Erfolgslosigkeit verlassen mußte.

Dabei ging es auch noch um einen Zweikampf mit seiner Lebensgefährtin Fabienne Serrat, eine der besten französischen Ski-Rennläuferinnen. Wer von beiden würde am Ende dieser Saison besser dastehen? Nachdem es in den letzten beiden Jahren jeweils Fabienne war, ist es diesmal Peter Lüscher. Lüscher dazu: „Für jemanden, der noch im vorigen Frühjahr eine Knieoperation durchgestanden hat, eine ganz gute Sache."

Und zu seinem Abfahrtssieg sagte der Mann aus Romanshorn am Bodensee: „Wir hatten zum Rennen zwei Paar Ski mitgenommen, wir legten sie in den Schnee und sagten: Diesmal nehmen wir die, die auf der linken Seite liegen. Es waren die richtigen." Übrigens: Der zur Zeit beste Schweizer Ski-Rennläufer gleitet auf deutschen Skibrettern ins Tal.

Sein Landsmann Primin Zurbriggen, erst 20 Jahre alt, hat seine Kochlehre im heimatlichen Hotel von Saas Fe abgebrochen, „um der beste Ski-Läufer der Welt zu werden". Noch ist das möglich, wenngleich Zurbriggen gestern beim Slalom in St. Anton im zweiten Durchgang an einem Tor vorbeifuhr und somit vorzeitig ausschied. Doch das passierte auch den beiden favorisierten Schweden Stig Strand und Ingemar Stenmark sowie dem Jugoslawen Bonjan Krizaj. Das Rennen gewann schließlich der Amerikaner Steve Mahre vor dem Liechtensteiner Andreas Wenzel und Phil Mahre. Bester deutscher Läufer war Frank Wörndl als 12., der damit erneut seine Zugehörigkeit zur Weltklasse bewies.

In Sarajevo mußte der Riesentorlauf der Damen wegen eines Schneesturms verschoben werden. Die zuvor stattgefundene Abfahrt hatte die Schweizerin Maria Walliser gewonnen. Die deutschen Resultate hielten sich in Grenzen: Regine Mösenlechner (Inzell) war in Sarajevo Beste auf dem 15. Rang, gemeinsam auf dem 18. Platz folgten Sonja Stotz (Wildbad) und Irene Epple (Seeg), die weiterhin über ihre Formkrise jubelte: „Mir fehlt derzeit einfach die Motivation."

Im Gesamtweltcup scheiterte der Versuch der Liechtensteinerin Hanni Wenzel (161 Punkte), durch ihren Start in Sarajevo Tamara McKinney (USA/162) vom ersten Platz zu verdrängen. Elisabeth Kirchler aus Österreich hat nun mit 139 Punkten die Titelverteidigerin Erika Hess (135) aus der Schweiz überholt und ist nun Dritte.

Freude für den Deutschen Ski-Verband (DSV) verbreitete unter den Alpinen fernab des Weltcup-Zirkus vor allem Michaela Gerg (Lenggries). Sie gewann bei den Junioren-Weltmeisterschaften im italienischen Sestriere nach Abfahrts-Silber und Riesenslalom-Gold noch eine Goldmedaille, und zwar in der Kombination. Da Marina Kiehl (München) die Abfahrt siegreich bestanden hatte, waren die DSV-Starter die erfolgreichsten aller Verbände in Sestriere.

LEICHTATHLETIK / Drei Hallenweltrekorde

Evelyn Ashford – viel zu schnell für Marlies Göhr

dpa/sid, Los Angeles

Ein erneuter Höhenflug des amerikanischen Stabhochspringers Bill Olson hat ein Leichtathletik-Wochenende gekrönt, an dem es insgesamt drei Hallen-Weltrekorde gab. Der 24 Jahre alte Olson steigerte in Toronto seine nur zwei Wochen alte Bestleistung von 5,76 m auf 5,80 m. Die beiden anderen Bestmarken erzielten Amerikas Ausnahme-Athlet Carl Lewis in Dallas über 60 Yards mit 6,02 Sekunden und die rumänische Weitspringerin Anisoara Cusmir in Bukarest mit 6,92 m.

Carl Lewis sagte über seinen Weltrekord: „Damit hatte ich wirklich nicht gerechnet, denn mein Hauptinteresse galt dem Weitsprung." Lewis, der im Weitsprung mit 8,56 m ebenfalls die Weltbestleistung hält, bestritt in Dallas sein erstes 60-Yards-Rennen dieses Jahres. Die bisherige Bestleistung wurde von seinem Landsmann Stanley Floyd mit 6,04 Sekunden seit 1981 gehalten.

In Toronto hatte Bill Olson wenige Stunden zuvor noch 5,80 m im Stabhochsprung überquert – in Dallas reichte es nur zu 5,70 m. Drei Versuche über die neue Rekordhöhe von 5,81 m schlugen fehl. Damit hätte Olson gleichzeitig die Weltrekordhöhe des Sowjetrussen Poljakow für Freiluft-Wettbewerbe erreicht.

Das Duell zwischen Evelyn Ashford (USA) und Marlies Göhr („DDR") steht 1:0 für die Amerikanerin. Im ersten diesjährigen Aufeinandertreffen der beiden schnellsten Frauen der Welt erwischte die Amerikanerin einen perfekten Start und wirbelte die 60-Yards-Strecke in Los Angeles in 6,55 Sekunden herunter. Damit verfehlte sie vor 14 300 Zuschauern im olympischen Basketball-Stadion ihren Hallen-Weltrekord nur um eine Hundertstelsekunde. Marlies Göhr büßte auf Evelyn Ashford 14 Hundertstelsekunden ein. Dritte wurde Jeanette Bolden (USA) in 6,73 Sekunden.

„Ich bin überglücklich, dieses Rennen gewonnen zu haben", rief die Siegerin strahlend aus. „Jetzt weiß Marlies Göhr, daß sie ihr Letztes hergeben muß, wenn sie gegen mich läuft." Auf Freiluftbahnen war Evelyn Ashford bei den fünf bisherigen Rennen ihrer Karriere mit Marlies Göhr viermal schneller als die Weltrekordinhaberin aus Jena gewesen. „Doch das war mir heute völlig entfallen", sagte die Ashford, „die Spannung vor diesem Hallen-Duell war einfach zu groß gewesen."

Marlies Göhr analysierte ihre Niederlage ohne große Enttäuschung. „Mein Start war nicht gut. Dazu bin ich erst den zweiten Wettkampf in diesem Jahr gelaufen und dies auf der für mich völlig ungewohnten Holzbahn, die sich im Vergleich zu den in Europa üblichen Bahnen ganz anders anfühlt."

SKI NORDISCH / Eine Bilanz der Meisterschaften in Oberstdorf: Bei internationalen Wettkämpfen wird es sehr schwer

Als der Überraschungssieger den Sportdirektor verärgerte

WERNER JUNGE, Oberstdorf

Im internationalen Konzert der Großen im nordischen Skisport werden es die Athleten des Deutschen Skiverbandes ein Jahr vor den Olympischen Spielen in Sarajewo weiterhin schwer haben. Dies ist die nüchterne Bilanz der Deutschen Meisterschaften in Oberstdorf. Sieht man einmal vom fast sensationellen Sieg des 22 Jahre alten Willingers Dirk Kramer in der nordischen Kombination ab, setzten sich in den neun Wettbewerben durchweg die optimal geförderten Mitglieder aus den Leistungskadern des Verbandes durch.

Der Kombinationssieg des vom hessischen Landestrainer Oskar Schinze systematisch aufgebauten Dirk Kramer kam den DSV-Verantwortlichen gar nicht recht. Da hatte sich plötzlich einer an die Spitze gesetzt, der nicht „aus ihren Reihen" kam (Schinze). Sportdirektor Helmut Weinbuch hatte auch gleich eine Erklärung für diese „Leistungsexplosion" des Sauerländers bereit: „Während sich die anderen bei internationalen Rennen verschlissen, konnte sich Kramer in Ruhe auf die Oberstdorfer Meisterschaften vorbereiten."

Der DSV hätte über die läuferischen Qualitäten des Hessen eigentlich schon vorgewarnt sein müssen. Bei der internationalen Kombination in Reit im Winkl hatte er im 15-km-Langlauf bereits eine um zwei Minuten bessere Zeit als der frühere Juniorenweltmeister Hubert Schwarz vorgelegt. „Der wird schon noch sehen, wenn er international starten muß", warnt Weinbuch, „bei der vorolympischen Probe, nächste Woche in Sarajewo, wird man sehen, wo er international einzustufen ist."

Jochen Behle (Willingen), der WM-Siebente über 15 km, ist immer noch nicht in Höchstform. Die Zeiten, wo der Hesse zwischen sich und seine Konkurrenten Minutenabstände legte, scheinen vorbei zu sein. Im vorigen Jahr noch dreifacher Meister auf der 15-, 30- und 50-km-Strecke, sieht die Bilanz für Behle in der vorolympischen Saison mager aus. Beim Lauf über 50 km in Zwiesel stieg er aus, im 30-km-Langlauf wurde er hinter Dieter Notz (27) und dem jungen Stefan Dotzler (22) lediglich Dritter. Über 15 km verteidigte er dann seinen Titel. Aber der Abstand zum Zweiten, Stefan Dotzler, betrug lediglich 10 Sekunden. „Eine Erkältung hat mich zurückgeworfen", so Behle.

Im Damenlanglauf ist die 22 Jahre alte Karin Jäger nach wie vor die Nummer eins. Zu ihren Konkurrentinnen besteht ein Klassenunterschied. Sie gewann in Oberstdorf nach den Siegen über 20 km (Zwiesel) sowie über 5 und 10 km ihren zehnten Einzeltitel. Hinter ihr plazierte sich mit der Münchner Medizinstudentin Susi Riermeier eine Läuferin, die nicht mehr dem DSV-Kader angehört, weil sie ihre Aktivitäten auf die Teilnahme an Volksskiläufen konzentriert hat.

Die Springer des DSV unter Bundestrainer Ewald Roscher fliegen ihrer Form weiterhin hinterher. Zwar gab es bei den beiden Springen im Oberstdorfer Schattenberg-Skistadion an der Spitze gute Leistungen, aber auch ein Leistungsgefälle zum Nachwuchs. „Sie können ihre Leistungen noch nicht stabilisieren, außerdem fehlt ihnen eine nötige Portion Kaltschnäuzigkeit", stellt Ewald Roscher fest und findet eigentlich auch keine Erklärung dafür, daß man nach den erfreulichen Höhenflügen des vergangenen Winters nun wieder ins Mittelmaß zurückgefallen ist. Dies verdeutlicht auch die Bilanz der bisherigen Weltcup-Springen: Hatten die „Roscher-Buben" in der Saison 81/82 nach elf Springen mit neun plazierten Springern 210 Punkte beieinander, so hat man in dieser Saison nach bereits 14 Weltcup-Springen mit 14 Springern lediglich 46 Punkte erreicht.

ZAHLEN

FUSSBALL

Erste englische Division, 26. Spieltag: Arsenal – Brighton 3:1, Birmingham – West Ham 3:0, Everton – Notts 3:0, Ipswich – Manchester United 1:1, Luton – Liverpool 1:3, Manchester City – Tottenham 2:2, Nottingham – Aston 1:2, Southampton – Norwich 4:0, Sunderland – Coventry 2:1, Bromwich – Stoke 1:1. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 63:24 Tore/59 Punkte, 2. Manchester United 36:20/47, 3. Watford 44:26:43, 4. Nottingham 41:35/43.

BASKETBALL

Bundesliga, Endrunde Herren, 5. Spieltag: Bayreuth – Leverkusen 74:67, Hagen – Köln 70:67, Gottingen – Charlottenburg 74:64.

EISHOCKEY

Bundesliga, 35. Spieltag: Kaufbeuren – Füssen 8:0, Düsseldorf – Rosenheim 0:3, Schwenningen – Iserlohn 1:3, Landshut – Köln 4:8, Mannheim – Riessersee 5:2.

HANDBALL

Länderspiele, Herren: Deutschland – Polen in Nürnberg 19:22, Deutschland – Polen in Günzburg 24:26.

Bundesliga, Damen, 10. Spieltag: Gruppe Nord: Oldenburg – Engelskirchen 20:14, Stemmer – Kiel 11:12, Herzborn – Jarplund-Weding 14:14. – Gruppe Süd: Sindelfingen – Gießen 13:6.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 13. Spieltag: SSF Bonn – Fort. Bonn 3:0. – Bundesliga, Damen, 14. Spieltag: Lohhof – Stuttgart 3:1, Feuerbach – Wiesbaden 3:1, Schwerte – Oythe 1:3.

BOB

Viererbob-Europameisterschaft in Sarajewo: 1. Schweiz III (Pilot Fasser) 3:16,51 Min., 2. „DDR" I (Lehmann) 3:16,61, 3. Schweiz I (Biobellina) 3:16,99, 4. Deutschland I (Kopp) 3:18,02, 5. Österreich II (Sperling) 3:18,25, 6. „DDR" II (Germershausen) 3:18,28.

RENNRODELN

Weltmeisterschaft in Lake Placid/USA, Damen-Einsitzer (Zwischenstand nach drei von vier Läufen): 1. Martin 1:53,750, 2. Sollmann 1:54,107, 3. Weiß 1:54,213, 4. Schmidt (alle „DDR") 1:54,213, 5. Rainer (Italien) 1:55,340, 6. Terwillegar (USA) 1:55,441. – Herren-Einsitzer (Zwischenstand nach drei von vier Läufen): 1. Jajonc (Kanada) 2:05,574, 2. Danilin (UdSSR) 2:05,996, 3. Hildgartner 2:06,013, 4. Huber (beide Italien) 2:06,485, 5. Walter („DDR") 2:06,672, 6. Haspinger (Italien) 2:07,210.

SKI ALPIN

Junioren-WM in Sestriere (Italien): Junioren-Slalom, 1. Petrovic (Jugoslawien) 96,81 (47,84+48,97), 2. Berg (Schweden) 97,26 (48,84+48,42), 3. Melnikow (UdSSR) 97,54 (48,28+49,26). – Juniorinnen-Riesenslalom: 1. Berg (Deutschland) 2:16,79 (1:09,05+1:07,74), 2. Barbier (Frankreich) 2:18,07 (1:09,17+1:08,90), 3. Figini (Schweiz) 2:18,68 (1:09,22+1:09,46), 4. Kiehl (Deutschland) 2:18,91.

9. Weltcup-Abfahrt der Herren in St. Anton (3550 m Länge/996 m Höhenunterschied): 1. Lüscher 2:04,22 Min., 2. Meli (beide Schweiz) 2:04,82, 3. Weirather (Österreich) 2:05,00, 4. Podborski (Kanada) 2:05,08, 5. P. Mahre (USA) 2:05,19. – Stand im Abfahrts-Weltcup (nach neun von elf Saisonrennen – fünf zählen): 1. Klammer 86, 2. Cathomen 84, 3. Räber, Weirather und Lüscher je 72.

7. Weltcup-Abfahrt der Damen am Berg Jahorina bei Sarajewo (Länge 2040 m): 1. Walliser (Schweiz) 1:19,88, 2. Kirchler (Österreich) 1:20,67, 3. Ahrat (Schweiz) 1:21,10, 4. Charvatova (CSSR) 1:21,17, 5. Chaud (Frankreich) 1:21,26, ... 15. Mösenlechner 1:21,69, ... 18. I. Epple u. Stotz beide 1:21,93, ... 20. Mittermayer 1:21,94, ... 26. Wiesler 1:22,13, ... 41. Henkel 1:24,05, ... 43. Dedler (alle Deutschland) 1:24,24. – Stand im Gesamt-Weltcup: 1. McKinney (USA) 162 Punkte, 2. Wenzel (Liechtenstein) 161, 3. Kirchler 139, 4. Hess (Schweiz) 135, 5. I. Epple 107, 6. de Agostini 96, 7. Walliser 94, 8. Cooper (USA) 87,9. 9. Nelson 85, 10. M. Epple 71. – Stand im Abfahrts-Weltcup nach sieben von acht Wertungen (fünf zählen): 1. de Agostini 105, 2. Walliser 85, 3. Kirchler 76, 4. Attia (Frankreich) 66, 5. Chaud 50, 6. Gantnerova 47, 7. Graham 43, 8. Sölkner 40, 9. Emonet 39, 10. Sörensen 36.

Weltcup-Slalom in St. Anton: 1. S. Mahre (USA) 1:51,44 (53,85+57,59), 2. Wenzel (Liechtenstein) 1:51,49 (53,60+57,89), 3. P. Mahre (USA) 1:51,61 (53,89+57,72), 4. Canac (Frankreich) 1:51,82 (54,16+57,66), 5. Edalini (Italien) 1:52,06 (54,24+57,82), 6. Frommelt (Liechtenstein) 1:52,27 (54,24+58,03), 7. Girardelli (Luxemburg) 1:52,87 (54,90+57,97), 8. Fjällberg (Schweden) 1:52,94 (54,69+58,25), 9. Popangelov (Bulgarien) 1:53,24 (54,43+58,81), 10. Gruber (Österreich) 1:53,27 (54,81+58,46), ... 22. Beck 1:55,69, ... 27. Hirth (beide Deutschland) 1:56,68. – Kombinationswertung (Abfahrt/Slalom): 1. P. Mahre 7,26 Punkte, 2. Wenzel 10,08, 3. S. Mahre 17,50, 4. Girardelli 26,21, 5. Lüscher 79,29, 6. Rambaud (Frankreich) 84,88, 7. Meli (Schweiz) 121,40, 8. Lee (Australien) 135,76, 9. Bell (England) 182,43, 10. Bodker (Dänemark) 200,54. – Zwischenstand im Gesamtweltcup: 1. P. Mahre 146 Punkte, 2. Lüscher 124, 3. Müller 123, 4. [Zur]briggen (beide Schweiz) 118, 5. [Sten]mark (Schweden) 102, 6. Weirathe[r] 7. S. Mahre 95, 8. Cathomen und [...] je 92, 10. Klammer 86.

SKI NORDISCH

Deutsche Meisterschaften [in] Oberstdorf, Spezialspringen 7[0-Me]ter-Schanze: 1. Bauer (Oberst[dorf]) 244,6 (87/79 Meter), 2. Waldvogel ([Feld]berg) 240,9 (86/78), 3. Klauser (R[eit im] Winkl) 239,3 (84/79). – Verband[sstaf]feln, 3 x 5 km Damen: 1. Bay[ern] 58:01,20 Min., 2. Bayern II 1:00[...] Std., 3. Hessen 1:00:40,50. – 4 x 1[0 km] Herren: 1. Bayern I 2:01:33,2 S[td., 2.] Schwarzwald 2:02:54,8, 3. Schw[...] 2:04:52,9.

Spezialspringen auf der [...] Schanze: 1. Bauer (Oberstdorf) 256,2 (108,5+111,5 m), 2. Klauser [(Reit] im Winkl) 250,9 (108+108), 3. Wald[vogel] (Feldberg) 235,4 (104+102), 4. Sch[...] (Obersudorf) 234,0 (103+102), 5. [...]wein (Isny) 230,5 (102+103), 6. Haf[...]ger (Ruhpolding) 230,3 (101+103,5)

EISSCHNELLAUF

Internationaler Wettbewerb [in In]zell: 500 m Herren: 1. Kuroiwa (J[apan]) 37,45 Sek., 2. Henriksen (USA) ... 6. Panzer 39,42 7. Semler ([beide] Deutschland) 39,82. – 500 m Dam[en: 1.] Petrussewa (UdSSR) 41,80, 2. Par[...]vin (USA) 42,37, 3. Katschuk (Ud[SSR]) 42,63.

EISKUNSTLAUFEN

Europameisterschaften in [Dort]mund, Damen, Finale: 1. Witt („[DDR]") 2,6 Punkte, 2. Wodorezowa (Ud[SSR]) 6,8, 3. Leistner 8,2, 4. Ruben ([beide] Deutschland) 9,0, 5. Kondras[chowa] (UdSSR) 13,2, 6. Wegelius (Fin[nland]) 13,2 (bessere Kürplazierung für [Kon]draschowa).

Eistanz-Finale: 1. Bestemia[nowa/] Bukin 2,0 Punkte, 2. Woloschin[a/] Swinin (alle UdSSR) 5,2, 3. B[...] Slater (England) 5,8, 4. Klimowa/[Po]marenko (UdSSR) 7,0, ... 6. [...] Schönborn (Deutschland) 11,6.

JUDO

14. Internationale Deutsche [Mei]sterschaften der Damen in Gre[nzach-]Wyhlen, Endstand, Klasse bis 48 [...] Briggs (England); bis 52: 1. [...] (Österreich), ... 3. Goodwin (En[gland]) und Grimm (Deutschland); b[is ...] Krasser (Schweiz); bis 61: 1. Sc[...] (Norwegen), ... 3. Bardin (Frank[reich]) und Neumann (Deutschland); bi[s ...] Lieckens (Belgien) und Sch[...] (Deutschland); bis 72: 1. [...] (Deutschland); über 72: 1. Sieg[...] (Deutschland), 2. Nijland (Hollan[d])

TENNIS

US-Hallenmeisterschaften in [Phila]delphia, Viertelfinale: McEnroe [– ...]scher (beide USA) 6:3, 7:6, [...] (CSSR) – Fibak (Polen) 6:4, 6:1, [...]te – Gottfried (beide USA) 7:[...] Scanlon (USA) – McNamara (A[ustra]lien) 6:4, 4:6, 7:6. – Halbfinale: Mc[Enroe] – Mayotte 7:6, 7:6, Lendl – Scanl[on ...] 6:3.

Damen-Turnier in Palm Beac[h Gar]dens/Florida: Viertelfinale: Lloyd (USA) – Temesvari (Unga[rn] ...) 6:0, Turnbull (Australien) – Bu[...] (CSSR) 6:0, 6:1, Jäger – Garrison [(beide] USA) 6:1, 6:1, Mandlikova (CS[SR] –) Fairbank (Südafrika) 6:0, 6:1 – [Halbfi]nale: Evert-Lloyd – Turnbull 6[...] Jäger – Mandlikowa 6:2, 6:4. – [...]turnier in Norfolk/Virginia: [...] (Schweden) – Tanner (USA) 6[...] 6:4.

LEICHTATHLETIK

Internationales Hallensportf[est] Toronto: Männer: 50 Yards: 1. [...] (USA) 5,34, 2. Butler (USA) 5,38 [...] m: 1. Belger (USA) 2:22,46. – M[eile ...] Gregorek (USA) 4:05,36, 2. Wess[ing]ge (Deutschland) 4:05,76. – [Hoch]sprung: 1. Peacock (USA) 2,27, 2. [...] (Deutschland) 2,20. – Stabhoch: [1. Ol]son (USA) 5,80 (Weltrekord), [...] (USA) 5,60.

Meeting in Inglewood, Männ[er: 60] Yards: 1. King (USA) 6,17. – M[eile: 1.] Scott (USA) 3:57,44, 2. Flynn ([...]) 3:58,48. – 60 Yards Hürden: 1. [...] (USA) 6,97, 2. Cowling (USA) [...] Frauen: 60 Yards: 1. Ashford [...] 6,55, 2. Göhr („DDR") 6,69. – 60 [Yards] Hürden: 1. Knabe („DDR") 7,57 [(euro]päische Bestleistung). – Hochspr[ung ...] Costa (Kuba) 1,93.

GALOPP

Rennen in Gelsenkirchen: 1. [Ren]nen: 1. Narrhalla (M. Hofer), 2. [...]na, 3. Bergina, Toto: 20, Pl. 12, [...] ZW: 312, DW: 1672; 2. R.: 1. Taik[o ...] Suerland), 2. Adorato, 3. Mowgli[, Toto:] 44, Pl. 11, 11, 10, ZW: 200, DW: 25[...] 1. Alskon (J. Ochoki), 2. Voran, [...]derung, Toto: 24, Pl. 12, 30, 19, Z[W ...] DW: 1356; 4. Rennen: 1. Falkenbe[...] Wegner), 2. Nioba, 3. Soddy, Tot[o ...] Pl. 30, 21, 26, ZW: 878, DW: 4056; [...] Achaeus (F. Bronnenmayer), 2. [...] 3. Träumer, Toto: 52, Pl. 20, 26, [...] 332, DW: 1076; 6. R.: 1. Toldi (S. [...] 2. Abaco, 3. Zerberus, Toto: 36, [...] 30, 21, ZW: 420, DW: 2452; 7. [...] Gradella (M. Hofer), 2. Sternm[...] Nauthi, Toto: 108, Pl. 30, 19, 34, Z[W ...] DW: 3596; 8. R.: 1. Garamond ([...]ter), 2. Mielix, 3. Naseweis, Toto: [...] 20, 70, 18, ZW: 880, DW: 8692.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 2, 19, 38, 43, 44, 47, Zusat[zzahl] 14. – Spiel 77: 9 0 9 8 0 5 4. – Toto[...]wette: 2, 1, 1, 0, 1, 2, 0, 0, 1, 1, 1.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn: Friedr. W. Heering, Essen: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Gunter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stuck, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 20

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebuhlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe Nr. 47

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prochelt

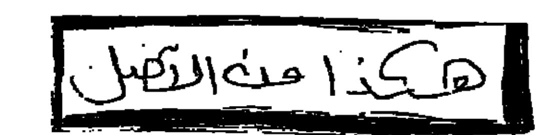
Herstellung: Werner Koziak

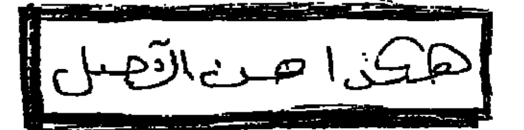
Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.





Pankraz, Mr. Kraft und die Daley-Maschine

Joseph Kraft, der Washingtoner Kolumnist, hat eine interessante Erfahrung gemacht. Vor über fünfzehn Jahren hatte er einmal eine Liste der in seinen Augen besten amerikanischen Institutionen aufgestellt, und als er diese Liste jetzt zufällig wieder in die Hände bekam, stellte er zu seinem Erstaunen fest, daß nur noch wenige der darin aufgeführten Namen den damals aufgestellten Kriterien genügten.

War der Maßstab zu streng gewesen? „Unauffällige Effizienz" hatte Kraft seinerzeit von den Listenanwärtern gefordert: „reibungsloses Management", „Zufriedenheit der Mitarbeiter" und „hohes internationales Ansehen". Die oberen Plätze der Liste behaupteten Einrichtungen wie das FBI, die Harvard-Universität, IBM, American Airlines, die Chase Manhattan Bank, General Motors und „the Daley Machine", das Regiment jenes sagenhaften Chicagoer Bürgermeisters, der der Stadt am Michigansee über Jahrzehnte hinweg die beste nur denkbare Kommunalverwaltung gesichert hatte.

Aber nun, im Jahre 1983, gab es keinen Bürgermeister Daley mehr und ohne ihn auch keine „Daley Machine", das FBI war seit dem Tod seines berühmten Direktors J. Edgar Hoover immer mehr ins Gerede gekommen, American Airlines produzierte rote Zahlen, die Harvard-Universität „Fachidioten", die Chase Manhattan Bank steckte tief in der brasilianisch-mexikanischen Kreditkrise, und sowohl IBM als auch General Motors waren, verglichen mit der japanischen Konkurrenz, nur noch Schatten ihrer selbst. Verfall und Ansehensverlust auf der ganzen Linie.

Pankraz erzählt das selbstverständlich ohne Schadenfreude, eher melancholisch und mit heimlicher pädagogischer Absicht. Denn wenn das Listen-Experiment nicht mit amerikanischen, sondern mit deutschen Institutionen gemacht worden wäre – die Lage sähe heute keineswegs besser, sondern wahrscheinlich sogar noch schlimmer aus. Wen hätte man 1966 auf eine Liste der besten deutschen Institutionen gesetzt? Neben Daimler-Benz, Bayer Leverkusen und der Fußball-Bundesliga zweifellos auch das Volkswagenwerk des Herrn Nordhoff, die beiden Elektrokonzerne Grundig und AEG, die Universitäten Göttingen und Heidelberg, die Deutsche und die Dresdner Bank, die Lufthansa, vielleicht auch die CDU, die damals noch ungeniert von der internationalen Autorität Adenauers zehren konnte. Keine dieser Einrichtungen ist mittlerweile mehr unumstritten. Die Parallelen des Niedergangs zu den Amerikanern sind geradezu verblüffend, und auf manchen Positionen (man denke nur an AEG oder die Heidelberger Universität) stehen die Deutschen noch viel schlechter da als die Amerikaner.

Über die Ursachen kann man lange streiten. Auffällig ist aber – in Amerika nicht anders als in Deutschland – das Fehlen von großen Persönlichkeiten, die das Erbe der Daley und Hoover, der Abs, Nordhoff und Adenauer hätten antreten müssen. Kraft führt das Versagen von IBM gegenüber den Japanern direkt auf das Abtreten von IBM-Präsident Thomas Watson zurück, und ähnliche Betrachtungen könnte man bei uns anstellen. Hans Friderichs wird noch lange brauchen, um je in die Schuhe von Hermann Joseph Abs hineinzuwachsen. Das Fehlen der Persönlichkeiten ist wahrscheinlich kein genetischer Zufall, sondern entspricht einem Zug der Zeit, die die individuelle Verantwortung scheut und alles Heil von sogenannten kollektiven Entscheidungsprozessen erwartet.

Kraft selbst übrigens hat seinerzeit mit seinen Kommentaren dazu beigetragen, daß das Ansehen von Bürgermeister Daley Schaden litt, und die Kennedys haben mit ihren Kampagnen gegen J. Edgar Hoover nicht nur die letzten Tage des alten Herrn vergiftet, sondern auch dessen Lebenswerk, das FBI, beträchtlich geschwächt. Über die Attacken in der Bundesrepublik gegen alles, was hervorragte und individuelle Entscheidungsbefugnis in Anspruch nahm, braucht kein Wort verloren zu werden, denn sie sind nur allzu bekannt. Die maßgebenden Kreise der bundesrepublikanischen Gesellschaft wollten die starke Persönlichkeit offensichtlich nicht mehr – kein Wunder, daß diese sich dann rar machte und das Feld dem Mittelmaß überließ.

Damit hängt ein weiterer Indikator des Niedergangs zusammen: das blinde Vertrauen auf den Selbstlauf einer einmal erfolgreichen Institution, das Sich-Ausruhen auf Lorbeeren, die andere errungen haben. Manche Manager bei IBM und General Motors, bei AEG und auch bei Volkswagen scheinen wirklich geglaubt zu haben, es genüge der große Name, um letztlich über jede Schwierigkeit hinwegzukommen. Die bittere Lehre, die jetzt fällig ist, besagt genau das Gegenteil: Jede Institution ist nur so gut wie die sie tragenden Persönlichkeiten. Es gibt keine Gnade des Selbstlaufs. Wenn etwas aussieht, als liefe es wie von selbst, ist schon der Wurm drin. Man zehrt dann von der Substanz, und eines Tages gibt es ein böses Erwachen.

Bliebe zum Schluß die Frage, ob wir denn überhaupt etwas brauchen, was von optimaler Effizienz ist und hohes internationales Ansehen genießt, ob es nicht viel bequemer und auch „humaner" wäre, sich endgültig in der unauffälligen Zweit- und Drittklassigkeit einzurichten. Hier muß nun jeder für sich selbst entscheiden. Was Pankraz betrifft, so möchte er nicht zu einem Volk gehören, das jeden Ehrgeiz aufgegeben hat und es sich in der Unerheblichkeit gemütlich macht. Weltmeister im Stumpfsinn ist ihm nicht genug.



Korngolds halbes Comeback: „Die tote Stadt" unter Götz Friedrich an der Deutschen Oper Berlin

Welle um Welle schwappt über die Ufer

An Begabung mangelte es Erich Wolfgang Korngold nicht. Aber gerade das war vielleicht seine Tragödie. Er war so hervorstechend talentiert, daß ihm, dem Dreizehnjährigen, Alexander von Zemlinsky in einem Brief schrieb: „Lieber Erich! Ich höre, Du lernst bei Grädener. Macht er Fortschritte?" Von Korngold konnte man wirklich lernen, wie man's macht, den überwältigenden Erfolg einzuspielen.

Seine Oper „Die tote Stadt", ein Werk des 23jährigen, kam 1921 am selben Tag in Köln unter Klemperer wie in Hamburg zur Uraufführung. In Wien wurde Maria Jeritza zur Protagonistin des Werkes. Sie auch trug es hinüber in die Metropolitan von New York. Lotte Lehmann und Richard Tauber sangen „Die tote Stadt" in Berlin, Georg Szell stand am Pult. Die Oper machte im Handumdrehen über 80 Bühnen die Runde. Dann kamen die Nazis. Und Hollywood. Beiden fiel der arme Korngold zum Opfer.

Aber so schrecklich und so einfach war das Ganze natürlich nicht. Bevor man ihn, den Juden, aus seiner österreichischen Heimat vertrieb, war Korngold nach Amerika übergesiedelt. Er wurde zu einem der renommiertesten Filmkomponisten von Hollywood. Darüber rümpfte die Nachkriegs-Heimat, das fürchterliche Wien, deutlich die Nase, als hätte sie Korngold, das ehemalige vielgehätschelte Wunderkind, im Exil lieber vor die Hunde gehen gesehen. Zur Wiedergutmachung an Korngold kam es nicht. Aber sie gibt es nun einmal kaum je im Leben und offensichtlich noch seltener in den Künsten. Das lehrt selbst die hochambitionierte Reprise der „Toten Stadt" jetzt an der Deutschen Oper Berlin.

Sie präsentiert sich in großem Rahmen. Sie geht auf musikalisch wie szenisch üppige Art ins Gefecht. Sie hat Wucht. Sie hat Stars. Sie sieht in Heinrich Hollreiser einen Dirigenten am Pult, der Korngold kennt und versteht. Götz Friedrichs Inszenierung, auf die außergewöhnlichen Talente der darstellerisch unübertrefflichen Karan Armstrong gestützt, versteht auf düster phantastische Art zu fesseln. Andreas Reinhardt (Kostüme: Margit Bárdy) hat ihr ein stimmiges, verblüffendes Bild gebaut. Die Grachten Brügges schwappen immer wieder wellenschlagend über die Bühne. Atmosphärisch dicht ist die Aufführung schon. Man hört sie mit Bewunderung – und Befremden.

Das liegt zunächst einmal natürlich an Korngold. Nachdem sich die Verblüffung gelegt hat, daß ein 23jähriger eine derart komplexe, raffinierte Partitur überhaupt hat schreiben können, beginnt das kunstvoll ausgebreitete, hochsensualistische Musikgeklingel mit seinen Eruptionen wie seinem Verebben zum Schmachten allmählich deutlich zu strapazieren. Ein Fest der musikalischen Floskel scheint angefacht, die Brillanz der Oberfläche bis zum Gähnen zu triumphieren.

Man bewundert Korngolds bestechendes Handwerk. Er verstand Musik zu schreiben, die Eindruck machte durch das Schillern ihrer Textur, das Reißerische der musikalischen Linienführung, eine Sangbarkeit auch, die nach kostbaren Kehlen verlangte. „Die tote Stadt" bestand im Grunde aus musikalischer Blendarchitektur ohne tiefer greifendes kompositorisches Fundament. Das brachte sie mit der Zeit wohl zum Einsturz.

Es fragt sich indessen, ob das Werk nicht auf distanziertere Weise zu größerer Wirkung kommt, als sie Hollreiser auf seine kompakte Art heraufmusiziert. Das Orchester spielt unter seiner Leitung vortrefflich. Dennoch bleibt der Klang oft massiv, ungeschlacht, stets dem Knalleffekt zustrebend. Korngolds schließlich auch vorhandene Feinnervigkeit wird immer erneut überhört.

Es braucht Stentorstimmen, sich gegen diesen Überdruck durchzusetzen. Wie einst Richard Tauber, der Lyriker, die ausufernde Partie Pauls hat vortragen können, muß danach ein Rätsel bleiben. Berlins Aufführung trägt James King, und zwar auf überzeugende Art. Er ist der dem Tode seiner Frau unverbrüchlich nachsinnende Mann: Anhängend in Gedanken dieser sanften toten Marie, die er voller Haßliebe in der Tänzerin Marietta wiedergeboren sieht. In Halluzinationen verfolgt er die kokette Doppelgängerin, ermordet sie im Traum, um am Ende, zur Wirklichkeit erwacht (und das ist Götz Friedrichs Erfindung), in den Tod, nicht in Leben zu fliehen.

King singt und spielt seine Partie mit außerordentlicher Überzeugungskraft. Es ist die Rolle seines Lebens, der er vokale Großbögigkeit gibt, alle Sehnsucht, alle Verzweiflungen. Unbequem liegt die Rolle in ihrer durchgehaltenen Expressivität und hoch noch dazu. King wird staunenswert mit ihr fertig.

Die Doppelrolle der geheiligten Toten und der unheilig Koketten ist eine Paradepartie für Karan Armstrongs Risikolust. Niemals singt sie auf Nummer sicher. Sie wirft sich mit einer Hingabe, einem Explosivnaturell, einer Wollust geradezu zur Vernichtung der Opernsängerin in sich der Partie an den Hals, daß man oft um ihren eigenen Hals fürchtet. Sie singt mitunter auf Biegen und Brechen. Aber sie reißt, eine Künstlerin vom Scheitel bis hinab zur Sohle, die Rolle mit phänomenaler Spielfreudigkeit auf. Nur in besonders exponierten Augenblicken spielt momentweise die Stimme nicht mit.

William Murray ist King in der Freundesrolle ein gewichtiger Widerpart. Sehr schön führt sich Margit Neubauer als Haushälterin ein. Vom süßen Geschmachte des Harlekins dringt aus Lenus Carlsons eher rostiger Kehle einschmeichelnd nur wenig hervor.

Götz Friedrichs Inszenierung kulminiert in der Vision einer Prozession von engelhaften kleinen Mädchen und sich wüst geißelnder Flagellanten: Ein Höllenbild des Himmels sozusagen, darin Korngolds Oper ganz angemessen, die Askese und Ekstase auf schillernde Art mischt. Ähnlich mischten sich in Berlin Bravorufe und Buhgeschrei.

KLAUS GEITEL



Singen auf Biegen und Brechen: Karan Armstrong und James King in der „Toten Stadt" an der Deutschen Oper Berlin   FOTO: BUHS/REMMLER

JOURNAL

Appell für die Freilassung Havels

dpa. Paris

Das internationale Unterstützungskomitee für die „Charta 77" in der Tschechoslowakei hat jetzt vom Präsidenten der CSSR, Gustav Husak, die „sofortige Freilassung" und medizinische Hilfe für den inhaftierten Schriftsteller Vaclav Havel gefordert. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehören Saul Bellow, Günther Grass, Heinrich Böll, Friedrich Dürrenmatt, Graham Greene, Arthur Miller sowie die Schauspielerin Simone Signoret und der Sänger Yves Montand. In einem in Paris veröffentlichten Kommuniqué berichtet die Organisation, Havel sei an einer Lungenentzündung und einer Nierenentzündung erkrankt.

Paris veranstaltet eine „Sprachen-Expo"

AFP. Paris

Unter dem Namen „Expolangues" ist im Pariser Grand Palais eine Sprachausstellung eröffnet worden. Die Veranstaltung, ein Forum für Sprachwissenschaftler und Sprachlehrer, ist mit 200 Ausstellern aus 27 Ländern die größte bisher organisierte Ausstellung dieser Art. Neben den neuesten technischen Entwicklungen im didaktischen Bereich sind auf der „Expolangues" auch Kultur- und Sprachvermittler wie das Goethe-Institut oder das American Center vertreten.

Chicago zeigt naive Maler aus Deutschland

DW. Böblingen

Rund 150 Bilder deutscher naiver Maler aus der Sammlung der Böblinger Firma Eisenmann, die regelmäßig dieses Genre ausstellt, werden in Chicago zu sehen sein. Unter dem Titel „Naiv und Outsider-painting from Germany" zeigt das Museum of Contemporary Art diese Übersicht vom 25. März bis 29. Mai.

Matisse-Retrospektive jetzt in Düsseldorf

DW. Düsseldorf

Die große Matisse-Ausstellung, die zuerst in Zürich zu sehen war (s. WELT v. 20. 10. 82), wird jetzt in der Düsseldorfer Kunsthalle gezeigt. Sie umfaßt rund 120 Gemälde, Plastiken, Reliefs und auch einige der fragilen „Gouaches découpées" aus Schweizer, sowjetischem, amerikanischem, französischem und deutschem Besitz. Da einige Leihgeber ihre Werke nur für die Züricher Ausstellung zur Verfügung stellen konnten, sind in Düsseldorf einige neue Beispiele aus dem Schaffen von Matisse dazugekommen. Dazu gehört



Auguste Pellerin von Henri Matisse (1917)   FOTO: KATALOG

auch das Portrait „Auguste Pellerin", das 1917 entstand und jetzt dem Centre Pompidou gehört (unser Bild). Die Ausstellung ist in Düsseldorf bis zum 4. April zu sehen. Der Katalog kostet 40 Mark.

„DDR" steigert kulturelle Aktivität in Prag

rst. Prag

Das Kultur- und Informationszentrum der „DDR" in Prag will 1983 die Zahl seiner Veranstaltungen wesentlich erhöhen. Im vorigen Jahr waren es 570. Bemerkenswert ist, daß das Zentrum keine Luther-Veranstaltung plant, dagegen ausführlich auf das „Karl-Marx-Jahr" eingeht.

Ausstellung und Katalog Rodtschenko/Stepanowa

DW. Baden-Baden

Die Ausstellung mit den Werken der russischen Konstruktivisten Alexander Rodtschenko und Warwara Stepanowa, die zuerst im Duisburger Lehmbruck-Museum gezeigt wurden (s. WELT v. 18. 11. 82) ist jetzt bis zum 13. März in der Kunsthalle Baden-Baden zu sehen. Inzwischen konnte auch der Katalog, der während der Ausstellungsdauer in Duisburg noch nicht vorlag, fertiggestellt werden. In Beiträgen vorwiegend sowjetischer Autoren stellt er wesentliche Aspekte im Werk des Künstlerpaares vor. So sind einzelne Kapitel der Fotografie Rodtschenkos oder den Arbeiten beider für das Theater gewidmet. Außerdem stellt er auch eigene Interpretationen der beiden Künstler in Übersetzungen vor. Der Katalog kostet 32 Mark.

Fritz Fremersdorf †

DW. Köln

Im Alter von 88 Jahren ist in Köln der Archäologe Fritz Fremersdorf gestorben. Der gebürtige Mainzer war der erste Direktor des 1935 gegründeten Römisch-Germanischen Museums in Köln, dem er bis 1959 vorstand. Auf Fremersdorfs Grundlagenforschung basieren bis heute die Grabungen nach dem römischen Köln.

Wie Elias Canetti den Tod bekämpft: Hans Hollmann inszeniert in Stuttgart „Die Befristeten"

Ich darf tun, was ich will, denn mein Name ist Zehn

Was wäre, wenn Napoleon mit zwanzig an einer Fischgräte erstickt wäre? Was wäre, wenn jeder sein Todesdatum im voraus wüßte? Das sind so Fragen. Elias Canetti stellt sich die zweite in seinem Drama „Die Befristeten", und Hans Hollmann inszeniert es in Stuttgart.

Einer hat den Namen Achtundachtzig erhalten, weil er 88 Jahre alt wird. Ein anderer hört auf den Namen Achtundzwanzig, ein Kind auf den Namen Sieben. Und siehe da, Canetti weiß, was dann wäre: Alle wären zufrieden. Jeder kennt seinen „Augenblick", er kann sein Leben schön einteilen, und bis zu seinem Augenblick kann ihm nichts Tödliches passieren. Man kann einen Namen Achtundachtzig hassen, aber umdrehen kann man ihn nicht. Mancher hohe oder noble junge Mann (hochnobel, weil er Achtzig heißt) heiratet dauernd niedere Frauen, die Zwanzig heißen, da kann er zirka alle zwei Jahre eine Neue heiraten, er kann es auf zwei Dutzend vergnügte Ehen bringen.

Ich sage alle zwei Jahre zirka, denn wie alt jemand im Moment ist, darf er nicht verraten, man muß also schätzen. Da gibt es allerlei witzige und auch erschütternde Szenen, wenn zum Beispiel ein frecher Junge, der alles zu dürfen behauptet, von einem Fremden ausgeschimpft wird und, nach seinem Namen gefragt, die trotzige Antwort hinwirft: Zehn.

Jeder kriegt bei der Geburt von der Behörde eine versiegelte Kapsel umgehängt, in der die beiden Daten stehen, und beim Tod wird die Kapsel von der Behörde geöffnet und registriert.

Ein einziger, der Herr Fünfzig, ist nicht zufrieden. Er fällt aus dem Rahmen, er hat Angst vor seinem „Augenblick". Und er fängt an, das ganze System für eine verlogene List der Staatsmacht zu halten, weil damit jede Veränderung ausgeschlossen ist. Er beschafft sich von zwei alten, halbirren Weibern zwei Kapseln zu seiner eigenen hinzu, öffnet alle drei, und sie sind leer. Er posaunt die Entdeckung aus, alle Leute werfen ihre Kapseln weg, sie sind jetzt frei und glauben überhaupt nicht mehr oder wenigstens nach eigenem Gutdünken zu sterben. Und schon geschieht der erste Mord. Die Freiheit ist bewiesen.

Will Canetti wirklich behaupten, die absolute Lebensgarantie bis zum vorausgewußten Todesaugenblick ergäbe zufriedene Existenz? Das Leben wäre kein Gramm anders. Haß und Liebe produzierten die gleiche Verzweiflung wie heute, die Schwermut des Gehen-müssens wäre die gleiche. Einanderverlassen-müssen ließe Philemon und Baucis die gleiche Bitte an die Götter richten: gemeinsam sterben zu dürfen. Wie schlecht durchdacht ist doch dieses utopische Modell! Es wäre allenfalls gut für ein witzig-makabres Kabarett.

Canetti hat sich oft mit dem Tod beschäftigt, aber eben nur beschäftigt. Er lehnt religiöse „billige Hoffnungen" ab, das ist seine Sache. Aber er hält den Tod für „das Grundübel alles Bestehenden", und das ist ein Irrtum des vielbeschäftigten Todesphilosophen. Er beschimpft den Tod als „nichtsnutzig und böse", und das ist die falsche Adresse für Beschimpfung. Ja er hält sogar seine fiktive revolutionäre Figur namens Fünfzig für bedeutender als die reale Person Galilei, weil Fünfzig „noch mit ansehen muß, was er mit seiner Leidenschaft für die Wahrheit angerichtet hat", nämlich töten können. Canetti möchte sage und schreibe den Tod ganz abschaffen.

Aber er arbeitet doch eifrig, Schönheit rührt ihn vermutlich, er wird zornig über Unrecht, er ist mit einem unstillbaren Impuls auf Vollkommenes gerichtet, und da sollte ihm tatsächlich noch nie aufgegangen sein, daß alle diese Impulse unserer Zeitlichkeit, unserer Sterblichkeit entspringen? Jubel ist Jubel über der Schlucht des Vergänglichen. Glück wird mit Schmerz bezahlt, je höher je tiefer, und gäbe es Schmerz und Tod nicht, es gäbe nichts Schreckliches, aber auch nichts Herrliches auf dieser Welt. Alle großen Dichter haben das gewußt, von Ovid bis Samuel Beckett.

Allerdings wird unser unvollkommenes Streben nach Vollkommenheit häufig mißlingen, und eben das ist Canetti hier widerfahren. Ein großer Aufwand ist vertan. Sagen wir statt schmählich: leider. Der Nothelfer Hollmann hat das Ding nicht aufzumöbeln vermocht, er ließ es brav herunterspielen. Fast das ganze Ensemble strengte sich an, der Hauptakteur Wolfgang Höper hat sogar bravourös gearbeitet. Und das Publikum hat das unverbindliche Spielchen mit anhaltendem Applaus gefeiert. Warum auch nicht. Es sind hübsche Dialoge, das strengt niemand an, es war ein halbwegs ernster, munterer Abend.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Die 25. Tage der Neuen Musik in Hannover

Kosmisches Reibeisen

Die Messestadt Hannover macht alle Jahre den Anfang im Reigen der Festivals, die den neuen Tönen gelten – nicht den populären, sondern den esoterischen, denen das militärische Etikett Avantgarde anhaftet. Daß die „Tage der Neuen Musik" in diesem Jahr ihr silbernes Jubiläum feiern konnten, wäre kaum zu glauben, wenn nicht eben dieser Silberglanz auch die Häupter derer zierte, die sich einst namens der „Jeunesse musicale" ein Schaufenster aktueller Themen, Töne und Temperamente schufen. Aus Anlaß des Fünfundzwanzigsten zogen sich die Tage diesmal über eine Woche hin und enthielten eine Suada von Uraufführungen, die großenteils das niedersächsische Kulturministerium per Kompositionsauftragsgeld ermöglicht hatte.

Die Diskussion um Helmut Wernickes Inszenierung der ergänzten Fassung von Alban Bergs Oper „Lulu" (s. WELT v. 26. 1. 83) hatte sich noch nicht beruhigt, da lehrte Walter Zimmermann seine Zuhörer das Stillewerden hoch über der Erde – suggeriert von Schlagbrettern und Reibesteinen, wie sie letztmals von indianischen Musikern „gespielt" wurden. Als Botschaft zu den archaischen Tönen zitierte das Caskel-Trio Sätze aus Jean Pauls „Des Luftschiffers Giannozzo Seebuch".

Abheben – das könnte als Motto auch über anderen Novitäten stehen. Martin Christoph Redel läßt sich zurücktragen in sinfonische Klangwelten des 19. Jahrhunderts. In seinem „Essay" für Orchester op. 31 (NDR-Auftrag) treten durch eine aufgerauhte Tonsatz-Schicht Schatten der Vergangenheit hindurch, unter denen sich Anton Bruckner am deutlichsten abzeichnet. In ein nicht minder weltfernes „Buch der Klänge" taucht Hans Otte, Musikchef des fleißig beteiligten Senders Radio Bremen, ganz allein hinab. Im spieluhrenhaften Kreisen und Aus-der-Reihe-Tanzen waltet der Geist Steve Reichs und Terry Rileys, des Ahnherrn Frédéric Chopin nicht zu vergessen.

Während Redel und Otte sich besinnliche Innenräume schaffen, heben Michel Tabachnik und Ernst Helmuth Flammer mit großer Geste gleichsam theatralisch ab. Tabachnik, 1942 geborener Schüler und späterer Assistent von Pierre Boulez, beschwört in seiner „Cosmogonie pour une rose" kosmische Bewegungen der Gestirne und schleudert den homo sapiens in erdferne Weiten, wo ihm das kleinliche Menschsein vergeht. Trotz Lektüre des meta-rationalen Kommentars im Programmheft bleibt der Hörer allerdings eher vor der Kunstgewerblichkeit des welträumlichen sinfonischen Szenariums in Abwehrhaltung.

Aus philosophischen Quadern, herausgebrochen aus Schillers Briefen über die ästhetische Erziehung des Menschen, Schopenhauers „Welt als Wille und Vorstellung", Nietzsches „Der Wille zur Macht", Wagners „Die Kunst und die Revolution" und Machiavellis „Kriegskunst", schichtet Ernst Helmuth Flammer einen symbolischen „Turmbau zu Babel". Flammer, Jahrgang 1949, Schüler von Klaus Huber und Hans Heinrich Eggebrecht, entwirft mittels dreier Chöre und Orchestergruppen, Gesangssolisten und Sprecher, Elektronik, Dia-Projektionen und Bildschirmtext ein weltkritisches Kolossalgemälde einer Menschheit, die sich technologisch übernimmt und sich selber fremd und feind wird. Das permanente Espressivo, die Blähung organisiert-chaotischer Massenhaftigkeit sinkt am Ende zusammen und dankt mit Losungen der Friedensbewegung ab. Klaus Bernbacher ließ sich von zwei Subdirigenten assistieren, der mächtigen Partitur Herr zu werden, um die sich die Nordwestdeutsche Philharmonie Herford und der NDR-Chor standhaft bemühten.

LUTZ LESLE



Raus aus der Statuarik: Veruschka, fotografiert von Richard Avedon, aus der Hamburger Ausstellung

Hamburg zeigt die Fotografien Richard Avedons

Dior und zwei Elefanten

Als vor fünf Jahren das fotografische Oeuvre des Amerikaners Richard Avedon im New Yorker Metropolitan Museum ausgestellt wurde, zweifelte man öffentlich, ob der Kunst-Tempel wirklich der richtige Ort sei für Mode-Fotos. Doch wenn sich Avedons Mode-Bilder auch nicht so leicht als Kunst rubrizieren lassen wie die subtileren seines Kollegen Irving Penn, so ist doch zweierlei gewiß: Avedon hat die Golden Fifties mit ihrem neuen lustbetonten Lebensstil in seinen Fotos wie in einem Brennspiegel aufgefangen und zugleich mit seinem bewegten, frechen Stil bei einer ganzen Generation von Fotografen Schule gemacht.

Diese prägende Kraft des heute 59jährigen ist jetzt an einer zwar nicht sehr umfangreichen, aber doch recht charakteristischen Ausstellung der Hamburger PPS-Galerie abzulesen, die Avedons Modephotographien der Jahre 1947 bis 1977, mit einigen so berühmten Porträts wie dem der Marella Agnelli durchsetzt, als europäische Premiere vorstellt. Hier sieht man, mit welch schöpferischem Elan der Starfotograf von Harper's einst seine Modells auf die Straße, ins Casino und Café getrieben hat. Raus aus dem Studio, raus aus der Sterilität, raus aus der Statuarik hieß seine Devise. Und sie hat uns so hinreißende Mode-Moment-Aufnahmen beschert wie die Darbietung eines Balenciaga-Kostüms inmitten einer Pariser Akrobaten-Schau.

Straßentheater 1948: Den kunstvollen Verrenkungen der Artisten sind die schönen Extravaganzen der Haute-Couture entgegengesetzt. Solch witzige Kontrapunktik ist typisch für Avedons Mode-Berichterstattung jener Jahre. Ihren köstlichsten Niederschlag hat sie in jenem berühmten Rencontre eines Dior-Abendkleides mit zwei Elefantenkolossen gefunden, denen Star-Modell Dovima schwesterlich die Hand auf Ohr und Rüssel legt.

Auch Avedons spätere Rückkehr ins Studio, in dem er auf den Spuren Munkacsis einer Jean Shrimpton oder Veruschka die reine Bewegung verordnete und sie zu Lebenslust und Freiheit signalisierenden Luft-Sprüngen zwang, ist in der Schau bestens dokumentiert. Aerobic-Träume, lange bevor dieses Fieber ausbrach: Irving Penn hatte völlig recht, wenn er die seismographischen Fähigkeiten Richard Avedons pries. (bis 28. Januar; 4. März bis 19. April CCD-Galerie Düsseldorf).

KLÄRE WARNECKE

Erster Fehlschlag für „Mister Zehnprozent"?

H. H. KANNENBERG, **Offenbach**

Dreizehnmal seit 1969 startete beim Evangelischen Dekanatsverband Wiesbaden die „Aktion Mister Zehnprozent". Christen aus der ganzen Bundesrepublik opferten jedes Jahr ein Zehntel ihres Einkommens um Menschen in Not, vor allem in Entwicklungsländern, zu helfen. Sie folgten damit dem Signal eines anonymen Kaufmannes, der dem Wiesbadener Dekanatsverband vor 14 Jahren das ungewöhnliche Angebot gemacht hatte: „Sie können zehn Prozent meines steuerpflichtigen Jahreseinkommens haben, wenn sie 20 Leute finden, die mitmachen!" Mit den Jahren stieg die Zahl der geforderten Mitstreiter gegen das Elend, heute liegt sie bei 250. Doch 1983, im 14. Jahr, könnte die Aktion zum ersten Mal Schiffbruch erleiden: Drei Wochen vor Ablauf der Frist (Anfang März) haben sich erst 190 Mitspender gemeldet. Fürchtet Ulrike Dietz, Lehrerin an einer Behindertenschule und beim Dekanatsverband Wiesbaden ehrenamtlicher Supervisor der Aktion: „Wenn kein Wunder geschieht, bleiben wir dieses Jahr kurz vor dem Ziel stecken."

Das würde bedeuten, daß mehrere internationale Hilfsprojekte leer ausgehen: ein Fürsorgeprogramm südlich von Kalkutta, wo jährlich Tausende von Kindern an Fehl- und Unterernährung sterben; ein landwirtschaftliches Ausbildungszentrum in Burundi/Afrika, wo der Landbevölkerung verbesserte Methoden des Ackerbaus und der Viehzucht beigebracht werden sollen; ein Entwicklungsprogramm in Sumare/Brasilien, wo die Landflucht der Bevölkerung gestoppt werden soll – eine Flucht in noch größeres Elend.

Zu den vielen hundert „Zehnprozentern", die in den vergangenen 13 Jahren mehr als zwei Millionen Mark zusammengebracht haben, gehören Ärzte, Pfarrer, Rechtsanwälte und Kaufleute. Doch die Mehrzahl derer, die den „Zehnten" von ihrem Einkommen abzweigen, muß die Mark eher zweimal umdrehen: Rentner, denen eine unvorhergesehene Krankheit so stark in den Etat schlägt, daß sie „Mister Zehnprozent" vorübergehend im Stich lassen müssen („Ich trage Ihre Sache aber betend weiter!"); Schüler, die vor Überweisung ihres Taschengeldzehnten genaue Auskünfte über die geförderten Projekte einholen („Auf eine so gute Idee wie ‚Mister Zehnprozent' könnten eigentlich noch mehr Leute kommen"); Büroangestellte („Wenn wir den Großen Egoismus vorwerfen, müssen wir selbst bereit sein, auf etwas zu verzichten!"); Kindergottesdienstgruppen.

Eine Fünfjährige, die von ihrer Großmutter 30 000 Mark geerbt hatte, ließ durch die Eltern 3000 Mark überweisen. Ein fünfzehnjähriger Lehrling mochte die Selbstlosigkeit nicht auf die Zehn-Prozent-Spitze treiben, schrieb aber: „Zehn Prozent meines Einkommens möchte ich nicht spenden, habe aber folgende Idee: Ich bin bereit, die Hälfte meiner Lottogewinne zur Verfügung zu stellen. Glücklicherweise habe ich diese Woche 17 Mark gewonnen, so daß ich bereits 8,50 Mark überweisen kann."

Unter den „Zehnprozentern", die in den vergangenen 13 Jahren mit ihrer Hilfe dabei waren, sind 70 Stammspender (jedes Jahr per Scheck präsent), weitere 30 waren mehrmals, aber nicht regelmäßig vertreten. Der größere Teil des „Hilfsbataillons zehn Prozent" fluktuiert, spendet spontan. Vom Wechsel wurde inzwischen auch der Vater des Gedankens betroffen – „Mister Zehnprozent". Er verkaufte 1981 sein Geschäft und wanderte mit seinen vier Kindern aus. Sein Nachfolger, ein gutgestellter Geschäftsmann aus Süddeutschland mit Familie, wahrt sein Inkognito noch strenger. Selbst anonym möchte er keine Telefoninterviews gewähren. „Weil man von meinem Dialekt auf die Gegend schließen könnte, aus der ich komme."

Wer helfen möchte, die „Aktion Zehnprozent" 1983 doch noch durchs Ziel zu bringen, kann sich an den Evangelischen Dekanatsverband Wiesbaden, Emser Straße 12, Telefon 0 61 21 / 3 91 64, wenden.

Auf den Highways von Amerika tobt der Krieg der Trucker

Zwei Tote und viele Verletzte / Reagan bleibt hart / Nationalgarde in Alarmbereitschaft

ERNST HAUBROCK, **Washington**

Am Wochenende wurde Präsident Reagan wütend: „Das Schlimmste, was wir tun könnten", sagte er, „wäre, einer Gruppe von Leuten zu erlauben, Gesetze mittels Mord zu verändern." Jedes Einlenken der Regierung in dem seit Montag vergangener Woche anhaltenden Streik des Verbandes der unabhängigen Fernfahrer lehnte er damit entschieden ab.

Auf das Konto der Streikenden, die die Abschaffung oder Modifizierung einer neuen Treibstoff- und Autobahn-Gebührenordnung erzwingen wollen, kommen bisher fast 900 Gewalttaten, die gegen sogenannte Streikbrecher verübt wurden. Auf den Super-Highways, die durch das riesige Land führen, an Ladeorten und auf Rastplätzen tobt der Trucker-Krieg. Bisherige Bilanz: zwei Tote, mehr als 30 Verletzte, 290 durch Gewehrfeuer aus dem Hinterhalt beschädigte Lkw und weitere 280 Fernlastzüge, die durch Steinwürfe oder mit Montiereisen, Brandbomben und Brechstangen demoliert wurden.

Der Streik und die kriminelle Aktivität von Angehörigen des Verbandes der unabhängigen Fernfahrer hat bisher nur geringe Auswirkungen auf die Allgemeinheit gehabt, aber Furcht bei jenen Fernfahrern ausgelöst, die dem Verband nicht angehören und sich deshalb an den Streikaufruf nicht gebunden fühlen. Aus Angst um ihr Leben und aus Sorge um ihre teuren Lastzüge, die häufig den gesamten Besitz der Fahrer darstellen, legen immer mehr von ihnen ihre Fahrzeuge still. Wie die Streikorganisatoren behaupten, befinden sich von Amerikas 100 000 Fernfahrern inzwischen 70 000 im mehr oder weniger durch den Terror erzwungenen Ausstand. Nach Angaben des US-Verkehrsministeriums beträgt die Zahl der stillgelegten Laster nur 30 000.

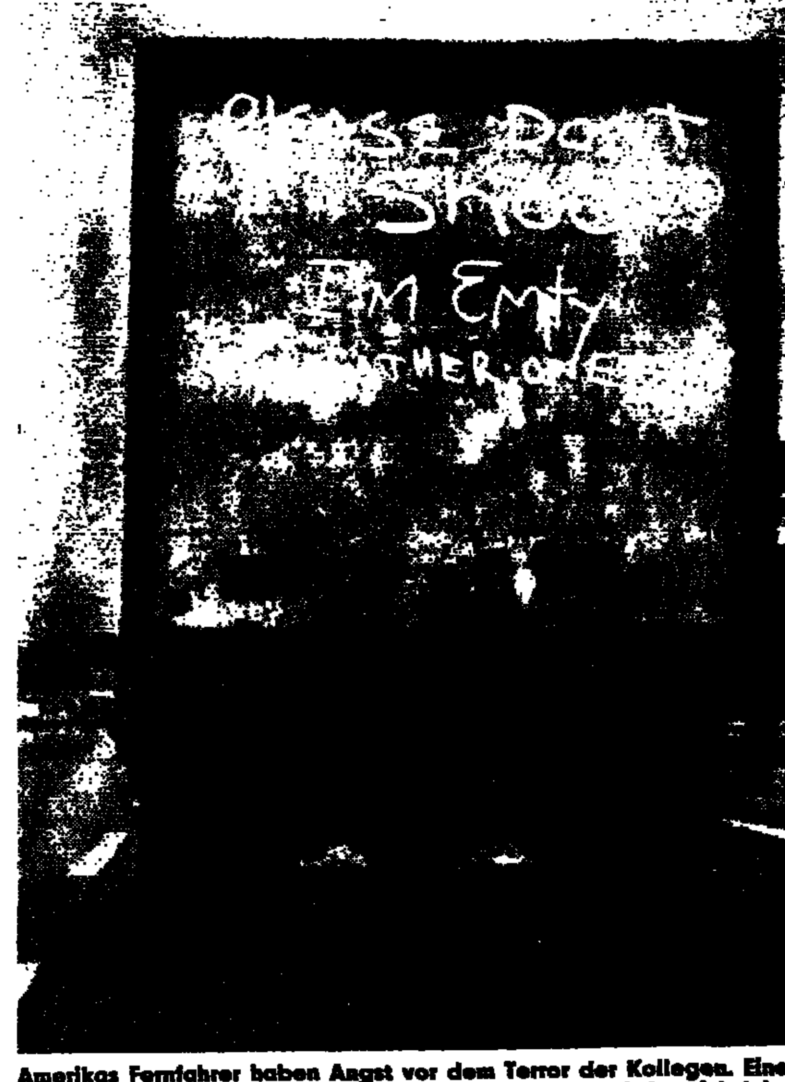
Diejenigen, die noch fahren, bewegen sich aus Sicherheitsgründen in Konvois, manchmal mehrere Meilen lang, wodurch der übrige Verkehr auf den Hauptdurchgangsrouten erheblich behindert wird. Fast alle Fahrer sind bis an die Zähne bewaffnet, was allerdings keinen Schutz bietet, wenn von Brücken oder aus Gehölzen am Straßenrand geschossen wird.

In mehreren Bundesstaaten steht inzwischen auf Veranlassung der Gouverneure die Nationalgarde Gewehr bei Fuß, um bei einer weiteren Verschärfung des Trucker-Krieges bewaffneten Begleitschutz zu fahren. Zur weiteren Abschreckung von Gewalttaten kündigte am Wochenende US-Justizminister William French Smith Strafverfolgung auf Bundesebene an.

Diese unnachgiebige Haltung der Staatsgewalt mag der Grund sein, daß Mike Parkhurst, der Chef des streikenden Verbandes, jetzt zum ersten Mal einen moderateren Ton anschlug. Der Streik könne umgehend abgebrochen werden, erklärte er, wenn jeder Lastzug im Lande nur für einen „symbolischen Streik von einer Stunde" stillstehen würde. Die „American Trucking Association", der Verband der großen Fernlastzug-Unternehmen, sowie die „Teamsters Union", die Gewerkschaft der Lastwagenfahrer, haben sich zu diesem Vorschlag bisher nicht geäußert.

Derweil beginnen auf den Feldern Floridas die Tomaten zu verrotten, weil den Farmern nicht genügend Frachtraum zur Verfügung steht, um sie in die Städte des Nordens zu schicken. Bis zu 15 000 Saisonarbeiter, die meisten von ihnen aus Mexiko oder von den Karibischen Inseln, die in Florida nur für die Gemüse- und Zitrusfruchternte angeheuert wurden, verlieren vermutlich in der kommenden Woche ihre Jobs und damit den Verdienst, von dem viele den Rest des Jahres leben müßten.

Noch rollen die dicken Brummer durch das Rio-Grande-Tal von Texas, um die Ernte von Kohlköpfen im Werte von 72 Millionen Mark abzufahren. Aber die Fahrer verlangen „Kampfzulage": 700 Dollar mehr pro Ladung für den Trip bis New York. Dort ziehen die Preise für Frischgemüse entsprechend an, bisher bis zu 20 Prozent über normal, bei weiter anhaltendem Streik muß in den Ballungszentren mit Verknappungen von bestimmten Lebensmitteln, Treib- und Rohstoffen gerechnet werden. (SAD)



Amerikas Fernfahrer haben Angst vor dem Terror der Kollegen. Einer fleht auf der Rückwand seines Lasters: „Bitte nicht schießen, ich fahre leer – Vater von acht Kindern" FOTO: UPI

Tödliches Gift sorgt für Unruhe in Hamburg

H. DALCHOW, **Hamburg**

Die Entdeckung von 25 Dosen mit dem äußerst gefährlichen „Gelbkreuz"-Kampfstoff im Keller eines Hauses im Hamburger Westen hat für erhebliche Unruhe in der Bevölkerung gesorgt. Das Gift war nur durch Zufall gefunden und am Freitag unter umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen abtransportiert worden. Die Behörden haben eine Durchsuchung aller Häuser in der Umgebung des Fundortes angekündigt. Es war in einem erst in den 80er Jahren erstellten Plan über „Verdachtsflächen" nicht verzeichnet.

Nach Angaben von Fachleuten hätte die am Freitag sichergestellte Menge des Kampfstoffs „Lost" ausgereicht, um Tausende von Menschen zu vergiften. Aufkleber auf einigen Behältern lassen den Namen „Heinze" erkennenn. Ein Mann dieses Namens soll früher in dem Haus gewohnt haben, das 1939/40 für Offiziere des Luftgaukommandos gebaut wurde. Nach den bisherigen Ermittlungen lagen die eimergroßen Behälter mit dem gefährlichen Inhalt bereits seit 1941 dort. Sie wären in absehbarer Zeit durchgerostet und hätten das Gas freigesetzt, das durch die Haut in den Körper und schließlich in *die Nervenbahnen dringt.*

Winterliches Chaos

AP, **Frankfurt**

Nach den heftigen Schneefällen in weiten Teilen Deutschlands, die am Wochenende zu teilweise chaotischen Verhältnissen auf den Straßen führten, soll es auch in den nächsten Tagen winterlich bleiben. Schnee- und Eisglätte haben auch gestern den Verkehr in weiten Teilen des Landes behindert. Es kam zu Hunderten von Unfällen.

Bankräuber gestellt

dpa, **Meinerzhagen**

Vier Männer haben in Meinerzhagen im Sauerland einen bewaffneten Bankräuber verfolgt, gestellt und der Polizei übergeben. Der 20jährige Bundeswehrsoldat hatte kurz vorher mit vorgehaltener Waffe die einzig anwesende Angestellte zur Herausgabe von 7900 Mark und ihrem Autoschlüssel gezwungen.

Schwere Stürme: 30 Tote

AFP, **Washington**

Schneestürme über dem Zentrum der USA und sintflutartige Regenfälle in Südkalifornien haben bisher 30 Menschenleben gefordert. In den Bundesstaaten Illinois, Iowa, Wisconsin und Minnesota mußten die meisten Schulen geschlossen und zahlreiche Straßen gesperrt werden.

Frauen demonstrierten

dpa, **Frankfurt**

Etwa 500 Frauen verschiedener Initiativgruppen haben in Frankfurt gegen eine Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegenüber Sexualstraftaten protestiert. Sie beklagten, daß Vergewaltigungen oft als „Kavaliersdelikte" angesehen würden, und empfahlen Frauen, zur Abschreckung Trillerpfeifen und Tränengasspray mit sich zu führen.

Dritte Festnahme

dpa, **New York**

Das FBI hat im Zusammenhang mit dem größten Geldraub in der US-Geschichte am Wochenende in Miami einen dritten Tatverdächtigen festgenommen. Der 36jährige soll den Plan für den Geldraub ausgeheckt haben. Maskierte Räuber hatten in der Nacht zum 12. Dezember 1982 aus den Räumen einer Geldtransport-Firma im Stadtteil Bronx von New York etwa *elf Millionen Dollar geraubt.* Von der Beute fehlt bisher jede Spur.

Feuerwehr zu Fuß

dpa, **Palermo**

Die Bewohner von Palermo müssen jetzt mehr denn je hoffen, daß in ihrer Stadt kein Feuer ausbricht. Die Feuerwehrleute der sizilianischen Hauptstadt können nämlich seit dem Wochenende ihren Dienst nur noch zu Fuß versehen. Der Grund: Die Steuermarken der meisten roten Fahrzeuge sind abgelaufen, und der Verwaltung fehlt das Geld, um sie zu erneuern.

Sechs Tage eingeklemmt

dpa, **New York**

Wie durch ein Wunder hat ein 22jähriger Mann, der sechs Tage lang in den Trümmern eines im US-Bundesstaat Maine abgestürzten Privatflugzeuges eingeklemmt war, das Unglück überlebt. Das Wrack lag zwischen Büschen und teilweise unter Wasser.

„Fachbesucher"

dpa, **München**

Ins volle greifen konnte ein bisher unbekannter Mann, der auf der internationalen Uhren- und Schmuckfachmesse *„Inhorgenta"* in München aus einer versperrten Vitrine Pretiosen im Wert von knapp 100 000 Mark geraubt hat.

Zu Tode gehungert

dpa, **Downey**

Die amerikanische Sängerin Karen Carpenter, die mit ihrem Bruder Richard eines der erfolgreichsten Duos bildete, ist im Alter von 32 Jahren gestorben. Wie es heißt, soll sie bei einer Hungerkur einem Herzschlag erlegen sein.

ZU GUTER LETZT

„Lebensnahe Prüfungen für Meister-Bestatter" (Schlagzeile einer dpa-Meldung über neue Prüfungsrichtlinien des Gewerbes)

Warten auf den Rest von „Kosmos 1402"

AP, **Bonn**

Der Reaktorkern des gesprengten sowjetischen Satelliten „Kosmos 1402", der noch die Erde umkreist, wird nach Angaben des Bundesinnenministeriums in Bonn voraussichtlich in der Nacht zum Dienstag abstürzen. Wie es in einer Erklärung heißt, wird mit einem vollständigen Verglühen beim Eintritt in die Erdatmosphäre gerechnet. Eine präzise Zeitangabe sei allerdings erst etwa ein bis zwei Stunden vor dem Ereignis möglich. Bereits am 23. Januar war der Hauptteil von „Kosmos" über dem Indischen Ozean ohne direkt feststellbare Folgen niedergegangen.

„Kosmos" überfliegt täglich ein- bis zweimal für etwa zwei Minuten die Bundesrepublik. Die Wahrscheinlichkeit, daß Trümmer im Bundesgebiet niedergehen, sei allerdings äußerst gering. Meldungen über die Gefährdung bestimmter Gebiete oder einzelner Städte entbehrten jeder zuverlässigen Grundlage, hieß es in der Mitteilung aus Bonn.

Die Trümmer von „Kosmos" würden im Auftrag des Bundes bis zuletzt von mehreren Überwachungsanlagen verfolgt. Die zuständigen Behörden hätten auch diesmal vorsorglich alle erforderlichen Maßnahmen zum Aufspüren und Bergen etwaiger Trümmerteile getroffen. Im Falle von Beobachtungen sollten Polizeidienststellen benachrichtigt werden. Erneut wurde vor der Berührung möglicherweise radioaktiver oder giftiger Teile gewarnt.

Nach seinen neuesten Berechnungen müsse das Satelliten-Teilstück sogar schon heute vormittag verglühen, erklärte Professor Wolfgang Priester vom Institut für Astrophysik und extraterrestrische Forschung der Universität Bonn gestern nachmittag. Ein geomagnetischer Sturm nach einer Sonneneruption habe am Samstag als mittelbarer Effekt angehalten. Dieser Sturm hatte nach Angaben von Professor Priester ein erhebliches Ansteigen der Luftdichte im Höhenbereich des Satelliten zur Folge. Durch die verstärkte Abbremsung sei die Flughöhe des Satelliten über dem Erdäquator von Freitagmittag bis Sonntagmittag von 175 Kilometer auf 150 Kilometer abgesunken. Es müsse daher mit dem früheren Verglühen des Satelliten gerechnet werden.

Königlicher Besuch im Paradies

Ihre nächste Reise führt die Queen auch in eine berühmte Steueroase – die Caymans

HELMUT VOSS, **London**

Im Buckingham-Palast werden zur Zeit die königlichen Schrankkoffer für eine Reise gepackt, in deren Verlauf Englands von Einkommensteuer befreites Staatsoberhaupt auch erstmals den Fuß auf den Boden des berühmtesten Steuerparadieses der Welt setzen wird. Die Queen, deren eigenes Vermögen auf mindestens 200 Millionen Pfund (800 Millionen Mark) geschätzt wird, besucht am 16. und 17. Februar, von Jamaika kommend, den Zufluchtsort der Superreichen, die nur 50 Flugminuten von Florida entfernten Caymaninseln.

Die drei flachen Koralleninseln, zusammen nur knapp zweieinhalbmal so groß wie Sylt, haben sich in den letzten Jahren einen Ruf als einzigartige Off-shore-Finanzdrehscheibe erworben. Es gibt heute auf der Hauptinsel Grand Cayman nicht weniger als 430 Banken und 16 000 im Firmenregister eingetragene Unternehmen – das bedeutet, daß fast auf jeden einzelnen der 18 000 Einwohner eine Briefkastenfirma kommt, und daß für jeweils vierzig Cayman-Insulaner eine Bank zur Verfügung steht.

Die Queen wird dann auch auf den Caymans zünftig „kommerziell" absteigen – nicht in einem der vielen Touristenhotels, in denen ein Zimmer mittlerweile bis zu 500 Mark pro Nacht kostet, sondern im Hauptquartier der Versicherungs-Gesellschaft Transnational in der Inselhauptstadt George Town. Der ehemalige Gouverneur der Kronkolonie, Tom Russel, der heute das Londoner Cayman-Büro leitet, erläutert: „Im obersten Stockwerk gibt es mehrere exklusive Suiten, in denen gewöhnlich die Direktoren von Transnational untergebracht werden. Dort wird ihre Majestät von niemandem belästigt werden."

Die 1503 von Kolumbus entdeckte, später von Piraten und desertierten Matrosen und dann vorwiegend von schwarzen Sklaven bevölkerte Inselgruppe westlich von Kuba verdankt ihren Sonderstatus einem Hannoveraner Vorfahren von Königin Elizabeth, König George III. Der Britenherrscher freute sich 1789 so sehr darüber, daß die Insulaner einem vor ihrer Küste verunglückten britischen Kriegsschiff mit einem seiner Söhne an Bord geholfen hatten, daß er ihnen Steuerfreiheit gewährte. Für die Insulaner hat dieser paradiesische Zustand bis heute angehalten. Sie zahlen weder Einkommens-, noch Erbschafts- oder Kapitalertragssteuer und beziehen viele Güter darüber hinaus noch zollfrei. Die einzige nennenswerte Abgabe ist eine sogenannte Kopfsteuer, die die Männer entrichten müssen: Sie beträgt zur Zeit zehn Cayman-Dollar (rund 30 Mark) pro Jahr.

Da die Steuerfreiheit auch für Firmen gilt, und da die Caymans als politisch stabil gelten, erlebte die Inselgruppe nach dem Zweiten Weltkrieg eine fast beispiellose Invasion von ausländischem Kapital: Wann immer es etwa in den USA oder Großbritannien Steuererhöhungen gibt, rattern in George Town die Geldüberweisungen aus den Telexmaschinen. Einige Ausländer investierten sogar direkt: So baute der Düsseldorfer Hans Mittag auf den Cayman-Inseln eine Schildkrötenfarm auf, die zur Zeit allerdings wegen einer amerikanischen Tierschutzbestimmung zum Verkauf steht. Der Boom und ein damit Hand in Hand gehender Tourismus-Aufschwung führte allerdings *auch zu abenteuerlichen* Preisen: Ein Hamburger-Essen für zwei kostet heute auf den Cayman-inseln 28 Mark, während der „Sieben-Meilen-Strand" auf Grand Cayman, der Anfang der sechziger Jahre noch komplett für umgerechnet 6000 Mark zu haben gewesen wäre, heute pro Quadratmeter 90 000 Mark kostet.

Ex-Gouverneur Russell ist sich der großen Vorfreude bei den „sehr königstreuen" Insulanern auf den königlichen Besuch sicher. „Auf den Caymans tut sich normalerweise sehr wenig", betonte er, „wir haben nur eine sehr niedrige Verbrechensrate und Vollbeschäftigung. Der Besuch ihrer Majestät wird da zweifellos der Höhepunkt des Jahres." Die Queen wird im karibischen Steuerparadies unter anderem eine Straße einweihen, ein Altersheim besuchen und das Parlament eröffnen. (SAD)

Sonderkommission jagt Giftattentäter von Würzburg

AP, **Würzburg**

Eine Sonderkommission, die bei der Polizeidirektion Würzburg gebildet wurde, jagt jetzt den geheimnisvollen Giftattentäter, der in der vergangenen Woche zehn Flaschen Orangensaft mit hochgiftigem Thallium vermischt hat, das vor allem zur Rattenbekämpfung benutzt wird. Zehn Studenten, die nach einer Abendvorlesung im Würzburger Kollegienhaus die Flaschen gefunden und von dem Saft getrunken hatten, liegen mit schweren Vergiftungserscheinungen im Krankenhaus. In zwei Fällen besteht immer noch Lebensgefahr.

Ein Polizeisprecher erklärte am Wochenende, daß die Polizei, die Universität und die Stadtverwaltung insgesamt 11 000 Mark Belohnung für Hinweise ausgesetzt haben, die zur Aufklärung des Giftanschlags führen. Die Polizei geht davon aus, daß es sich bei dem Täter um einen Insider handelte, der über die Örtlichkeiten im Kollegienhaus der Universität und über den Vorlesungsplan genau Bescheid wußte.

Bei den Flaschen, die die Medizinstudenten des ersten Semesters nach einer Vorlesung über ärztliche Terminologie fanden, lag ein Zettel mit dem Text: „Liebe Kommilitonen. Dies sind die Reste unserer Faschingsfeier. Großherzig wie wir sind, spendieren wir diese unserem lieben Erstsemester."

Doch dieser Zettel – der bei den Flaschen am Hörsaaleingang lag – ist inzwischen verschwunden. Die Suche nach ihm blieb bisher ohne Erfolg.

Die Untersuchung des Orangensaftes im Institut für Rechtsmedizin der Universität Erlangen hat ergeben, daß das Gift in einer Konzentration verwendet wurde, wie dies nur in Labors geschieht. Deshalb wird ausgeschlossen, daß der Attentäter etwa ein Rattenbekämpfungsmittel in den Saft geschüttet hat. Allem Anschein nach stammte das verwendete Thallium aus einem Chemielabor.

Die Polizei hat die Bevölkerung um Mithilfe bei der Fahndung nach dem Giftattentäter aufgerufen, dessen Motive noch im dunkeln liegen.

Wie erst gestern bekannt wurde, hatte am Freitag ein Student im Treppenhaus eines Wohnheims weitere Flaschen mit Orangensaft gefunden. Eine Untersuchung ergab, daß auch sie mit einer tödlichen Dosis Thallium vergiftet waren.

LEUTE HEUTE

Kunstfehler

Das Publikum im Wiener Hilton-Hotel war begeistert, als erst der Zylinderhut des Weltmeisters im Dauerzaubern, **Tony Rei**, und dann der Magier selbst plötzlich in hellen Flammen standen. Schönheitsfehler an dem Flammentrick war nur, daß der Zauberer die Feuergeister, die er gerufen hatte, nicht mehr los wurde. Es war ein Betriebsunfall, bei dem Tony Rei schwere Verbrennungen im Gesicht erlitt, ehe beherzte Zuschauer ihm zu Hilfe kamen.

Dietrich-Film?

Marlene Dietrich plant, mit einer deutschen Produktionsgesellschaft einen Dokumentarfilm über ihr Leben zu drehen. Die New Yorker Zeitung „Daily News" beruft sich dabei auf Informationen, die sie von



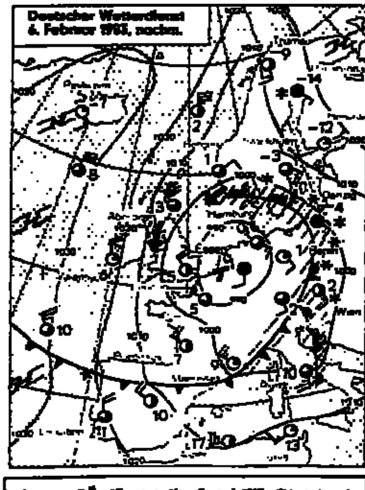
Marlene Dietrichs Tochter **Maria Riva** erhalten haben will. Das Filmprojekt werde von der deutschen Bundesregierung unterstützt, und Marlene Dietrich werde selbst den Kommentar zu dem Film sprechen.

Achter Versuch

Wahrscheinlich noch in diesem Monat dürfte **Liz Taylor** (50) zum achten Male heiraten. Alle Vorbereitungen für eine mexikanische Gala-Hochzeit sollen bereits getroffen sein. „Ja, mein Vater und Liz werden heiraten", bestätigte die 27jährige Irma Luna. Mit ihrem Vater, dem 55jährigen mexikanischen Anwalt und Millionär **Victor Luna**, ist Liz Taylor seit etwa einem Jahr befreundet. Liz war erst im November letzten Jahres von ihrem letzten Ehemann, dem US-Senator **John Warner**, geschieden worden.

WETTER: Weiterhin winterlich

Wetterlage: Ein ausgedehntes Tiefdruckgebiet über dem westlichen Mitteleuropa bleibt mit polarer Meeresluft, später auch mit skandinavischer Kaltluft für Deutschland wetterbestimmend.



Vorhersage für Montag für ganz Deutschland:

Wechselnde, verbreitet starke Bewölkung, zum Teil auch trübe. Gelegentlich schauerartiger Schneefall, nordöstlich der Elbe zum Teil länger andauernd. Tagestemperaturen wenig über dem Gefrierpunkt. Nachts meist leichter Frost zwischen null und minus 5 Grad. In Norddeutschland auffrischender Nordostwind, sonst schwacher Wind aus unterschiedlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Weiterhin winterlich mit gelegentlichem Schneefall. Temperaturen wenig niedriger.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	1°	Kairo	14°
Bonn	3°	Kopenh.	2°
Dresden	2°	Las Palmas	18°
Essen	1°	London	5°
Frankfurt	2°	Madrid	10°
Hamburg	0°	Mailand	1°
List/Sylt	2°	Mallorca	14°
München	2°	Moskau	–4°
Stuttgart	3°	Nizza	12°
Algier	17°	Oslo	–1°
Amsterdam	2°	Paris	5°
Athen	7°	Prag	1°
Barcelona	13°	Rom	10°
Brüssel	2°	Stockholm	–3°
Budapest	–2°	Tel Aviv	14°
Bukarest	–3°	Tunis	13°
Helsinki	–12°	Wien	2°
Istanbul	4°	Zürich	1°

*Sonnenaufgang am Dienstag: 7.50 Uhr, Untergang: 17.24 Uhr, Mondaufgang: 5.02 Uhr, Untergang: 13.01 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Beim Sportlerball ging's über die volle Distanz

EVI KEIL, **Mainz**

Beim Ball des Sports in Mainz hing für Bonns Regierende der Himmel voller Geigen. Bundespräsident Karl Carstens, Bundeskanzler Helmut Kohl und zahlreiche Mitglieder seines Koalitionskabinetts hatten eine Nacht lang garantiert Ruhe vor schrillen Tönen. Und zum Wahlkampf kam es auf dem gesellschaftlichen Parkett schon gar nicht: Denn auch beim 15. Ball des Sports fehlte, wie schon früher, die Spitze der Sozialdemokraten. Einzige Statthalter der „Roten" waren der Mainzer Oberbürgermeister Jockel Fuchs und Exfinanzminister Manfred Lahnstein. Der Gastgeber des Balles, Josef Neckermann, Präsident der Stiftung Deutsche Sporthilfe und seine Ballorganisatoren baten „Jockel" bisher erfolglos, auch andere Parteifreunde „anzuschleppen".

Organisationsleiter Manfred Pasenau: „Das ist eigentlich unerklärlich. Wir haben nie eine Antwort darauf gefunden, warum die SPD nicht kommt." So blieb lauter Bei*fall den schwarzen Politmatadoren* beim Einzug in den Ballsaal vorbehalten – Carstens, Kohl und dem Mainzer Ministerpräsidenten Bernhard Vogel.

Gastgeber Josef Neckermann, Präsident der Stiftung Deutsche Sporthilfe, erfüllte Carstens, wie schon andere „Ball-Chefs" vor ihm, einen Wunsch: Tischdame des Staatsoberhauptes war Olympiasiegerin Ulrike Meyfarth. Die „Nacht der beschwingten Noten" eröffnete der Präsident walzernd mit Ulrike im Arm. Ex-Hochspringer Carstens, „als Schüler schaffte ich knapp die Hälfte von Frau Meyfarth, 1,38 Meter", mußte seine „Traumfrau" hier und da an Kohl



Mit sichtlichem Vergnügen vertieften sich Bundeskanzler Kohl und Innenminister Zimmermann in die Ballzeitung. FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

zum Tanz ausleihen. „Daß der Kohl fast die Meyfarth schafft", an Haupteslänge, „bis auf zwei Zentimeter", fiel dem scharfen Auge von Forschungsminister Heinz Riesenhuber auf.

Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß hatte wegen des kleinen CSU-Parteitages kurzfristig abgesagt. Bonns „heimlicher Sportminister", Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, hielt für ihn die Stellung. Er kam im Kreise deutscher Spitzensportler ohne verbale Blessuren über die volle Distanz. „Denn", so Zimmermann, „wir geben auch in diesem Jahr 55 Millionen Mark für den Leistungssport." Willi Daume, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland zur WELT: „Wir müssen anerkennen, daß die Bundesregierung uns am wenigsten gekürzt hat." Zurückhaltender habe sich beim Spenden dagegen die deutsche Wirtschaft gezeigt.

In der Rheingold-Halle in Mainz bemühten sich Ex-Wirtschaftsminister und Dresdner Bank-Chef Hans Friderichs um den früheren amerikanischen Außenminister Alexander Haig, der deshalb in der aufgeheizten Ballatmosphäre auf eine Polka mit Barbara Genscher verzichten mußte. Bundestagspräsident Richard Stücklen erwies sich in Mainz als Liebhaber roten Sekts. „Wir müssen die Roten sanft schlucken." Der Fußballfan und Förderer des 1. FC Nürnberg besitzt allerdings schon seit langem ein „Wackelknie", eine Sportverletzung, und mied die Tanzfläche. Hobbysportler Berthold Beitz, „Laufen in Kampen, Schwimmen, Rudern" und außerdem IOC-Mitglied, kam auch dieses Mal mit tiefroter Nelke im Revers. Seine Kondition erprobte er nur kurz beim Tanzen. Ansonsten kreuzten die Beitzens am liebsten im Geleitzug mit Hellmuth Buddenberg, BP-Chef, durch die Säle.

Als die Kohls und die Beitzens nach Mitternacht in stilleren Gefilden neue Tische aufmachten, kreuzte auch der Star der Nacht auf: Julia Migenes. Lilo Pulver und ihr Mann Helmut Schmid waren bereits in Hotelbars abgewandert. Bis sechs Uhr morgens hielt Josef Neckermann aus. „Schließlich ist die Sporthilfe mein Kind." Der Ball brachte auch dieses Jahr der Sporthilfe rund eine Million Mark.

Was sonst noch los war, konnten die Ballgäste schon kurz nach Mitternacht nachlesen. Schon zur Tradition des Sportlerballs gehört die Sonderausgabe der WELT – trotz Glatteis rechtzeitig in 3200facher Ausgabe angeliefert.

